

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage: Die Neue Welt 10 Pf. Voll-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Bezugnahme des Postgesetzes vom 20. März 1909, §. 10, Nr. 4, ist das Abonnement für den Ausland-Verkehr als Postsendung zu behandeln. Abnehmer aus Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet 1871a.

**Die Inertions-Gebühr**  
 Befragt für die hochgehaltene Kolonial-zeitschrift über deren Anzahl 50 Bg. für politische und arbeitermäßige Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Bg. „Kleine Anzeigen“, das ist die Gebühr für 20 Bg. (täglich 2 Bg. Gebühr für jedes Wort), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen gegen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. April 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Skutari und der europäische Friede.

Aus Wien wird uns vom 21. April geschrieben:

Wird der europäische Friede der ernstesten Gefährdung, der er seit dem Ausbruch des Balkankrieges ausgesetzt war, gewachsen sein? Denn darüber, daß mit dem Fall Skutaris der Friede auf die schwerste Probe gestellt wird, und daß er nur bewahrt werden kann, wenn der Friedenswille aller Großmächte ehrlich gemeint und echt ist, herrscht nirgendwo ein Zweifel. Wohl klingt es wie ein sunstiges Märchen, daß der Friede der europäischen Menschheit von der montenegrinischen Jovergation in Frage gestellt werden soll, daß die Frage nach dem Besitz des zerstückelten und zertrümmerten Skutari die europäischen Millionenheere in Bewegung setzen könnte; aber die Unnatur und Verlogenheit der Mächtegruppierung in Europa ist so bössartig, daß auch ein kleiner Anlaß sie zum Entladen bringen kann. Es klingt wie die Verleugnung aller Vernunft, aber es ist doch so: über Krieg und Frieden in Europa entscheidet nun König Nikita!

Die gräßliche Verwicklung, die nun durch den Fall Skutaris entstanden ist, hat ihren Ursprung natürlich in der abgeschwächten Politik, die sich Oesterreich für die Balkanländer erfordern hat, und an der es, je offenkundiger die Fehler werden, um so eigenwilliger festhält. Oesterreich hat für sich auf alles verzichtet und seine Forderung wurde, nachdem die Niederlage der Türkei besiegt war, jenes selbständige Albanien, von dem es sich für die weitere Entwicklung Banderdinge verspricht. Das selbständige Albanien soll den Serben den Zugang zum Meere verammeln; weiter soll es aber gegen die großserbischen Pläne, die befanntlich auf Bosnien zielen, ein Gegengewicht liefern. In diese albanische Politik hat sich Oesterreich so verannet, daß ihm heute die Abkehr und Umkehr schier unmöglich ist, daß diese, natürlich vom Standpunkte der Großmacht betrachtet, einer moralischen Niederlage gleichkäme. An der Forderung, daß Skutari dem künftigen Albanien zufalle, hängt das Prestige der Großmacht; und wenn die politischen Fragen einmal zu Prestigefragen geworden sind, hat die Vernunft ausgespielt. Es sich Oesterreich damit noch einverstanden erklären könnte, daß Skutari bei Montenegro verbleibe, ist, wie sich die Dinge entwickelt haben, eine theoretische Frage; sicher ist, daß Oesterreich auf das albanische Skutari nicht verzichten wird. Wohl stehen die vielen Völker Oesterreichs, wenn sie nicht gradous für Serbien und Montenegro Partei nehmen, wie es die Tschechen und die Südslaven offen tun, der ganzen Sache mit völliger Gleichgültigkeit gegenüber; und die angeblende Erregung und Entrüstung der Bevölkerung wird ausschließlich von den deutschbürgerlichen Zeitungen beigegeben, von denen die meisten dem Ballplatz hörige Zeitungen mit Ausnahme des maßgebendsten, nämlich des alten Kaisers, mit Ausnahme des maßgebendsten, nämlich des alten Kaisers, das Gefühl haben, eher schon zu viel nachgegeben zu haben, eher zu schwach gewesen zu sein, so ist an eine mächtigere Erwägung der „Bedeutung“ der Skutarifrage in Oesterreich nicht mehr zu denken. Daß Skutari Montenegro weggenommen wird, dies ist, so über alle Maßen töricht es auch scheint, heute für Oesterreich eine Ehrenfrage. Da aber die Wahrscheinlichkeit, daß sich König Nikita plötzlich zu der Auffassung bekehren werde, der Allgere gebe nach, sehr gering ist, so ist der Konflikt unausweichlich. Er ist mit der Eroberung Skutaris schon da. Was aber nun?

Man tröstet sich damit und hofft darauf, daß ja über die Skutarifrage Europa schon entschieden, sogar auch erklärt habe, daß an diesem Beschlusse die Eroberung Skutaris nichts zu ändern vermögen werde. Wie steht es aber in Wahrheit um diese Einmütigkeit Europas? Wenn Skutari gehören sollte, das ist für die Großmächte, ausgenommen natürlich Oesterreich, eine ganz gleichgültige Sache. Selbst Italien, das doch an der Gründung Albanien als Kompagnon mitbeteiligt ist, würde es ohne Schmerz sehen und ohne Bedauern geschehen lassen, daß Skutari den Montenegrinern verbleibe. Jene Einigung über Skutari bedeutet nicht mehr, als daß die Großmächte der österreichischen Forderung, der Forderung, aus der Oesterreich eine Bedingung, ohne die es nicht geht, gemacht hat, zugestimmt haben. Daß aber ihr Herz daran hänge, daß Skutari albanisch werde, daß sie es nicht aushalten würden, wenn Skutari an Montenegro fällt, das zu meinen wäre eine kindliche Ueberhöhung jenes Beschlusses der Vorkonferenz. Wohl ist die Ballplatzdresse nun so, als ob der König von Montenegro, weil er sich jenem Beschlusse nicht fügte, ganz Europa herausgefordert hätte, und so schildert die „Blamage Europas“ in den letzten, nur eben dieser zügellosen Presse eigenen Ueberreibungen. Aber die Sache ist doch so, daß sich, der internationalen Flottendemonstration ungeachtet, Montenegro nicht gegen Europa, daß es sich nur gegen die Macht aufgelegt hat, die allein aus Skutari eine Herrschafts- und Ehrenfrage macht, daß es sich gegen Oesterreich aufgelegt hat, daß also in dem Handel nur Oesterreich der Blamierte ist. Ist es also wahrscheinlich, daß die Großmächte einer bewaffneten Intervention zustimmen werden; daß ihre ja schon im allgemeinen sonderbar geartete Einigkeit handhalten werde, wenn Montenegro mit Gewalt zum Einlenken gebracht wer-

den müßte? Denn darauf, daß Montenegro die Forderung, an deren Eroberung es das Blut seines ganzen wehrfähigen Volkes gewendet hat, nun freiwillig räumen werde, daß es nun verzichten werde, weil seine Waffenehre hergestellt ist, ist doch ernstlich nicht zu hoffen; hohle Prestigepolitik treiben diese kleinen Völker nicht. Skutari kann Montenegro mit der stärksten Drohung unmittelbarer Gewalt, vielleicht sogar nur mit Gewalt abgenommen werden; aber dabei kann zwischen den Großmächten eher wilder Streit entbrennen, der zum Kriege führt, als daß sie ihre Einigkeit bewahren, die den Frieden verbürgt.

Und in Oesterreich will man diesmal nicht warten. Ein Jäger der Großmächte, die die Exekution in Cetinje verschleppt und erschwert, könnte demnach leicht dazu führen, daß Oesterreich selbständig handelt, also in Montenegro einmarschirt. In Oesterreich, wo man ja in Einbildungen allezeit groß ist, bildet man sich jetzt ein, seine Entrüstung gegen Montenegro werde von ganz Europa geteilt. Aber das ist natürlich schon heute nicht der Fall, denn der Erfolg bringt immer Beifall ein und wirbt Freunde; und deshalb steht die Sachlage nach der Eroberung Skutaris ganz anders, als sie vorher stand, und das Urteil würde wahrscheinlich noch ganz anders ausfallen, wenn Oesterreich, die Risikomacht von fünfzig Millionen Menschen, das keine Bergvölk überfallen und ihn den durch Tapferkeit und Ausdauer erlangenen Sieg entreißen wollte. Niemand würde dann Oesterreich als den Wähler der Ehre Europas ansehen, weit eher seine Schergenrolle beurteilen, aus der heraus es das kleine und entrüstete Volk vergrößert. Ein Krieg Oesterreichs mit Montenegro wäre ein Unternehmen, das die Großmacht lächerlich macht und das ihr in der ganzen Welt, insbesondere in der slawischen, die letzten Sympathien rauben müßte. Aber würde es bei diesem Kriege verbleiben und ist die Gefahr wirklich so ausgeschlossen, wie es die alten Oesterreicher meinen, die auf das Wort Stoffanosch schwören, daß dann Rußland stille bleiben, dem Nebertal des von ihm immer ganz besonders begünstigten montenegrinischen Volkes durch Oesterreich gleichmütig zuziehen würde? Gerade weil sich die Dinge, wenn einmal der Stein ins Rollen gekommen, so leicht in ihrer ganzen Schärfe aufreden, darf man hoffen, daß sich die anlässlich verwickelte Skutarifrage doch irgendwie noch schlichten lassen wird. Aber daß Oesterreich seinen eigenen und den Frieden Europas wegen des erbärmlichen Skutari aufs schwerste gefährdet, zeigt uns, wohin eine Politik geraten muß, die von Einbildungen ausgeht und abseits von den realen Interessen seiner Staatlichkeit ein glänzendes Augenleben führen möchte.

### Optimismus in London.

London, 25. April. Wie das Neuterische Bureau erzählt, wurde nach Empfang der österreichisch-ungarischen Zirkularnote an die Mächte beschlossen, heute nachmittags unter Vorsitz des Premierministers eine Sitzung der Vorkonferenz vereinigt abzuhalten, um über die Lage zu beraten. In diplomatischen Kreisen herrscht gestern kein Pessimismus. Im allgemeinen kam die Ansicht zum Ausdruck, daß mit gutem Willen und mit Geduld sich alles beiriedigen und werde ordnen lassen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde in amtlichen Kreisen bekannt, daß gewisse Sondierungen im Gange seien, und daß ein inoffizieller Meinungsaustausch stattgefunden habe. Das Ergebnis davon sei, daß guter Grund zu der Annahme vorhanden sei, daß Montenegro der Entscheidung der Mächte hinsichtlich Skutaris beipflichten werde.

### Beruhigende Versicherungen in Wien und Berlin.

Bei einer Berliner Großbank ist folgende Depesche aus Wien eingegangen: Wir erfordern an maßgebendster Stelle, daß durch den Fall von Skutari, mit welchem übrigens hier gerechnet wurde, keine Aenderung in der äußeren Politik eingetreten ist, und insbesondere kein Anlaß zu einer Aenderung der bestehenden Einigkeit der Großmächte geschaffen wurde. Die Großmächte bleiben nach wie vor bei dem Beschluß, daß Montenegro Skutari nicht erhält.

Vorstehende Mitteilung wird auch an amtlicher Stelle in Berlin vollinhaltlich bekräftigt.

### Die Ursachen der Kapitulation.

Konstantinopel, 21. April. Das Kriegsministerium hat von dem Kommandanten der Festung Skutari, Esob Bajdo, ein Telegramm erhalten, wonach der Kommandant infolge der Erschöpfung der Lebensmittelvorräte genötigt gewesen sei, die Befestigungen zu räumen und die Festung unter gewissen Bedingungen dem Kommandanten der montenegrinischen Armee auszuliefern. Die Linientruppen und die Reservisten hätten die Feld-, Gebirgs- und Sappeurgeschütze mit sämtlichen Munitionsvorräten mit sich genommen und würden über San Giovanni di Medua abmarschieren.

Cetinje, 25. April. (Amtlich.) Die Montenegriner halten alle Stellungen besetzt. In Skutari befanden sich 26 000 Mann Kigams und 1000 Wafschakows, welche ihre Stellungen ruhig aber gedrückt verlassen.

### Die Blockade.

Cetinje, 24. April. Wie das Pressebureau mitteilt, hat der englische Gesandte auf Ersuchen des Kommandierenden der internationalen Flotte heute die Regierung von Montenegro benach-

richtigt, daß die Blockade bis nach dem Hafen von Durazzo ausgedehnt werde; Schiffe, die sich in den betroffenen Gewässern befinden, würden 24 Stunden Zeit haben, um auszulafen.

### Die Friedensverhandlungen.

Wien, 26. April. Wie die „Königliche Zeitung“ aus Berlin meldet, hat die Vorkonferenzvereinigung den Balkanregierungen vorgeschlagen, sie mögen die Namen der Friedensunterhändler und den Ort angeben, an welchem die Friedensverhandlungen stattfinden sollen.

### Die Verwüstungen des Krieges.

London, 24. April. Unterhaus. Gegen Ende der Sitzung machte der Abgeordnete Herbert auf das furchtbare Elend aufmerksam, das in Mazedonien, Thrazien und Albanien herrsche. Alle Hilfe, die bisher gebracht worden sei, sei unzureichend gegenüber der ungeheuren Ausbreitung der Not. Er machte den Vorschlag, daß die Regierung die nothleidenden Personen auf Kriegsschiffen nach Ägypten nach Ägypten befördere und Getreide für die Darbenden sende. Er regte auch an, daß die Regierung eine kleine Unterstüzung zur Vinderung der Not gewähre. Parlamentsuntersekretär Acland erwähnte, daß in England 100 000 Pfund Sterling aufgebracht worden seien. Es sei zweifellos, daß die Notlage fortdauern werde, und er wende sich an das englische Volk, damit es seine Hilfeleistung fortsetze. Wenn, wie er hoffe, die Wolken sich gänzlich verzögen, und die Mächte, die in den Besitz dieser neuen Gebiete träten, sich an die zivilisierten Nationen der Welt um Hilfe bei der Bekämpfung des Elends, das durch den Krieg verursacht worden sei, wenden, so würde sich die Regierung einer neuen Lage gegenüber sehen. Die Frage der Neutralität würde sich dann nicht mehr erheben, weil der Friede wieder hergestellt sei, und die Regierung würde zu erwägen haben, ob sie sich nicht mit den anderen Ländern zu vereinigen habe, um die schrecklichen Verwüstungen des Krieges wieder gut zu machen. (Beifall.)

## England und der Rüstungsschwindel.

London, 22. April. (Fig. Ber.) Die Enthüllungen des Genossen Liebnecht und die Veröffentlichung der Dokumente im „Vorwärts“ haben in England ein ungeheures Aufsehen erregt. Jedermann spricht davon und nach englischer Sitte bringen alle Zeitungen das Bildnis des Vertreters von Rostock mit mehr oder minder ausführlichen Charakteristiken. In allen demokratischen Kreisen begrüßt man die Enthüllungen als einen wichtigen Schlag gegen den volksausplündernden Imperialismus. Man ist sich vollkommen bewußt, daß die Niederlage, die den Prozentpatrioten beigebracht worden ist, nicht allein dem deutlichen, sondern auch dem englischen und französischen Volke zugute kommen wird und daß es jetzt die Hauptaufgabe der Völker ist, den gemeinsamen Feind auf dem Trab zu halten, damit er nicht zu Aeschen kommen kann. So schreibt die „Daily News“: „Herr Liebnecht hat dem Steuerszahler, ob er nun Brit, Deutscher oder Franzose sei, ein Dokument in die Hand gegeben, das allen Demokratien Europas eine Gelegenheit zur Rettung bietet.“

Während die demokratischen Organe Englands unverbohlen ihrer Freude über die Entwicklung der Dinge kundgeben, möchten die imperialistischen Organe die Sache am liebsten verschweigen. Wenigstens enthalten sie sich jeden Kommentars. Sie sympathisieren mit den in Schwülstigkeiten geratene Genüßgenossen jenseits der Nordsee; sie fühlen: tuu res agitur (Um deine Sache handelt es sich). Nur die sozialistische „Daily Mail“ versucht heute in dümm-dreister Weise einen Besprechungsbereich. Die Stimmung, die die weit verbreiteten Ausführungen Liebnechts im Reichstage in dem denkenden Teile des englischen Volkes erzeugt hat, kommt dem Blatte, das angeblich für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Schaffung einer englischen Luftflotte agitiert, die noch einmal so groß sein soll wie die deutsche, sehr angelegen. Die Bewaffnung aller unserer jungen Leute mit Gewehren ist ein Geschäftchen, das sich hören läßt und für das man sich schon eine Reihe Zeitungen und Krafteiler halten kann, so ungefähr schrieb vor einiger Zeit der Londoner „Economist“, in dessen Spalten die finanzielle Seite der internationalen Rüstungen in der letzten Zeit eingehend besprochen wird. Und daß es sich bei dem Lustmilitarismus nicht allein um Lustschiffe, sondern auch um eine ganze Menge anderer Lieferungen handelt, das führten vor etwa zwei Monaten die „Times“ in einem dem kapitalistischen Herzen wohlthuenden Leitartikel aus. Nun kommen die Sozialdemokraten und werfen uns einen Anwurf zwischen die Beine. Das muß verhindert werden. Der Artikelreiber der „Daily Mail“ setzt sich also hin und sucht an der Hand der Liebnechtschen Enthüllungen zu beweisen, daß Deutschland in Europa der Störenfried ist und England und Frankreich nur die unschuldigen Lämmer sind, die sich verteidigen müssen. In charakteristischer Weise hebt er an: „Man hat in der Vergangenheit oft den Verdacht gehegt, daß die Kriegsstimmung in Deutschland künstlich gemacht wird.“ Auf der folgenden Seite des Heftblattes steht in zentimetergroßen Buchstaben die Sentenz des Tages, nämlich: „Ge-fahr! Das Haupt der Flotte sagt es. — Bring Louis über den feindlichen Einfall. — Flotte allein unfähig, ihn zu verhindern. — Was die Admiralität braucht. — Ein geschultes

Seer muß immer im Lande sein." — Es fehlte nur noch: „Gefahr! Der Profit ist in Gefahr!"

Doch in Blättern, die nicht in der Atmosphäre des Imperialismus und der Rüstungspekulation leben, findet sich eine ganz andere Beurteilung der Lage. Sie sind sich wohl bewußt, daß dies nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist. Schon gestern bemerkte dies die „Daily Chronicle“ und heute schreibt die „Daily News“: „Es wäre ein schwerer Fehler, die von Dr. Liebknecht im Reichstage gemachten Enthüllungen über die Art, in der deutsche Rüstungsfabrikanten ihre tobringende Industrie gefördert haben, so zu betrachten, als ob sie nur Deutschland und seine Steuerzahler angingen. . . . Die Beziehungen zwischen unseren eigenen Kriegsdiensten und den Rüstungsfabrikanten sind notorisch und gestalten sich fortwährend intimer durch die Erneuerung früherer Beamten zu Direktoren der Gesellschaften. Es ist müßig, sich bei den Interessierten selbst zu befragen; sie sind Versuchungen ausgeführt, die wiederholt als unwiderstehlich geschildert worden sind. Nur der Steuerzahler kann einen wirksamen Widerstand leisten. Auf seine Furcht spekulieren die Rüstungsfabrikanten in jedem Falle. Für ihn werden seine Kollegen auf der anderen Seite der Grenze eingeladen, irgendein Zeichen, sei es auch das leiseste, von sich zu geben, daß sie kriegerisch und aggressiv gesinnt sind. Für ihn werden wir in unserem eigenen Falle mit Geschichten über Luftflotten beunruhigt, deren Teile geräuschlos über unsere Inseln fliegen und — ohne Unfall und Störung und in keiner greifbaren und erkennbaren Gestalt — in die große Leere zurückkehren, aus der sie kamen. Er ist nun schon lange Zeit ziemlich erfolgreich genarrt worden und er hätte weiter genarrt werden können.“ Dann folgt die schon zitierte Stelle über die Rettung, die sich dem Steuerzahler der drei westeuropäischen Staaten jetzt bietet.

Die ganze demokratische Presse Englands und nicht zuletzt die junge Arbeiterpresse soll dem Genossen Liebknecht die höchste Anerkennung für seinen mutigen Angriff auf die Rüstungspatrioten. Der „Daily Citizen“ schreibt: „Die Rüstungsfabrikanten treiben eine verruchte Politik; aber diese ist nicht verruchter als die, von der sie lebt — als die Politik, die Länder in feindliche Lager zu verwandeln. Wenn diese Politik größere Sicherheit gewährte, ließe sich vielleicht noch etwas dafür sagen. Aber sie hat die Sicherheit zerstört. Sie ist nichts als eine verpestete politische Schwärze.“ Und der „Daily Herald“ sagt: „Wir zweifeln nicht daran, daß noch viele andere Enthüllungen folgen werden. Deutschlands kleiner Haufen wird in anderen Ländern zu Nachforschungen ermutigt. Die Arbeiter anderer „Großmächte“ werden anfangen, die Motive ihrer eigenen „patriotischen“ Militaristen und Rüstungsfabrikanten mit kritischen Augen zu betrachten.“ Einem ähnlichen Gedanken gibt das in Südengland sehr populäre liberale Abendblatt „The Star“ Ausdruck, in dem zu lesen ist: „Wir hoffen, daß die liberale Partei nicht die Bedeutung der spannenden dramatischen Darstellung der Rüstungsindustrie in Deutschland verkennen wird, die Europa dem Ruine und dem Patriotismus des Herrn Liebknecht im Reichstage verdankt. . . . Der britische Völkler, der bei der Erzählung von gewaltigen deutschen Luftflotten oder von Batterien wunderbarer deutscher Geschütze erbebt, sollte sich fragen, wer von der weiteren Vermehrung der britischen Rüstungen infolge dieser Rüstungshetze profitiert, und er wird dann imstande sein, zu erraten, wer diesen „patriotischen“ Lärm inspiriert.“

London, 24. April. (Eig. Ber.)

Der „Labour Leader“ schreibt diese Woche zu den Enthüllungen Liebknechts: „Das britische Volk ist durch diese Enthüllungen sehr entrüstet; aber wir sagen gerade heraus, daß sich die britische Regierung und die britische Nation in der Gewalt eines Rüstungsstraps befindet, der ebenso mächtig und antipatriotisch ist wie der deutsche. Wir werden die Tatsachen ansprechen, die diese Behauptungen rechtfertigen. Es gibt jetzt nur eine Rüstungsfirma in Großbritannien, die sich außerhalb des Bereichs des Rüstungsstraps befindet, nämlich: die Firma Scott in Greenock. Der Trust hat erst ganz kürzlich die „Thames Shipbuilding Works“ zurunde gerichtet und wird sich sicher bemühen, die Firma in Greenock zugrunde zu richten oder zu absorbieren.ickers Ltd., John Brown and Co., Ltd., Armstrong, Whitworth and Co., Ltd., und die übrigen Gesellschaften sind in Wirklichkeit nur ein Konzern und monopolisieren den britischen Markt vollständig. Die Regierung ist ihnen preisgegeben und sie benutzen das von ihnen besessene Monopol, um das britische Volk ohne Erbarmen zu schröpfen. Vor 14 Tagen wiesen wir auf die gewaltigen Profite, die von Armstrong, Whitworth and Co. gemacht werden, hin. Es wurde im letzten Jahre ein Ueberfluß von 877 000 Pfund erzielt, was die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Proz. frei von Einkommensteuer für die gewöhnlichen Aktien ermöglichte; 100 000 Pfund wurden der Reserve überwiesen, 335 850 Pfund wurden auf das Konto des nächsten Jahres überschrieben und das Kapital wurde vergrößert, indem man jedem Aktienbesitzer auf je vier Aktien in seinem Besitz eine fiktive Aktie gab. Dieser Profit wurde auf Kosten der Nation und der Arbeiter gemacht. Dieser große Trust beherrscht nicht nur Großbritannien, sondern ist auch im Begriff, die Rüstungen in der ganzen Welt bald in seine Kontrolle zu bringen. Auf britischen Werften baut er Kriegsschiffe für Japan, Chile, Brasilien, die Türkei und Griechenland. Auf seinen Werften im Mitteländischen Meer baut er Kriegsschiffe für Spanien, Italien, Oesterreich und Rußland. In Kanada richtet er Betriebe ein, in denen eine kanadische Flotte erbaut werden soll. In Rußland baut er Kriegsschiffe auf seiner eigenen Werft zu Nicolaieff und überwacht die Arbeiten auf den Regierungswerften. Viele dieser Konzerne stehen unter der direkten Kontrolle des Trusts; in anderen Fällen sichern sich die Firmen des Trusts die Kontrolle durch den Aktienbesitz. Europa ist in zwei bewaffnete Lager geteilt. Auf der einen Seite stehen Großbritannien, Frankreich und Rußland, auf der anderen Deutschland, Oesterreich und Italien. Der britische Rüstungsstraps bedient gerade so wie der deutsche beide Parteien. Er baut Kriegsschiffe in Barrow und Elswick für die britische Flotte; er baut Kriegsschiffe in Genua und Venedig für die italienische Flotte. Wenn je ein europäischer Krieg ausbricht, werden die Kanonen der von demselben Trust hergestellten Dreadnoughts gegeneinander gerichtet sein.“

Die „Thames Shipbuilding Works“, von dem im obigen die Rede ist, war ein Londoner Konzern, der vor noch nicht langer Zeit in Konkurs geriet. Damals wurden, wie in unseren Spalten ausgeführt wurde, die Geschäftspraktiken des englischen Rüstungsstraps von dem Direktor des bankrotten Geschäfts, Herrn Hills, in der Presse aufgedeckt. Herr Hills wies nach, wie sich die Trustfirmen der Vereinigung der Admiralität erfreuen, wie diese Firmen der englischen Regierung die Aufträge viel teurer anrechnen als den ausländischen

Mächten, wie sie mit den den Steuerzahlern erprehten Steuerzuschüssen die selbständigen Firmen, die sich um ausländische Aufträge bewarben, jedesmal unterbieten konnten. Herr Hills verurteilte noch monatelang, die Gesellschaft zu rekonstruieren. Aber um dies mit Aussicht auf Erfolg zu bewerkstelligen, hätte die Regierung der Welt einen Auftrag geben müssen. Doch dies zu tun, weigerte sich die Regierung beharrlich. Sie konnte eben nicht und suchte ihre Abhängigkeit von dem Rüstungsstraps durch allerhand faule Ausreden zu verdecken.

Die Angelegenheit erinnert lebhaft an ein Theaterstück von Bernhard Shaw. Dort (in „Major Barbara“) kommt ein gewisser Undershaft vor, Teilhaber der Rüstungsfirma Undershaft und Lazarus.

„Die Regierung Ihres Landes!“ ruft Undershaft aus. „Ich bin die Regierung Ihres Landes — ich und Lazarus. Glauben Sie denn, daß Sie und ein halbes Dutzend Disidenten wie Sie, die in einer Reihe in der dummen Quasthube sitzen, die Firma Undershaft und Lazarus regieren können? Nein, mein Lieber; Sie werden tun, was sich uns bezahlt macht. Sie werden Krieg führen, wenn es uns paßt, und den Frieden halten, wenn uns der Krieg nicht paßt. Sie werden ausfindig machen, daß unser Geschäft gewisse Maßregeln erfordert, wenn wir diese Maßregeln beschließen haben. Wenn ich etwas verlange, um meine Dividende auf der Höhe zu halten, werden Sie einreden, daß mein Verlangen eine nationale Notwendigkeit ist. Wenn andere Leute etwas verlangen, um meine Dividende herabzudrücken, werden Sie die Polizei und das Militär aufmarschieren lassen, und als Gegenleistung werden Sie die Unterstützung und den Beifall meiner Zeitungen genießen und das Veranügen haben, sich einzubilden, daß Sie große Staatsmänner sind. Die Regierung Ihres Landes! Geh hin, mein Junge, und spiel mit Deiner Wahlauschüssen und Leitartikeln und historischen Parolen und großen Jührern und brennenden Fragen und dem Rest Deiner Spielachen. Ich gehe zurück in mein Kontor, um die Rufus zu bezahlen und aufzubielen zu lassen.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April 1913.

### Reise.

Aus dem Reichstage. Die Freitagssitzung war ausschließlich der Aufarbeitung von Resten gewidmet. Da sie schon um 12 Uhr begann, war ausreichend Zeit für die Erörterung einzelner Angelegenheiten, für die sicherlich auch die nötige Aufmerksamkeit und Zeit vorhanden gewesen wäre, wenn nach dem anfänglichen Plane auf alle Fälle am Sonnabend hätte Schluß gemacht werden müssen und die dritte Beratung des Etats deshalb noch mit auf der Tagesordnung der Freitagssitzung gestanden hätte.

Bei der zweiten Beratung der Ergänzung des Etatsentwurfs für die Schutzgebiete brachte Genosse Koske die beabsichtigte Verschleuderung von zehn Millionen Reichsgeldern für die Errichtung einer Landwirtschafsbank in Deutsch-Südwestafrika zur Sprache. Die große Summe ist eine Liebesgabe für Leute in Südwest, die die Flügel des Pletzegeiers rauschen hören und sich durch die Gelder des Reiches vor der drohenden Gefahr schützen wollen. Mit Recht verlangte unser Genosse, daß die Millionen lieber zu wirklichen Kulturzwecken angewandt werden sollten, und daß die Anstiebler sich dann durch vernünftige Wirtschaft und genossenschaftliche Hilfe selbst helfen müßten.

Beim Etat für das Reichsschatzamt entspann sich eine längere Debatte über die Veteranenfürsorge. Der Schatzsekretär brach zwar der bürgerlichen Kritik schnell deren ohnehin nicht sonderlich scharfe Spitze ab, indem er den Beschluß des Bundesrats, die Veteranenbeihilfen zu erhöhen, dem Hause offiziell mitteilte. Aber unser Genosse Raute erparte der Regierung doch nicht die notwendigen bitteren Bemerkungen über die bisherige Verschwendung des Bundesrats und über die völlig unzureichende Erhöhung der Sätze. Vor allen Dingen lockte Genosse Raute noch einmal den Schatzsekretär heraus, da er einige Zweifel in das Versprechen setzte, daß in Zukunft nicht mehr nach der „Würdigkeit“ der Veteranen geforscht werden soll. Herr Kühn setzte sich noch einmal ausdrücklich für dieses Versprechen ein.

Eine schwere Beleidigung der Sozialdemokratie leistete sich bei dieser Gelegenheit der konservative Rittgutsbesitzer Siebenbürger, indem er das jahrzehntelange Eintreten der Sozialdemokraten für die Erhöhung der Veteranenbeihilfen zuerst als Jarce und nach einer Ermahnung des Präsidenten sogar als „gemeinen Schwindel“ bezeichnete. Sachlich mit diesem Herrn über die Angelegenheit zu streiten, lohnt nicht, wohl aber verdient er eine öffentliche Stimpfung für den Sauherdentou, mit dem dieser nichtadelige „Edelste und Beste“ den Reichstag zu verunzieren beliebt.

Beim Titel „Prägenkassen“ redete Herr Arendt einiges Unerhebliche über die Jubiläumsdenkmünzen und Herr Dertel einiges noch weniger Erhebliche über die 25 Pfennig-Stücke. Er nannte sich und Arendt die politischen Väter dieser sonderbaren Münze. Man begreift jetzt, warum sie so plump und häßlich ausseht, und warum sie kein Mensch mag. Bei solchen Vätern!

Ganz unerwartet knüpfte sich an den Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung eine lange und teilweise recht lebhaft Debatte über die Getreidezölle. Es war ein kleines Vorpostengeplänkel für die späteren Zolltarifverhandlungen. Unser Genosse Stolle hatte „angefangen“, aber alle Parteien beteiligten sich an den Erörterungen. Sogar der Bauernbündler Hestermann, der keine Rede halten kann, ohne sich auf sein praktisches Bauerntum zu berufen, steuerte eine seiner üblichen pathetischen Deklamationen bei, die ihm stets einen unwilligen Heiserkeitserfolg sichern. Als er sich nicht scheute, ein Privatgespräch, das er mit dem freisinnigen Abgeordneten Krömer, einem echten Bauersmann, im Eisenbahncoupé gehabt hatte, zu entstellen und öffentlich auszusprechen, verlegte Herr Krömer ihm dafür mit einigen kurzen, kräftigen Worten eine wohlverdiente schallende Ohrfeige.

Eine Reihe anderer Sachen, darunter auch die erste Beratung des Entwurfs über die Aenderung des Wahlreglements (einheitliche Wahlurnen) wurde debattelos erledigt.

### Abgeordnetenhaus.

Die Uebereinstimmung der Konservativen mit dem Zentrum, die in den großen politischen Fragen so oft zum Schaden des Volkes zutage tritt, zeigt sich auch bei minder bedeutenden Fragen. Einen neuen Beweis hierfür erbrachte am Freitag im Abgeordnetenhaus die Beratung einer Petition des Magistrats von Neufolln, die sich

gegen die Eingemeindung von Treprow nach Berlin richtete. Die Verhandlungen zwischen Treprow und Berlin sind noch lange nicht abgeschlossen, und schon kommt der Magistrat von Neufolln, der sich ja von jeher durch seine reaktionäre Gesinnung auszeichnet hat, und sucht mit Hilfe des reaktionären Dreiklassenparlaments die reaktionäre Gesinnung in ihrem Widerstand gegen Eingemeindungen zu stärken. Natürlich mit Erfolg. Auffallend war es schon, daß die erst verhältnismäßig spät eingelaufene und erst vor drei Wochen von der Gemeindefunktion beratene Petition mit ungewöhnlicher Eile auf die Tagesordnung kam. Andere Petitionen hatten schon seit Jahresfrist ihrer Erledigung, ohne daß das Abgeordnetenhaus dazu Zeit findet. Die Eile, mit der diese Petition zur Beratung gelangte, erklärt sich wohl daraus, daß es den Gegnern einer Eingemeindung größeren Stils darauf ankam, noch schnell vor Schluß des Landtages einen Vorstoß zu unternehmen, was ihnen denn auch mit leichter Mühe gelungen ist. Die konservativ-liberale Mehrheit ging über die guten Gründe unseres Genossen Hirsch und des Fortschrittlers Cassel, die beide energisch für die Eingemeindung von Treprow nach Berlin eintreten, mit eleganter Handbewegung hinweg und überwies die Petition der Regierung zur Berücksichtigung. Da sich auch der Regierungsvertreter im Sinne der Petenten aussprach, dürfte der Plan der Eingemeindung von Treprow nach Berlin endgültig als gescheitert anzusehen sein. Beide Gemeinden sind sich zwar einig, aber die gesetzgebenden Körperschaften haben es anders beschloffen. Auch ein Zeichen, wie es um die Selbstverwaltung bestellt ist!

Von den übrigen Petitionen, mit denen sich das Haus beschäftigte, verdient besondere Beachtung die des Schugverbandes gegen die Vädereiverordnung in Berlin um Verlängerung der Dispense auf die Stadtbauer der Häuser oder bis zum größeren Umbau derselben. Der einzige Redner aus dem Hause, der sich der Interessen der Vädereiarbeiter annahm und für einen ausreichenden Vädereiarbeiterschutz eintrat, war unser Genosse Ströbel. Allen anderen von der äußersten Rechten bis zur bürgerlichen Linken gilt die Wahrnehmung der Sonderinteressen einiger Hausagrarier mehr als die Wahrnehmung des Arbeiterschutzes. Die zahllosen Mängel, die amtlichen Darlegungen zufolge die Befestigungen der Vädereien ergeben haben, lassen die bürgerlichen Abgeordneten laiz, ja, sie bekommen es sogar noch fertig, den Sozialdemokraten, wenn sie die Mißstände zur Sprache bringen, Vorwürfe daraus zu machen. Dadurch, daß die Mehrheit gegen den Widerspruch von sozialdemokratischer Seite die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwies, obwohl die Regierung den Hausbesitzern heute schon weit entgegenkommt, bewies sie ihre grenzenlose Arbeiterfeindschaft.

Am Sonnabend stehen Initiativanträge und Petitionen auf der Tagesordnung.

### Wilde Künstler, rede nicht!

Das sagten sich gestern, Freitag, auch die Herren Herren im Herrenhaus und sie nahmen 2 1/2 Stunden lang unentwegt und treu die Anträge ihrer Petitionskommission an, um eine Anzahl von Eingaben zu erledigen. Es war danach! Großes Wohlwollen fanden Petitionen gegen Beamtenkonsumvereine und Beamtenhausgenossenschaften und gegen den „Hausierhandel“ der Berliner Warenhäuser. Billig wohnen und kaufen wollen — so was! Ach, wo! Also — Ueberweisung zur Berücksichtigung! Morgen, Sonnabend, beginnt die Etatsberatung.

### Dreiste Stimmungsmache.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelt am Freitag wiederum vertraulich über die Wehrvorlagen. In der Sitzung nahmen auch der Kriegsminister und Unterstaatssekretär Wahnhoff teil. Am Montag wird die Kommission bei § 1 der Vorlage die Beratung beginnen. Eine Generaldebatte wird nicht stattfinden.

Ueber diese vertraulichen Sitzungen — deren Vertraulichkeit recht überflüssig ist — werden in der bürgerlichen Presse allerlei Stimmungsberichte veröffentlicht, denen zufolge der „Ernst der Erklärungen“ der Regierungsvertreter großen Eindruck gemacht und die sofortige Behandlung der Wehrvorlage bewirkt habe. Das ist Schwindel und unberschämte Stimmungsmache. Wir sind sicher, daß die Abgeordneten nichts erfahren haben, was sie nicht schon vorher wußten oder wenigstens hätten wissen können, und die Beratung der Wehrvorlagen zu beginnen, waren die bürgerlichen Partei schon vorher entschlossen. Also man verschone die Öffentlichkeit in Zukunft mit solchen Fabeln.

### Der Reichstagswahlkampf im Wahlkreise Ost- und West-Sternberg.

Am 9. Mai findet die Nachwahl statt. Die Konservativen haben den im Kreise ansässigen Hauptmann und Großgrundbesitzer von Boh aufgestellt, die Antisemiten den Fabrikanten Brühl aus Steglitz, der den Kreis von 1903 bis 1907 im Reichstage vertrat. Für die Liberalen kandidiert der Redakteur Heile-Berlin. Der sozialdemokratische Kandidat ist der Gewerkschaftssekretär Schünning-Karlshorst. Bei der Hauptwahl im Vorjahr erhielten von Kappenberg (konf.) 9142, Fröhlich (Antisemit) 3427, Schünning (Soz.) 3333 und Korbach (Fortschritt.) 607 Stimmen. Bei der jetzigen Nachwahl ist auf eine wesentliche Stimmveränderung zu rechnen, denn es dürfte den Konservativen kaum gelingen, ihre Stimmzahl zu behaupten, da der verstorbenen Abgeordnete v. Kappenberg im Kreise sehr beliebt war und seine Wahl mehr seiner Person als seiner Partei galt.

Der Wahlkampf hat ziemlich heftig eingesetzt. Die Konservativen hielten in allen Orten Versammlungen ab; auch die Fortschrittler entsandten eine äußerst tüchtige Tätigkeit und werden wohl ein besseres Wahlergebnis erzielen. Die Antisemiten haben ihr Erscheinen angefündigt und bringen sich zur Hilfe die Herren Wilhelm Bruha, Ludwig Werner, Dr. Werner-Giehn, Rudolf Rordorf, den Lehrer Holz und noch ein Dutzend Antisemiten mit. Die Antisemiten hegen die Hoffnung, in Stichwahl zu kommen, und dann, wie 1903, zu siegen. Die Konservativen rechnen ebenfalls auf eine Stichwahl, und zwar mit den Sozialdemokraten. Hiernach haben sie denn auch ihre Kampfesweise eingerichtet. Satten wir 1912 acht Ställe zur Verfügung, so jetzt nur ein Lokal. Unsere Versammlungen müssen deshalb unter freiem Himmel stattfinden, und auch hierbei werden unseren Genossen allerlei Schwierigkeiten gemacht. In einem Orte, in dem bei der letzten Wahl hauptsächlich sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind, wurde die Versammlung einfach wegen sogenannter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. Trotzdem dürfen wir auf Stimmengewinn rechnen, und zwar obgleich mehrere Hundert sozialdemokratischer Wähler — Schiffer und Schmitzer — nicht zu Hause sind.

### Zentrums-Anwälte des Rüstungskapitals.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erhob ein Krupp-Vogel auf Anlaß der neuesten Krupp-Affäre die Forderung: die Firma möge aus ihrer bisher beobachteten „vorschnellen politischen Neutralität“ heraustreten. Wenn beispielsweise Herr Krupp von Wohlen und Falbach oder einer seiner höheren Beamten im Reichstage geseffen hätte, ja wäre es ein Reichstag gewesen, die Liebknecht-

ihnen Behauptungen zu widerlegen! Die Essener „Vollzeitung“, das führende Zentrumsorgan im Ruhrgebiet, gerät über diesen Vorschlag in große Aufregung, vermutlich fürchtet sie, der Krupp'sche Reichstagskandidat könnte sich, was ja nahe liegt, den Essener Kreis anschließen, der gegenwärtig im Besitze des Zentrumsabgeordneten Giesberts ist. Das Blatt sucht deshalb der Firma Harz zu machen, daß sie sich gar nicht selbst zu bemühen brauche, was zur Verteidigung notwendig ist, das besorgt auch — Giesberts! Hören wir das Angebot des Zentrumsblattes:

„Ein Vertreter der Firma Krupp soll Mitglied des Reichstags werden. Warum nicht? Nur soll es gerade nicht als Vertreter von Essen sein und ferner darf es nicht erzwungen werden durch Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Wahlfreiheit. Aber auch jetzt hat nichts im Wege gestanden, daß die Firma im Reichstagswahlbezirk verteidigt wurde. Es braucht nur der gegenwärtige Vertreter Essens, Herr Abg. Giesberts, von der Firma mit dem notwendigen Verteidigungsmaterial versehen zu werden. Der Vorsitzende des Direktoriums, Herr Geheimrat Eugenberg, ist ja noch in der Nacht, nachdem Herr Stübgen gesprochen, nach Berlin gefahren und war am zweiten Verhandlungstage dort anwesend. Deshalb hat er die Hilfe des Herrn Giesberts nicht in Anspruch genommen? Wenn auch der Parteihandpunkt der beiden Parteien ein verschiedener ist, so würde das nicht gehindert haben, daß Herr Giesberts mit dem ihm eigenen Geschick die Sache Harz gestellt hätte, sofern sie sich Karstellern lieh. Besser hätte Herr Eugenberg es auch nicht gekannt, im Gegenteil würde er als Partei viel weniger Eindruck gemacht haben.“

Unser dringender Rat geht dahin, daß die Firma ihre politische Neutralität noch mehr als bisher wahren. Bei der Struktur des Reichstags hat sie den größten Vorteil davon.“

Der Artikel trägt das Signum des Chefredakteurs Haukammer und es ist nicht anzunehmen, daß dieses Angebot ohne die persönliche Zustimmung Giesberts geschrieben worden ist. Wenn die erste Leuchte der christlichen Arbeiterbewegung sich so vor aller Welt als Agent des Rüstungskapitals charakterisiert, dann brauchen die kleineren Münchener-Clubblätter Zentrumslichter sich nicht mehr zu genieren, offen kapitalistische Antriebskräfte zu leuchten.

Im übrigen zeigt auch die Notiz, wie ernst es dem Zentrum mit dem Erzberger'schen Antrag ist, die Militärlieferungsgeschäfte von Reichstags wegen einer Prüfung zu untersuchen. — Die alte Komödie, bei der die Kanonen- und Panzerplattenlieferanten eher noch Fürsprecher als Kritiker im Zentrum finden.

### Der Kultur-Skandal von Breslau.

Zum skandalösen Fall der Fesselung des Parteisekretärs Srowig ist noch nachzutragen, daß die öffentliche Kritik geholfen hat. Srowig ist auf dem Rücktransport in die Anstalt nicht mehr gefesselt worden. Seine Bitte an den Vorsitzenden des Gerichts, vor dem er sich wegen einer geringfügigen Uebertretung verantworten mußte und die sogar mit seiner Freisprechung endete, doch dafür zu sorgen, daß er beim Rücktransport nicht wieder gefesselt würde, wurde damit abgetan, daß dies Sache der Staatsanwaltschaft sei. Wie jetzt bekannt wird, ist die Fesselung des Genossen Srowig weder in den Akten vermerkt, noch vom Gefängnisdirektor in Wohlau verfügt worden. Srowig wurde vom Gefängnis Wohlau nach dem Bahnhof Wohlau ungesesselt geführt. Mit ihm im Eisenbahn-Gefangenen-Transportwagen befanden sich noch zehn männliche und vier weibliche Gefangene sowie zwei Kinder. Unter den zehn Männern befanden sich auch zwei Juchthäuser. Von allen Gefangenen wurden nur fünf gefesselt, darunter Srowig! Als nach der Ankunft auf dem Bahnhof in Breslau die Fesselung vorgenommen werden sollte, wurde Srowig's Name als erster aufgerufen. Genosse Srowig hat den aufsichtsführenden Polizeileutnant unter Hinweis auf seine nur noch elf Tage dauernde Strafe und der Geringfügigkeit des Objekts, wegen dessen er angeklagt sei, in höflicher Weise von der Fesselung Abstand zu nehmen. Dieser Wunsch wurde mit dem ausbrüchlichen Bemerkung: „Die Fesselung ist angeordnet!“ rundweg abgeschlagen.

Da in den Akten nichts von einer gefesselten Uebertretung des Genossen Srowig steht, diese auch nicht vom Direktor des Wohlauer Gefängnisses angeordnet war, wird die alle Instanzen durchzuführende Beschwerde wohl Aufklärung darüber bringen, wer die Schuld an dem skandalösen Vorfall trägt.

### Bündlerschwindel.

Der nationalliberale Abg. Sieg hat es abgelehnt, den vom nationalliberalen Vertreter in Hannover angenommenen Antrag der Landtagsfraktion zu unterschreiben, der sich gegen irgendwelche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie wendet. Diesen Umstand benutzt das in Danzig erscheinende bündlerische „Westpr. Volksblatt“ dazu, folgenden hahnhehlerischen Schwindel in die Welt zu setzen:

„Ja, wie kann Herr Sieg gegen ein Volkieren mit der Sozialdemokratie aussprechen? Er verdammt ja seine Wahl in den Reichstag den Grundbesitzer Sozialdemokraten! Und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Sozialdemokraten in Groudenz vor der Stichwahl ihre „vor der Hauptwahl gehalten Unkosten“ in Höhe von 7000 M. erstattet bekommen haben von den Nationalliberalen. Die Wahlen wollten erst in der Stichwahl gesiegt haben. Die Nationalliberalen aber zählten das Geld den Genossen vorher auf den Tisch.“

Wir können feststellen, daß diese Mitteilung erlogen ist.

### Wie der Militarismus Mittelstandsexistenzen vernichtet.

Die Stadtwirtschaft in Söban (Sachsen) war vor kurzem in schwere Not geraten, denn sie konnte kein Land zu einem Gerglerplatz für das aufgelagerte Jägerbataillon bekommen. Auch ein agrar-konserverbatter Rittergutbesitzer, der über riesige Landflächen verfügt, lehnte ab, für den Gerglerplatz Land herzugeben. Jetzt hat man nach längerem Drängen endlich eine Anzahl Güter- und Feldbesitzer in Rosenham bei Söban veranlaßt, ihr Land zu veräußern. Die konserverbatter „Dresdener Nachrichten“ bemerken zu der Meldung über diesen Verkauf:

„Die Felder gehören fast nur kleineren Grundbesitzern, die sich schwer von ihrem Besitz trennen und auch nicht leicht Arbeiterschaft für die eigene, nun unterbundene Arbeit der Feldbestellung finden können. Deshalb müßte ihnen ein höherer Satz als der übliche Feldpachtzins geboten werden.“

Die kleinen Landwirte werden also von denselben Leuten, die sonst die Mittelstandsbereitung nur so im Munde führen, in ihrer Existenz entzogen. Alles Kulturland wird zu militärischen Zwecken festgetreten und der Landwirtschaft entzogen.

Ähnliche Erfahrungen hat man auch in Dresden gemacht, wo auf Stadiger Platz eine Kaserne für eine Luftschifferabteilung mit angrenzenden Flugplatz errichtet werden soll. Dazu mußte man

Land von kleinen Bauern und Gärtner ankaufen, das die Quelle der Existenz dieser Leute war. Einige haben sich durch den angebotenen Preis zum Verkauf verlocken lassen; andere haben sich aber verzweifelt gewehrt und erklärt, sie ließen sich nur mit Gewalt ihr Land und ihre Existenz nehmen. Doch wenn es sich um den Militarismus handelt, kennt man keine Rücksicht. Den Leuten ist bedeutet worden, daß sie enteignet werden würden, falls sie nicht nachgeben.

### Wieder einer.

In dem Spionageprozeß gegen den früheren Handlungsgehilfen Eward Kohler aus Breslau und dessen Ehefrau vor dem Reichsgericht wurde in später Abendstunde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Kohler wurde wegen Betrags militärischer Geheimnisse unter Anrechnung der noch nicht verbüßten Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen Urkundenfälschung, die er im Januar d. J. in Breslau erhielt, zu 7 Jahren und 1 Monat Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, seine Ehefrau wegen Beihilfe zur Spionage zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit in Belgien.

Brüssel, den 25. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus der Provinz wird allenthalben von der Fortdauer der Disziplin auch bei der Arbeitsaufnahme berichtet, obwohl besonders die Bergarbeiter des Hennegau's den Erfolg in der Kammer als ungenügend erachten. Besondere Disziplin beweist das Centre, wo heute die Bergarbeiter größtenteils die Arbeit aufnehmen, obwohl die dortigen Kongregalegierten beauftragt waren, für das Weiterstreiken zu stimmen. Im Vorinange wurde die Arbeit teilweise wieder aufgenommen, die vollständige Aufnahme auch bei den Bergarbeitern wird für Montag erwartet. Teilweise wurde die Arbeit aufgenommen auch in Antwerpen und Charleroi. Der Bürgermeister von Antwerpen dankte für die bewahrte Ruhe. In Namur, Lüttich, Seraing, Gent, Verbieres wurde die Arbeit fast allseitig aufgenommen. Bei denjenigen Lütticher Unternehmern, die Maßregelungsabsichten zeigen, wird weiter gestreikt. In Brüssel ist die Aufnahme der Arbeit normal verlaufen. Heute erschien der „Peuple“ wieder. Die Verteilung von Streifsuppen wird bis nächste Woche fort dauern.

### Frankreich.

#### Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 25. April. Der Heeresauschuß der Kammer hat mit 16 gegen 7 Stimmen den Grundsat der Unveränderlichkeit der Effektivbestände angenommen. Von den sieben Abgeordneten, die sich dagegen aussprachen, sind drei geeinigte Sozialisten, darunter Faure's, und vier sozialistische Radikale, darunter General Bedoya.

### Holland.

#### Zu den Wahlen.

Amsterdam, 24. April. (Sig. Ver.) Heute hielten die drei verbündeten liberalen Parteien ihre separaten Generalsammlungen ab, zur Beratung der Frage, ob sie für die kommenden Parlamentswahlen ihr Bündnis fortsetzen sollten. Wie zu erwarten war, beantwortet jede der drei Parteien diese Frage bejahend, die katholische und die „antirevolutionäre“ (kleinbürgerlich-protestantische) mit Stimmeneinheit, die christlich-historische (junkerlich-protestantische) Partei mit 133 gegen 15 Stimmen. Auch in dieser Partei machte sich also nicht die namhafte Opposition fühlbar, die die liberale Presse erwartet hatte. Zwar ist es sehr leicht möglich, daß die Minorität sich als eine gesonderte Partei konstituieren wird, die bei den Stichwahlen den liberalen Hilfe bringen kann. Die drei Parteiversammlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Der Öffentlichkeit übergeben ist nur die Rede, womit der Gymnast Dr. Auwerden den antirevolutionären Parteitag eröffnete. Sie war ganz auf die Verpflanzung der Schule und auf die religiöse Verheugung der Nation gerichtet — wiederum ein Zeichen, unter welchen Schlagworten der Wahlkampf hauptsächlich geführt werden würde —, wenn nicht die Sozialdemokratie dabei wäre.

Die „Staatszeitung“ meldet, daß als Tag der Hauptwahlen für die zweite Kammer der 17. Juni, als Stichwahltag der 25. Juni festgelegt worden ist.

### Rußland.

#### Die Furcht der Herrschenden.

In den herrschenden Kreisen Rußlands nehmen zusehends die Besorgnisse zu, die sich ihnen angesichts der trostlosen inneren Lage und der steigenden revolutionären Welle aufdrängen. Einer der klügsten Köpfe der Reaktion, Menschikow, schreibt in der „Kowoje Brestja“ anlässlich der revolutionären Arbeitermanifestationen in Petersburg folgendes: „In der Residenz und in den größten Städten sammelt sich eine düstere und rachsüchtige Naturgewalt an, die immer häufiger, zunächst durch Demonstrationen auf den Straßen in die Erscheinung tritt. Die Arbeiter manövrieren, die Arbeiter üben sich in ihrer Rolle, — wer bürgt dafür, daß der Vorhang nicht steigt, und daß wir nicht Zeugen eines wirklichen revolutionären Schauspiels werden? Auch in den anderen Bevölkerungsklassen sieht der konservative Schriftsteller keinen Lichtblick. Die Bauern seien bis aufs äußerste bedrängt und lauschen deshalb gerne den revolutionären „Gezreden“. Auch in der Armee und Flotte hätten sich revolutionäre Bagillen eingenistet. Überall gäre es; überall sei der Haß, die Erbitterung, der Wunsch nach einer Aufbesserung der materiellen Lage groß. „Gibt man dem Volke nicht Land, so kann man unmöglich gegen die revolutionäre Stimmung im Volke ankämpfen.“ Die Erkenntnis der ungeheuer zugefügten inneren Lage ist, wie ersichtlich, bei einigen Vertretern der Reaktion vorhanden. Die Praxis jedoch spürt diese Gegenstände immer mehr zu und bereitet den Boden für eine neue Revolution.“

### Amerika.

#### Gutgemeinte Weltfriedenspläne.

Washington, 24. April. Staatssekretär Bryan entwidelte heute vor dem diplomatischen Korps seinen Friedensplan für eine allgemeine Friedensbewegung, der bald die Grundlage für Vertragsverhandlungen sein werde. Bryan erklärte, er wolle den Diplomaten gegenüber sich nicht auf Einzelheiten einlassen, weil Einzelheiten Sache des Einvernehmens zwischen den vertragsliegenden Nationen wären und in den einzelnen Fällen verschieden sein dürften. Die Erklärung, die ich dem diplomatischen Korps unterbreitete, sagte Bryan, bezweckt nur, den Grundsat aufzustellen, nämlich, daß der Präsident wünscht, ein Übereinkommen mit jeder Nation auf Unternehmung aller wie auch immer gearteten Fragen zu erzielen. Dieses Übereinkommen ist als Ergänzung der jetzt bestehenden und etwa später abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge gedacht. Die bestehenden Schiedsgerichtsverträge nehmen einige Fragen von dem Schiedsgericht aus. Das von dem Präsidenten vorgeschlagene Ab-

kommen beabsichtigt, diese Lücken zu schließen und keinen Streit übrig zu lassen, welcher ohne vorhergegangene Unternehmung einen Krieg verursachen könnte. Der Zeitraum für die Unternehmung gehört zu den Dingen, die in den einzelnen Verträgen verschieden sein können. Jede Partei behält sich selbst das Recht vor, unabhängig zu handeln, nachdem der Untersuchungsbericht vorgelegt worden ist, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß eine Nation den Krieg erklären wird, nachdem sie die Gelegenheit hatte, während der Unternehmung mit der gegnerischen Nation zu verhandeln. Bryan schloß: ob das vorgelegte Abkommen seine Hoffnung erfüllen werde oder nicht, sicherlich werde es wenigstens einen Schritt auf dem richtigen Wege sein, nämlich zum Weltfrieden.

### Aus der Partei.

#### Sweizeri Maß.

Der sozialdemokratische Verein in Lützel hat beschlossen, die diesjährige Reise u. a. durch einen Festzug nach dem nahegelegenen, am 1. April d. J. eingemeindeten Dorfe Molsling zu begehen. Er ersuchte deshalb beim Polizeiamt um die Erlaubnis, daß sich der Zug auf dem Marktplatz aufstellen und von dort durch die Stadt nach dem Festort begeben dürfe. Die Polizeibehörde gestattete jedoch den Abmarsch des Festzuges vom Marktplatz nicht, sondern schrieb dafür einen Platz vor, der sich außerhalb der inneren Stadt befindet. Zur Begründung dieses Verhaltens führte das Polizeiamt aus, daß ein solcher Zug in der inneren Stadt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilde. Nun ist es interessant, zu wissen, daß die gleiche Polizeibehörde, die in dem Reisezug der Arbeiter eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit erblickt, obwohl die wertvolle Bevölkerung dieser Stadt noch stets sich musterhaft verhalten hat, es den Kriegervereinen erlaubt, vom Marktplatz aus Aufzüge zu veranstalten, und noch vor wenigen Wochen einen großen Jahrsrückkehrumzug nicht nur duldet, sondern fördert, durch den der ganze Verkehr in der Stadt lahmgelegt wurde. Man kann daraus ersehen, daß auch in Lützel die Arbeiterkraft mit anderem Maß gemessen wird, als das Bürgertum.

#### Internationale Solidarität.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Gleich nach Beginn des belgischen Generalstreiks veröffentlichte die sozialdemokratische Demofraktion in der Arbeiterblätter eine Sympathieerklärung für das belgische Proletariat und forderte alle Arbeiter auf, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. Aus ihren eigenen Mitteln zeichnete die Fraktion 100 Rubel als Unterstützung für die streikenden Genossen. Dieser Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion fand sofort Wiederhall bei den Petersburger Arbeitern. Auf zahlreichen Fabriken und Werken fanden Arbeitermeetings statt, auf denen beschlossen wurde, einen Teil des Wochenlohnes nach Belgien zu senden.

Sind die Beschlässe der Petersburger Arbeiter durch die Einstellung des belgischen Generalstreiks auch gegenstandslos geworden, so bleiben sie dennoch ein schönes Zeichen der internationalen Solidarität der russischen Arbeiter. Mit dem Erwachen ihrer eigenen Bewegung werden sie sich immer lebhafter der Bande bewußt, die das Proletariat aller Länder zu einer großen Kampfgenossenschaft vereinen.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Ein Rattenkönig von Prozessen.

Gegen die verantwortlichen Redakteure der „Breslauer Volkswacht“, die Genossen Förster und Donsky, wurden am Donnerstag vor dem ersten Breslauer Straßengericht unter Vorsitz des belannten Landgerichtsdirektors Rundry nicht weniger als sieben Beleidigungsprozesse verhandelt. Sechsmal fühlten sich Reichsverbändler und einmal das Schöffengericht Landesbesuch beledigt. Für das letztere hatte der Landgerichtspräsident in Stralsberg Strafverfügung wegen eines Artikels gestellt, der sich mit der Rechtslosigkeit der Landarbeiter beschäftigte. In dem Artikel war die vom Schöffengericht Landesbesuch gegen einen Landarbeiter wegen Beleidigung eines Inspektors ausgesprochene Gefängnisstrafe von drei Monaten als eine unglaublich hohe bezeichnet worden. Darin, und daß in dem Artikel weiter behauptet wurde, die Landarbeiter sind rechtlos und stehen noch unter dem Vieh, sollte dem Schöffengericht Landesbesuch gegenüber der Vorwurf der Klassenjustiz liegen. Selbstverständlich war mit der Rechtslosigkeit der Landarbeiter deren Stellung unter die Gefühlsordnung gemeint. Trotzdem sah die Richter darin den Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung und erkannten auf 800 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis.

Die nächste Verhandlung richtete sich gegen die Genossen Förster und Donsky. Donsky war aus einer Reichsverbands-Versammlung mit drohenden Worten gewiesen worden und hatte diesen Vorgang in entsprechender Weise glosiert. Dadurch fühlten sich der Reichsverbändler Amtsdirektor Dr. Kaufa aus Pilsnit bei Breslau und der Reichsverbands-Sekretär Dr. Dörre beledigt. Im öffentlichen Interesse erhob der Staatsanwalt Anklage. Die Reichsverbändler-Ehre wurde von den Breslauer Richtern mit 500 Mark bewertet. Der Staatsanwalt beantragte sogar noch 100 Mark mehr.

Ein anderer Artikel beschäftigte sich mit der Behandlung der Ausländer auf dem Gute des Amtsdirektors Dr. Kaufa in Pilsnit. Die als Jungen geladenen Galizier, die das Material zu dem Artikel lieferten und den Gewahrsam der „Volkswacht“ selbst in einen Raum führten, in dem eine Galizierin als Wöchnerin lag und der auch anderen männlichen Arbeitern als Unterlunftraum diente, verurteilten in der Verhandlung vollständig. Jetzt auf einmal fanden sie auf dem Gute des Herrn Kaufa alles in schönster Ordnung. Und das, trotzdem eine Landdame mit ihnen fünf Tage nach ihrer Entbindung auf die Hilfe der Hebammen warten mußte. Der Staatsanwalt war derselben Meinung wie die Galizier. Alles war in musterhafter Ordnung. Er beantragte gegen Genossen Donsky als Verfasser des infamierten Artikels sieben Monate, gegen Genossen Förster als Verantwortlichen fünf Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte bei Donsky auf drei Monate Gefängnis, bei Förster auf 300 Mark Geldstrafe.

Die letzte Verhandlung richtete sich wieder gegen die beiden vorhergenannten Genossen. In einem Artikel der „Volkswacht“ war von der schlechten Behandlung der Landarbeiter auf einem anderen Gute die Rede und dabei war einleitend darauf hingewiesen worden, daß die „Volkswacht“ erst kürzlich Gelegenheit hatte, auf die Zustände auf dem Gute des Herrn Kaufa hinzuweisen. Durch diesen Hinweis fühlte sich Herr Kaufa abermals beledigt. Wie in allen übrigen Prozessen wurde auch hier im öffentlichen Interesse glosiert. Das Gericht hielt den Vorwurf auch für schwer beledigend und erkannte gegen Förster auf 200 Mark Geldstrafe. Donsky, der mit dem Abfassen des Artikels auch nicht das geringste zu tun hatte, wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem aber 200 M. Geldstrafe.

In allen sieben Beleidigungssachen erkannten die Breslauer Richter auf insgesamt 1300 M. Geldstrafe und 3 Monate Gefängnis. Beantragt waren insgesamt 1000 M. Geldstrafe und 14 Monate und 3 Wochen Gefängnis.

#### Drei Monate Gefängnis.

Genosse Rauch wurde als Verantwortlicher der „Zittauer Volkszeitung“ vor Landgericht Zittau wegen „Verächtlichmachung königlicher Einrichtungen“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verbrechen war in einem Artikel geschildert worden, in dem eine Anrede für die nationale Jugendfürsorge scharf kritisiert wurde.

# Gewerkschaftliches.

## Im Osten tagt es!

(Fig. Ber.) 1913, das Jahr der „patriotischen“ Erinnerungsfeste, bringt eine neue Armee für die proletarischen Kampfeskämpfer. In Oberschlesien, der Provinz der Duldsamkeit, erwacht die Kampfeslust. Noch sind die Arbeitermassen nicht geschult, noch wird es Niederlagen geben; aber der Wille ist erwacht, die Lebensverhältnisse zu verbessern, zu erhöhen. Jahrzehntlang haben die ober-schlesischen Grubenarbeiter gehofft und geharrt und jetzt ist der Geduldsfaden gerissen. Und selbst die polnischen Arbeiter wissen, wie heute gekämpft wird. Ruhe, Fähigkeit, Niederlegung und Solidarität muß der Soldat der Revolution besitzen, um siegen zu können. Keine Revolte, kein blauer Montagstreik kann zum Ziele führen.

Und beinahe müßtergültig ist die Durchführung der Streikbewegung. Es beginnt zu tagen, und das Vertrauen, das die adeligen Grubenherren bei den Arbeitern hatten, überträgt sich nun auf die Führer der Organisationen. Mit der Herrschaft der Unternehmer und der Pfaffen wird es jetzt vorbei sein. Wenn in der Grenzprovinz Oberschlesien, der Durchgang der unauferklärten Arbeiter aus Rußland und Galizien, durch den Streik ein Stumm herantreibt, der den Organisationsgedanken fest erfährt hat, dann ist die moderne Arbeiterkraft auf dem Wege, eine Provinz zu gewinnen.

Geitzeit wurde schon oft in Oberschlesien, aber die Streiks waren immer bedeutungslos. Nach dem Lohnstag wurde hier und da ein Streik begonnen, und wenn das Geld alle war, dann ging man eben wieder zur Arbeit. Heute liegen die Verhältnisse anders. Die Regierung war den Streikführern behilflich, indem sie seit Montag die Deitillen geschossen hat; sie glaubte vielleicht, die Arbeiter würden um des lieben Schnapfes willen die Arbeit wieder aufnehmen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall! Nun stehen die Arbeiter an den Straßencken und, wie ich es gestern gesehen habe, gehen sie mit der Nase zum Vorn und holen sich einen frischen Trunk. Und sie haben beinahe eine kindliche Freude, wenn sie die leeren Eisenbahnwagen ansehen, die auf den Schienen stehen.

Freilich, der polnische Arbeiter wird erst lernen müssen, wirtschaftliche Kämpfe durchzuführen; denn dazu gehört vor allen Dingen, Niederlagen ertragen. Doch bis jetzt stehen sie alle fest und hoffentlich werden sie durchhalten. Diese Ausdauer haben die Grubengewaltigen nicht erwartet, und die armen Steiger sind zu bebauern, die unorgeschicht Wasser pumpen müssen, damit die Gruben nicht erlaufen. Die polnische Vereimung, die den Streik begonnen hat, ohne den alten Verband zu informieren, führt eine fähne Sprache und sie fordert heute in einem Flugblatt die Maschinisten und Heizer auf, am Freitag alle Maschinen stehen zu lassen und seinen Fuß über die Türschwelle der Grubeneinfahrt zu setzen. Die Stimmung hält die Massen zusammen und die Grubenbesitzer werden mit allen Möglichkeiten rechnen müssen. Wie überall, versuchen sie jetzt die Arbeiter einzuschüchtern. Die Hohenzollern-Grube verschiebt Briefe mit folgendem Inhalt:

„Sie sind unbefugt aus der Arbeit fortgeblieben und haben sich anscheinend dem Streik angeschlossen. Um Sie und Ihre Familie vor größerem Schaden zu bewahren, machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie Ihre Entlassung aus der Arbeit zu gemäßigten haben, falls Sie länger als drei Tage rechtswidrig von der Arbeit fortbleiben. (§ 8 und 5 Nr. 11 der Arbeitsordnung.) Wir machen Sie ferner darauf aufmerksam, daß uns nach § 8 der Arbeitsordnung das Recht zusteht, Ihnen in diesem Falle zur Deckung unseres Schadens den Lohn von 6 Schichten abzugreifen. Selbst wenn Sie aber später zur Arbeit engenanommen werden, haben Sie zu gemäßigten, daß Sie die Kinderzulage und die Wohnungsbefreiung verlieren und sich diese Prämien erst im Laufe der Jahre erwerben müßten.“

Die Kinderzulage beträgt im Monat drei Mark; ein „großes Gnadengeschenk“ der Unternehmer!

Die Wut der Zeichenbarone ist gewaltig. Im heutigen „Deutscher Tagesblatt“ steht eine patriotische Verdächtigung, die man beim letzten Streik im Ruhrgebiet auch dem Bergarbeiterverband anhängen wollte. Das Blatt schreibt:

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Unterdrückung der ober-schlesischen Streikbewegung von den Grubenbesitzern Englands stammt, die an einem langandauernden Streik in Oberschlesien das größte Interesse haben, weil sie dadurch infolge des englischen Grubenarbeiterstreiks seinerzeit verlorenen Absatzgebiete für englische Kohle wieder zu erobern hoffen.“

Also der Streik brennt den Unternehmern schon an den Fingern, und je brutaler und gemeiner ihre Handlungsweise ist, um so mehr sehen es die Arbeiter, daß die Grubengewaltigen für „ihre“ Arbeit nur ein hartes Herz haben.

Am 24. April cr. ist die Königsgrube in Königsgrube und die Schwanengrube in Antonienhütte teilweise stehen geblieben. Auf der Schlesiengrube bei Weuthen (C. Schl.) sind die paar Mann, die gekommen sind, nach Hause geschickt worden, weil sie sagten: es lohnt sich nicht, die Leute einzufahren zu lassen. Auf der Preußengrube in Wislowitz haben schon die Steiger Kohle gefüllt und der Bergverwalter hat die Wagen von der Schale abgezogen. In den Reuten hat der Bergverwalter gesagt, daß sie gar nicht wissen, wie es unter Tage aussieht; wenn sie es wüßten, würden sie die Arbeit lieber aufnehmen. Bis jetzt streiken 80 000 bis 65 000 Mann.

**Kattowitz, 25. April.** Die Zahl der Streikenden ist heute viel größer als gestern. Auf dem Bergwerk Oheim und auf Eminenz bei Kattowitz und auch auf mehreren Werken bei Weuthen hat das Maschinenpersonal die Arbeit niedergelegt. Auf einigen anderen Bergwerken wiederum hat das Maschinenpersonal erklärt, in den Ausbauräumen einzutreten, falls die Grubenverwaltungen bis zu dem morgigen Tage seine Forderungen nicht annehmen. Die Grubenverwaltung Hohenzollern bei Weuthen erklärte sich bereit, den streikenden Arbeitern eine Gehhöhung des Lohnes um 15 Proz. zu gewähren.

Auf dem Bergwerk Laura bei Königsgrube haben sich gestern drei Unglücksfälle ereignet. Drei galizische Arbeiter, welche aus-hilfsweise arbeiteten, wurden verletzt. — Der Bericht der Polizei aus Weuthen bestätigt, daß die Streikbewegung im Weuthener Revier zugenommen hat.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Gastwirtsgehilfen!** Die in den Zellen III und IV beschäftigten Angestellten haben einen günstigen Tarifabschluss erzielt. Außer einer zehnprozentigen Lohnhöhung wurde auch eine Regelung der Arbeitsnachweisfrage erreicht, so daß für die Platzierung jetzt nur die Arbeitsvermittlung des Verbandes in Frage kommt und der gewerkschaftliche Stellenvermittler ausgeschaltet wurde.

In Betracht kommen inklusive der benannten Hilfskräfte 40 bis 50 Personen. Der Erfolg ist um so nennenswerter, da genannte Betriebe im Herzen von Berlin liegen.

Die Differenzen mit dem Inhaber des „Hofpeters“, Grüner Weg und Andreasstr. 66, Herrn Dohbe, sind noch nicht erledigt. Die seitens des Herrn Dohbe gewünschten Verhandlungen haben zwar stattgefunden, scheiterten jedoch an bestimmten Forderungen des Unternehmers, auf welche die Organisation nicht eingehen konnte.

Gleichfalls unerledigt sind die Differenzen mit Herrn Martin „Hofpeter“, Münzstraße 10. Beide Betriebe sind für organisierte Gehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen.

**Wir erhalten folgende Zuschrift:** Anschließend an den Versammlungsbericht der Buchbinder in Nr. 94 des „Vorwärts“ vom 20. April wird von der „Vorwärts“-Buchhandlung behauptet:

„Die „Vorwärts“-Buchhandlung habe um so weniger annehmen können, daß bei der Großbuchbinderei Luderich u. Bauer Tarifdifferenzen bestehen, als ja selbst der Buchbinder-Verband bei der genannten Firma seine Zeitschrift habe herstellen lassen.“ Demgegenüber erklären wir, daß diese Mitteilung auf einem Irrtum beruht.

Nichtig ist, daß vor fünf Jahren die Zeitschrift Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbands ihre Zeitschrift in der Buchdruckerei Janiszewski drucken ließ, und daß diese Firma die genannte Arbeit zur Fertigstellung an die Firma Luderich u. Bauer weitergegeben hatte.

Seit jener Zeit aber werden alle Druckarbeiten unsererseits an die „Vorwärts“-Druckerei vergeben.

Die Tarifkommission der Buchbinder. An der Tatsache, daß die Zeitschrift des Verbandes bei der Firma Luderich u. Bauer hergestellt wurde, ist nach dieser Zuschrift wohl nicht zu zweifeln.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Die von uns gebrachte Notiz der Reusföhrer Zwangsvereinigung ist dahin zu berichtigen, daß nicht die f e den Befehl gefaßt hat, nur solche Schilken zur Prüfungskommission zuzulassen, die die Meisterprüfung gemacht haben, sondern es ist eine Anordnung der Aufsichtsbehörde, die sich anlehnt an die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Insete daran gefaßte Schlußfolgerungen erübrigen sich damit. Tatsächlich geregelt ist: Hoyer, Eibinger Straße 71; Riffel, Schwebeliner Straße 13. Verband der Friseurgehilfen.

### Deutsches Reich.

#### Die neuen Verhandlungen im Binnenschifferstreik,

die am Donnerstag stattfanden, führten noch nicht zum Friedensschluß. Die Arbeiter hatten sich bereit erklärt, auf der Basis der bekannten Vorschläge vom Januar zu verhandeln. Es wurde auch eine Einigkeit über die Frage der Nachruhe, ebenso über die Tarifdauer erzielt. Wegen der Lohnhöhung kam es aber zu keiner Einigung. Der Transportarbeiterverband nahm die Vorschläge für die Elbe und die märkischen Wasserstraßen an, wonach der Lohn um 5 M. pro Monat erhöht werden soll; für den Stromlauf der Oder soll jedoch mit Beginn des dritten Tarifjahres eine Steigerung infolge eintreten, als der Lohnsatz von 110 M. erreicht wird. Dies wäre immer noch 10 M. weniger als auf der Elbe. Da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, wurde in eine weitere Beratung der anderen Differenzpunkte nicht eingetreten.

Der Transportarbeiterverband wird am Sonnabend eine Generalversammlung abhalten, die dazu Stellung nehmen soll; der Zentralverband der Maschinisten nimmt im wesentlichen die gleiche Stellung ein.

#### „Bombenattentat“ streifender Binnenschiffer.

Die Presse der Scharfmacher bringt die Meldung, auf dem Schlepptanker „Magdeburg“ hätten aushändige Heizer eine Sprengkapsel durch den Schornstein in den Feuerraum des Schiffes werfen und dadurch eine Explosion des Schiffes herbeiführen wollen; sie hätten aber das Ziel verfehlt. Vier ausländische Heizer wurden verhaftet. Hierzu wird uns aus Magdeburg gemeldet:

Die von der bürgerlichen Presse verbreitete Geschichte (s. fowelt bis jetzt festgestellt werden konnte, maßlos übertrieben. Während die bürgerlichen Blätter als Tatsache mitteilen, daß der Täter den Sprengkörper durch den Dampfschornstein in den Feuerraum werfen und dadurch eine folgenschwere Explosion herbeiführen wollte, weiß ein polizeioffizieller Bericht aus Magdeburg nur zu melden, daß der Täter „vermutlich die Absicht hatte“. Nach diesem selben Bericht enthält die Sprengpatrone „vermutlich“ einen außerordentlich gefährlichen Sprengstoff, nämlich Schießbaumwolle. Die bürgerliche Presse behauptet aber schon schamlos, daß die Ladung der Kapsel so stark war, daß sie zweifellos den Untergang des Dampfers herbeiführen würde, wenn sie explodiert wäre. Die Meldungen sind also lediglich auf Vermutungen aufgebaut und können um so leichter in die Welt gesetzt werden, als die Polizei alle vier Beteiligten inhaftiert hat, so daß sie nicht in der Lage sind, sich gegen die Beschuldigungen zu wehren. Von der mit so viel Lärm in Szene gesetzten Geschichte wird schließlich nichts weiter übrig bleiben, als daß es sich um einen zwar tödlichen, aber doch recht harmlosen Streich gehandelt hat.

**Achtung! Gastwirtsgehilfen!** Infolge der zurzeit in London und anderen Großstädten Englands bestehenden Streik- und Lohnbewegungen der Kellner und Köche werden die deutschen Kollegen dringend ersucht, Solidarität zu üben und nicht nach London zu fahren.

Sie uns mitgeteilt wird, vermittelt der D. A. V. Streikbrecher; meldet die Bureau des D. A. V. auch in Deutschland. Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin N, Str. Hamburger Str. 18/19.

Die Klemmer in Hamburg-Altona haben am 23. April dem Abschluß eines Tarifes auf drei Jahre mit knapper Mehrheit zugestimmt. Der Lohn steigt um 3 Pf. sofort und um 2 Pf. am 1. Oktober d. J. auf 80 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt wie bisher neun Stunden. An den Sonnabenden ist um 5 Uhr Arbeitschluß. Nebenstunden werden mit 20 Pf. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 30 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Für besonders gefährliche und schmutzige Arbeiten, die im Tarif näher bezeichnet sind, wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Jungausgelernte erhalten im ersten Jahr 55 Pf., im zweiten Jahr 58 Pf. Stundenlohn. Bei Arbeiten, die über 4,5 Kilometer weit entfernt liegen, wird das Fahrgehalt, bei über 7,5 Kilometer auch die Wegezeit bezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten wird ein Zehtgehalt von 3 M. für Redige und 3,50 M. für Verbeiratete gewährt.

## Unser die Jugend — trotz alledem!

Wenn alle die Sönnner der bürgerlichen Jugendbewegung, die Protoktoren des mit staatlicher Subvention aufgepöppelten Jungdeutschländubundes, glauben sollten, die Arbeiterjugend durch Schikanierung der proletarischen Jugendbewegung von dieser fernzuhalten, so werden sie ihren Irrtum wohl bald einsehen müssen. Je mehr sich diese „Strategen“ der Nachtmittel des bürgerlichen Staates bedienen, je mehr Polizei sie auf die Arbeiterjugend heben, desto deutlicher bringen sie der letzteren das zweierlei Recht zum Bewußtsein, das heute noch in Preußen-Deutschland herrscht. Dafür zeugen auch wieder die fünf Versammlungen, die zu gestern abend einberufen waren, und die sich durchweg eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatten. Natürlich fehlte auch hier wieder nicht die Polizei, um mit Eifer darüber zu wachen, daß den Erscheinungen gar nicht ein Wort gesagt werde, das nach Meinung der Hochwohl-löblichen mit der Politik im Zusammenhang steht. Politisch verdirbt den Charakter! Das heißt, nur wenn es sich um Arbeiter handelt. Bei der bürgerlichen Jugend — ja, Bauer, das ist etwas anderes! Wo einem der Referenten, die sich streng an das unpolitische Thema hielten, dem Gehege der Zähne auch nur ein Wort entfiel, das dem Heberwachenden als politisch verdächtig erschien, da erfolgte ohne Gnade die Auflösung. Heber die einzelnen Versammlungen gingen und folgende Berichte zu:

In den „Pharus-Bäsen“ waren gegen 8 Uhr schon über 1000 fucher, mit wenigen Ausnahmen Jugendliche, erschienen. Auch die Polizei hatte sich sehr zahlreich eingefunden, ganze Scharen von Schulreuten höherer und niederer Grades lagen, zwar sichtbar nicht, doch fühlbar, in verschiedenen Winkeln auf der Lauer. Unter diesem Aufwand von Sicherheitsmaßnahmen konnte namentlich Reichstagsabgeordneter Genosse Siebel ein erschöpfendes Bild von den Anschauungen und Zielen der freien Jugendbewegung, von ihrer Bekämpfung und Drangsalierung durch die Gegner und die Behörden, konnte die nationalen und sonstigen Konkurrenzorganisationen wie Pfadfinderverein und Jungdeutschländubund ujm. einer gebührenden Kritik unterziehen. Mit dem Aufsteigen in die freie Bewegung schloß der Redner seinen eindrucksvollen Vortrag unter dem hitzigen Beifall der Anwesenden.

Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung mit einem Hoch beendet. Der Abmarsch vollzog sich ruhig und ohne Zwischenfälle.

**Beifallsniieder-Saal** in der Bodstraße, der etwa 1300 Personen faßt, war von einer dichtgedrängten Schar lebhaft interessierter junger Leute gefüllt. — Polizeiliche Heberwachung drinnen, zahlreiche Schuhmannsposten draußen. Eine treffende Illustration zur politischen Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung. Aber die Polizei fand diesmal nicht den geringsten Anlaß zum Einschreiten.

Der Referent, Reichstagsabgeordneter Dr. Franz Mannheim, fesselte die Aufmerksamkeit der Zuhörer durch eine wohlkommene unpolitische, aber doch die Proletariatjugend an ihrer Arbeiterlehre und ihrem Arbeiterinteresse pöppelnde Rede. Wenn die Arbeiterkinder in der Volksschule auch nicht viel gelernt haben, so würden sie doch denken gelernt haben, und als denkende junge Menschen müßten sie sich sagen, daß es ihre vornehmste Aufgabe sei, sich vorzubereiten auf die Zeit, wo sie dereinst als Erwerbsmännern mitzukämpfen haben für die Befreiung des Innechens, unter dem sie selbst leiden. Denkende Arbeiterkinder würden sich nicht einfangen lassen in die große Kaufelalle des Jungdeutschländubundes und andere derartige Kaufelalle, welche man nach Zerstückung der Arbeiterjugendorganisationen zum Gang der jungen Arbeiter aufgestellt hat, um sie den Ideen zu entfremden, für welche die eigenen Eltern sich begeistern. Die jungen Leute müßten nur die eine Aufgabe vor sich sehen: die Freiheit der Arbeiterjugend zu verteidigen gegen alle ihre Feinde mit und ohne Uniform. — Der Vortrag des Referenten fand hitzigen Beifall.

Die in den „Verstärkungs-Bäsen“ tagende Versammlung war das Ziel so vieler Jugendlichen, daß die Polizei bald zur Absperrung schreiten mußte. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Erdmann übernommen. Der Redner zeigte, welche hohen Ziele die proletarische Jugendbewegung hat und stellte als Postulate folgende Forderungen auf: Körperliche und geistige Gesundheit, erhöhtes Wissen, Stärkung des Willens und Festigung des Charakters, Zusammenschluß mit denjenigen Frauen und Männern des Volkes, die das Beste des Volkes wollen. Als der Redner im weitesten Verlauf seiner Ausführungen sich mit dem Satz des Bischofs Genie besaßte, der da lautet: „Anecht soll Anecht bleiben“, und meinte, daß eine solche Religion dem Bürgerium passen könne, fühlte sich der überwachende Leutnant veranlaßt, vom Versammlungsleiter die Entfernung der Jugendlichen zu verlangen, da der Vortrag namentlich politisch sei. Als alle Gegenstände nichts fruchteten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Mit einem begeisterten Hoch auf die Jugendbewegung verließen die Versammelten den Saal, um jedoch wenige Minuten später in Fuhlmanns Clublokal wieder zusammenzukommen. Hier konnte Genosse Dr. Erdmann eine zündende Ansprache halten und die Jugendlichen auf ihre Rechtfertigung hinweisen, ohne daß er irgendwie gestört wurde.

In den „Andreas-Bäsen“ folgten gegen 600-700 junge Leute, darunter nicht wenige Mädchen, den trefflichen Ausführungen des Genossen Heinrich Schulz. Es waren erste Ermahnungen, die der Referent seinen Zuhörern ans Herz legte. Wenn die Jugend sich auch nicht politisch betätigen könne, so habe sie doch selbst Mittel und Wege zur Hand, sich geistig frei zu machen. Das beste Voraus, auf die Gesundheit des Körpers zu achten, denn das sei die Voraussetzung für einen gesunden Geist, der später hinführe zur rechten Stelle im politischen Kampf. Weidung des Alkohols, Spiel, Turnen und Wandern seien von den Jugendlichen zu pflegen, um die Folgen der schlechten Ernährung und des ungesunden Wohnens zu überwinden. Es sei aber notwendig, sich alle, die sich der Jugend als Freunde nähern, genau anzusehen. Daher gelte es auch, nicht dem Rufe zu folgen, der die Jugend zu den Pfadfindern, zum Jungdeutschländubund und zu locken verjuche; denn Zweck dieser Vereinigungen sei, die Arbeiterjugend den Ideen und Bestrebungen ihrer Väter zu entfremden. Geleitet vom Räte des erfahrungreichen Rates werde die Jugend den rechten Weg finden; es gelte, alles zu prüfen und das Beste zu behalten.

Unter hitzigen Beifall schloß der Referent seinen Vortrag. Sicher würde dessen ergiebige Wirkung eine noch viel größere gewesen sein, wenn nicht der überwachende Polizeileutnant eine unliebsame Störung der Versammlung dadurch hervorgerufen hätte, daß er einige durchaus harmlose Schlußbemerkungen des Versammlungsleiters für politisch erklärte und mit der Entfernung der Jugendlichen und Auflösung der Versammlung gedroht hätte. Dieses Eingreifen war eine ganz unberechtigte und überflüssige Maßnahme, sie zeigt nur den Jugendlichen, wie weit die politische Unbuddsamkeit der preußischen Polizei geht.

Nach Schluß der Versammlung erwiderte der Polizeileutnant noch die Feststellung der Personalien der Versammlungsleiter für notwendig.

In den „Arminhollen“ konnte man schon ziemlich lange vor Eröffnung der Versammlung auf der Straße in entsprechender Verteilung ein recht reichliches Polizeiaufgebot, darunter so mancher Nichtuniformierter, beobachten. In Scharen eilte die junge Welt auch zu dieser Versammlung. Der große Saal und die Gallerien waren sehr bald bis zum letzten Platz besetzt. Reichstagsabgeordneter Dr. Oskar Cohn, mit lauten Beifall empfangen, hielt das Referat: „Jugend heraus!“ Sinnig anlappend an den frohlichen Wandertag des werdenden und blühenden Frühlings sprach er in gelinder Weise über den Geist des Lebens, der auch die Jugend herausfordert, manches gute Wort. Als Dr. Cohn den Versammelten anheimstellte, darüber nachzudenken, weshalb die christlichen und ähnliche Jugendheime anders behandelt wurden, wie das in der Brunnenstraße, und als er erklärte, darauf nicht näher eingehen zu wollen, weil es sich hier um eine unpolitische Versammlung handele, läte der überwachende Beamte die Versammlung auf, weil diese, wie er sagte, nach den bisherigen Ausführungen eine politische sei. Wohl oder übel müßten die Versammelten den Saal, in den der Heberwachende alsbald eine ganze Anzahl Beamte erscheinern ließ, verlassen. Unter Gesang zog man in langem Zuge nach der Oranienstraße, um dann den Weg nach dem Gewerkschaftshaus einzuschlagen. In dessen Nähe kam es zu Sprengungsbewegungen durch eine kleine bildende Scharleute, was einige lebhaft Szenen veranlaßte. Mehrere Personen wurden fixiert und vom Gewerkschaftshaus sogar ein jugendlicher gefnebelt abgeführt, was den starken Unwillen von Passanten und Gästen hervorrief.

Eine in den „Andreas-Bäsen“ zurückgebliebene Frühlings-tatsche kann bei M. Weber, Kopenstraße 99, Kuebergäude II, in Empfang genommen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Die Friedensverhandlungen.

**Sofia, 25. April.** (Meldung des Wiener A. S. Telegr. Korrespondenzbureau.) Morgen nachmittag wird ein Kollektivbericht der Gesandten der Großmächte betreffend den Abschluß eines Vorfriedens erwartet. Der Vorfriede soll in London von den dortigen Botschaftsmitgliedern oder den Gesandten unterzeichnet werden.

# Der belgische Parteitag.

Brüssel, 24. April. (Sig. Ber.)

Der außerordentliche Kongress setzte sich aus denselben Delegierten zusammen wie der vorige, der den Generalstreik beschlossen hatte.

Vor dem Maison du Peuple und drinnen im Café herrscht sichtlich Bewegung. Man diskutiert in Gruppen die Kammervorgänge, wertet ihre politische Bedeutung, bespricht die Stimmung der Arbeiter in der Provinz, das voraussichtliche Votum des Kongresses.

Den Vorsitz führt Deputierter Furnemont, der die Bedingungen und Umstände, unter denen der Kongress zusammentritt, in Erinnerung bringt. Als erster Redner spricht Berichterstatter

### Ansele:

Ich spreche in diesem Augenblick, das Herz bewegt von tiefster Freude über das herrliche Schauspiel, das uns unser Generalstreik gegeben — eine Freude, die Sie alle mitfühlen. Um unseren Erfolg ganz zu erfassen, vergleichen wir die heutige Situation mit der vor dem Streik, da die Regierung erklärt hatte: ich mache was ich will. Die Arbeiterklasse hat ihr Wort von damals wahr gemacht: Ihr werdet euch mit unserem Leben, mit dem Wahlrecht beschäftigen, ob ihr wollt oder nicht. Manche von uns glaubten nicht an den Generalstreik: nur er ist grandioser, herrlicher geworden, als wir zu hoffen wagten. Die Regierung mußte ihren Rückzug antreten. Man hoffte auf einen blutigen Streik, auf eine Verschmetterung des Sozialismus, auf eine Spaltung des Proletariats. Keine dieser Hoffnungen ist in Erfüllung gegangen. Die Arbeiterklasse hat durch ihre Ruhe, durch ihre Einigkeit und Würde die Bourgeoisie zur Bewunderung gezwungen, sie hat demonstriert, daß wenn das Recht des Volkes nicht anerkannt wird, Belgien nicht zur Ruhe kommen wird.

Ungleichlich steht dieser Streik in der Geschichte des Proletariats da, der nicht wie der englische der Streik einer Profession, sondern ein Streik aller Korporationen der großen Industrie war. Das belgische Volk hat mit seiner Disziplin der ganzen Welt ein Beispiel gegeben.

Die Rechte glaubte den Generalstreik ignorieren zu können und gab sich den Anschein, in der Beratung des Militärgesetzes fortfahren zu wollen. Aber es hat sich erfüllt, was unser Wille war, daß die Kammer zu keiner Beratung kommen werde, solange die 450 000 in den Straßen stehen.

Und das Recht des Proletariats war in den 10 Tagen der einzige Gegenstand, der die Kammer beschäftigte. Der Minister wollte nicht reden, aber der erste Stoß hat genügt, ihn so zum sprechen zu bringen, daß er mehr sagte, als er sagen wollte.

Für mich ist die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 17. April, die die Resolution Masson festhält, entscheidend und nicht ihre Interpretation durch Liebaert. Was bedeutet diese neben dem Schweigen Woestes? — Wir haben erreicht, daß die gestrichenen Sätze Broquevilles wieder aufgenommen werden mußten. Das war der erste Sieg der Revision. (Beifall.) Die Armee des Proletariats hat die erste Befestigung ihres Adrianopel erobert. Neue Kämpfe stehen uns bevor: sie sind mit der Einfügung der Kommission ebenso nötig, wie sie mit der Revision nötig gewesen wären. Wir spielen nicht mit der furchtbaren Waffe des Generalstreiks — die Gegner sollen uns nicht zwingen, sie noch einmal anzuwenden, in einer neuen vergrößerten und vom Autor verbesserten Auflage. (Heiterkeit.)

Drei Aufgaben stehen dem Streikkomitee bevor, das als nationales Komitee des allgemeinen Stimmrechts fortbestehen muß: 1. Die Geschichte des Streiks zu schreiben. 2. Den weiteren Kampf zu leiten. 3. Zu verhindern, daß auch nur ein einziges Streikopfer falle. Sehe den Unternehmern, wenn sie Maßregelungen wagen sollten! Wie ein Mann würden wir uns erheben. (Donnernder Beifall.) Halten Sie weiter an der Disziplin und hoch das Wahlrecht! (Lebhafter Beifall.)

### Die Diskussion.

Simon (Namur): Ich glaube, unsere Fraktion hätte sich der Abstimmung enthalten können. (Starke Beifall.) Ich will kein Mißtrauensvotum, aber bedauerlich die Laune der Deputierten, und möchte nicht, daß sich diese wiederhole. Wir sollten ihnen ein imperatives Mandat für die Zukunft mitgeben. Wir haben indes auch die Mangelhaftigkeit unserer Organisation erkannt. Jedenfalls müssen wir aber einmütig von diesem Kongress heimkehren.

Vanderoelbe: Ich glaube, daß viele die Meinung Simons teilen und verstehen sie. Aber ich fühle mein Herz heute freier als am 23. März. Sie werden geschlossen, wie sie die Arbeit verlassen haben, zu ihr zurückkehren. Wenn einzelne Gruppen den Kampf bis zur Erschöpfung fortsetzen wollten, würden sie nur das Erzeugnis in Gefahr bringen. Was jetzt wichtig ist, ist, ob wir die Rückkehr zur Arbeit mit dem Bewußtsein der Niederlage oder dem eines vollbrachten großen Wertes beschließen. Die Meinungen darüber scheinen bei uns geteilt. Merkwürdig, daß unsere Gegner über das Resultat des Generalstreiks weit einseitiger denken. (Beifall.) — unsere belgische liberale Presse gesteht ihre Niederlage nicht ein und wird auch in den nächsten Tagen fortfahren, uns als Besiegte hinstellen. Aber lesen Sie nur die Berichte der Korrespondenten der konservativen Presse des Auslands, wie „Times“ und „Journal des Débats“. Das eine Blatt sagt, die Ehren dieses Kampfes seien geteilt, das andere spricht uns einen halben Sieg zu. Wir werden diesen halben Sieg vollenden. Wenn ich mich zu den Resultaten des Streiks beglückwünsche, komme ich nicht in den Verdacht einer persönlichen Voreingenommenheit. Ich, der gegen den Streik gestimmt hat, könnte es seinen Befürwortern überlassen, über Erfolg oder Erfolglosigkeit zu diskutieren. Nach den gewonnenen Ergebnissen aber sage ich: Ich, der Gegner des Streiks, hatte unrecht und Sie sind es, die recht hatten. Haben Sie vielleicht die sofortige Verfassungsrevision erwartet? Destroes und die anderen haben sich von der Unmöglichkeit einer solchen Wirkung Rechenschaft gegeben und als das Ziel die Durchsetzung des Studiums der Revisionsfrage bezeichnet. Nun, in einigen Tagen wird die Kommission ernannt werden und wir werden das Mandat, das uns die Resolution Masson gibt, dort zu erfüllen wissen. Man hat uns Deputierten eine zu große Höflichkeit des Verhaltens und eine zu geringe Energie im Parlament und weiter Eigenmächtigkeit gegenüber der Arbeiterklasse vorgeworfen. Nun, wir waren durchaus nicht still und besonders friedfertig in der Kammer. Aber, hätten wir, in einem Augenblick, wo Sie ein Beispiel der Ruhe gaben, das der Gewalttätigkeit geben sollten? Wir haben uns ein größeres Verdienst erworben, als durch eine lärmende Opposition möglich gewesen wäre. Man hat uns gefragt: Warum habt ihr noch das nationale Streikkomitee nach der Einbringung der Resolution Masson einberufen? Darauf antwortete ich: Gerade dies hätte im Lande den Eindruck der Schwäche gemacht und viele zur Rückkehr zur Arbeit veranlaßt.

Man weist uns vor, daß wir für die Resolution Masson gestimmt haben. Aber das können wir nur diejenigen vorwerfen, die unsere Reden zu dieser Resolution nicht gelesen haben. Ich habe im Parlament im Namen unserer Fraktion erklärt: Wir stimmen für die Resolution, weil sie die Erklärungen des Ministers zur Kenntnis nimmt, aber ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß die Entscheidung über den Ausstand nicht in unseren Händen liegt. Wir sind nicht die Herren des Proletariats, wir sind die Diener des Volkes. Wir haben unseren Platz in der Kampfreihe eingenommen, als wir bei der Abstimmung über den Streik unterlegen waren. Heute stehe ich an der Seite Anseles und Destroes. Drei Gesichtspunkte kommen bei der Beurteilung des Generalstreiks in Frage. Der erste, der parlamentarische, ist am wenigsten wichtig. Der Streik war im Parlament ein Tauziehen zwischen der Rechten und der Linken. Auf beiden Seiten standen große Kräfte hinter den kämpfenden. Dort die der liberalen Reaktion, des Kapitalismus und der Staatsgewalt — hier die öffentliche Meinung, die Gewalt der Gerechtigkeit und vor allem der Streik der Arbeiterklasse. Im Grunde war Broqueville schon seit dem Sturm im letzten Juni zur Nachgiebigkeit geneigt und mit ihm waren die Markblinden und gemäßigten Elemente der Rechten bereit, sich mit der Revision zu beschäftigen — wenn auch erst nach den Wahlen von 1911. Aber diese Mehrheit der Minister und der liberalen Parlamentarier schreckte vor den 30 gefährlichen Krokodilen der äußersten Rechten zurück. Herr Broqueville war wie Don Juan zwischen den zwei Geliebten. Aber das Proletariat ließ sich mit Beschuldigungen nicht abweisen. Er sollte klar sprechen. Und wir dürfen heute mit Zuversicht sagen: Aus der kleinen Kommission wird die große Revision kommen.

Wichtiger sind aber die politischen Resultate. Wieviel haben wir doch während der neun Monate unserer Aktion in der öffentlichen Meinung gewonnen! Man hatte uns totgeglaubt, weil wir in den Wahlen den erwarteten Erfolg nicht erlangen hatten. Aber wir haben statt der schlechten Waffe des Pluralvotums die neue des Generalstreiks angewendet. Vergleichen Sie doch die Situation von heute mit der vor neun Monaten! Wir haben erreicht, daß jene unter den Katholiken, die mit der christlichen Demokratie rechnen müssen, nachgeben.

Drittens sind die sozialen Gesichtspunkte ins Auge zu fassen, und in dieser Hinsicht muß uns der Streik mit Stolz erfüllen. Spüren Sie nicht alle, wie wir gewachsen sind! Wir dürfen heute das Haupt höher als je erheben. Herr Woeste hat gesagt: entweder wird der Streik friedlich oder schredenerregend sein. Aber unser Streik war beides. Wir sind weniger Leute verurteilt und arrestit worden, nie die Gendarmen mähtiger gewesen. Und wegen der Furchtbarkeit fragen Sie nur die großen Unternehmer und Herrn Liebaert. Herr Carton de Wiart — der Justizminister — sagte uns: Sie haben das Schwert unfling aus der Scheide gezogen und werden es ohne Ehre wieder zurückstecken. Aber wir haben es nicht unfling gezogen und stecken es nicht ohne Ehre zurück. Wir kennen jetzt das Mittel, das das Proletariat anzuwenden kann, wenn ihm sein Recht von der herrschenden Gewalt vorenthalten wird. Und so sage ich wie gestern Ansele im Streikkomitee: Halten wir unsere kommunistischen Suppen bereit. (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Delfant (Vorinage) ist von der Rede Vanderoelbes nicht überzeugt; wir haben zu wenig erreicht. Wir im Vorinage nehmen dieses Resultat nicht an; gestern hat unsere Föderation die Fortsetzung des Streiks einstimmig beschlossen. Ein halber Sieg genügt uns nicht. Im vorigen Jahr haben wir im strengsten Winter sieben Wochen im Streik ausgehalten und einen dargebotenen halben Sieg abgelehnt. Das Resultat des Generalstreiks entspricht nicht den Anstrengungen. Wir sind nicht erschöpft. Wenn Sie den politischen Streik aufgeben, geben Sie nur acht: er wird als Streik für den Lohn fortbauern. Die Bewegung hat uns aber auch gezeigt, daß es noch etwas Wichtigeres gibt als Sparbücher: die Gewerkschaft. Ihr müßten wir alle unsere Energie widmen.

Houet (Qu): Wir sind nicht Sieger, denn die Resolution Masson mit der Phrase Broquevilles gibt uns keine Garantie für das Studium des Kammerwahlrechts. Der Kongress hätte früher einberufen werden sollen. Auch hat das nationale Streikkomitee sein Recht überdrückt, als es die Wiederaufnahme empfahl. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Ich beantrage Vertagung der Abstimmung. Vanderoelbe (ParteiSekretär): Eine Vertagung ist unmöglich, da wir auch mit der unorganisierten Masse rechnen müssen, die nicht weiter in Ungewißheit bleiben kann. Verhindern wir, daß ein neuer Kongress eine Tatsache konstatieren muß, die wir heute sehen können.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt und beschlossen, nur noch Kontraredner und als einzigen Prozedner Destroes zuzulassen.

Volcaert: Wir müssen die Resultate des Kongresses einstimmig anerkennen, darüber ist kein Zweifel möglich. Aber ich sehe keinen Erfolg des Streiks. Von der außerparlamentarischen Kommission hat Ansele auf dem letzten Kongress mit Ironie gesprochen. Wir müssen Vorkehrungen treffen, damit wir nicht hinteres Licht gefasert werden. Die Fraktion hat die Wirkung des Generalstreiks nicht genug ausgenutzt. Eine Fortsetzung des Streiks halte ich nach dem Beschluß des Streikkomitees für unmöglich. Ich bedauere aber diesen Beschluß.

Die Rückkehr zur Arbeit muß einmütig geschehen. Die Kommission aber soll weiterbestehen bleiben — nicht nur als eine Kommission für das allgemeine Wahlrecht, sondern auch als Kommission des Generalstreiks und berufen sein einen neuen Generalstreik zur Durchsetzung der Revision selbst zu organisieren.

Destroes: Die Einigkeit stellt sich heute als oberstes Gebot mit solcher Eindringlichkeit dar, daß alle sie anerkennen. Seien Sie auch da gerecht mit den Deputierten und dem Streikkomitee. Volcaert meint, wir hätten uns betrogen lassen und hält mir eine herausgerissene Stelle aus einem Artikel vor, in dem ich das Gegenteil gesagt habe von dem, was er behauptet. Wir müssen die Situation unter zwei Gesichtspunkten betrachten. Erstens unter dem des Streiks selbst, zweitens unter dem seiner Resultate. Vergleichen Sie unseren Kongress mit dem von 1902, wo wir besiegte, war, und schmerzhaft den Rückzug beschließen mußten. Natürlich hatte unser Streik seine Gefahren. Er konnte innere Spaltungen, er konnte Unstabilität und die Rache der Unternehmer zur Folge haben. Und dennoch trat ich dafür ein, daß sich das Proletariat erhebe — trotz aller Gefahren. Heute bekreiten Sie die Resultate und feilschen mit den Deputierten um ihren Wert. Aber das ist nebenbei — Hauptsache dagegen, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Und darin sind fast alle einig. Mit der Einmütigkeit einiger Teile im Vorinage kann man keinen Generalstreik machen. Wenn die Wallonen marschieren wollen, so ist es doch notwendig, daß die anderen auch wollen. Denken Sie an die vielen Nichtorganisierten! Es handelt sich nur darum, ob die Rückkehr zur Arbeit angeordnet, isoliert, oder auf eine Parole der Arbeiterpartei erfolgen soll, wie die Niederlegung der Arbeit. (Beifall.) Denken Sie ferner an den Einfluß der Presse. Bei einer Fortdauer des Ausstands, würden die liberalen Zeitungen, die Sie noch zu lesen fortfahren

ihn tollschweigen — sie haben jetzt schon Zeichen von Ungeduld gegeben — und die Liberalen würden weiter lügen und entstellen. Ich denke da nicht so sehr an die liberalen Artikel, wie an die Reportage der liberalen Presse. Unsere eigene Presse ist noch schwach — wir hätten also einen Streik mit einer uninformierten oder getäuschten Masse zu führen.

Die Rückkehr zur Arbeit ist also notwendig. Aber in welchem Gefühl sollen wir sie vollziehen? Resigniert, wütend oder in Siegerlaune? Das scheint eine Frage des Temperaments. Aber man darf nichts überreiben. Wir dürfen der Arbeiterklasse nicht das Gefühl des Vetrogenens geben, das ungerechtfertigt wäre. Warum übersehen Sie über den parlamentarischen Kleinlichkeiten und den Nuancen ministerieller Erklärungen die Hauptsache? Betrachten Sie doch die Hauptsache, die jedermann sehen kann! Die prachtvolle Vegetation, den Mut, die Disziplin unserer Bewegung! Bonaparte antwortete einem österreichischen General, der, als er mit ihm im Namen der Republik verhandeln wollte, die hochmütige Frage stellte: „Was ist das, die Republik?“ mit den Worten: „Die Republik ist die Sonne. Blind ist, wer sie nicht sieht.“ So dürfen auch wir von der Arbeiterklasse heute sagen: Ihre Macht ist wie die Sonne, und wer sie nicht sieht, ist blind! (Stürmischer Beifall.) Der Generalstreik hat uns in 6 Tagen mehr gegeben als 10 Jahre Propaganda. Er hat unsere ehemaligen so oft leerstehenden Volkshäuser gefüllt, uns über die engen Sonderinteressen, die früher oft in den Gewerkschaften überwogen, erhoben, er hat seine Kämpfer als Arbeiter zusammengesührt. Und er hat die Frage der politischen Gleichheit gestellt, die die Regierung nicht stellen wollte. Man hat von ihr überall gesprochen: auf der Bahn, im Café, in der Familie — sogar im Parlament. (Heiterkeit.) Dort sicher nicht allzu klar — aber das ist eben das Parlament. Es ist doch seltsam, daß jast diejenigen, die Sympathien für den Antiparlamentarismus haben, von den Parlamentariern so viel verlangen! (Großer Beifall.)

Ich meine wohl, daß die Liberalen uns einen schlechten Dienst erwiesen haben, als sie uns zwangen, Stellung zu nehmen, ehe der Streik noch seine volle Wirkung geübt hatte. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Generalstreik, in dem die öffentlichen Dienste nicht einbezogen sind, erst nach 14 Tagen oder nach einem Monat das ganze wirtschaftliche Getriebe des Landes erschüttern kann. Wir konnten aber nicht gegen die Interventionen der Liberalen machen — ich protestiere nur gegen die Zumutung Vollaerts, als ob die Resolution Masson mit unserem Einverständnis beantragt worden sei. Wir haben im Parlament immer erklärt, daß der Generalstreik nicht von uns, sondern von der Arbeiterklasse abhängt. Hätten wir uns bei der Abstimmung über die Resolution Masson enthalten sollen? Wäre die Zweideutigkeit der Enthaltung würdig gewesen, in einem Augenblick, wo 400 000 Arbeiter im Streik standen? Oder den Kongress einberufen sollen — für jede einzelne Tagesordnung: Woeste, Liebaert und etwaige weitere? Die Kritik unseres Verhaltens ist notwendig — es wäre traurig, wenn heute ein einstimmiger Beschluß ohne gründliche Diskussion gefaßt werden würde.

Der keine Zusatz Liebaerts, der den Generalstreik verurteilt, scheint mir weniger bedeutend als das Schweigen Woestes und alle Verleumdungskünste der Niederlage. Haben Sie erwartet, daß die Rechte mit ihrer Mehrheit von 16 Stimmen uns um Verzehrung bitten würde? Hätten wir eine siegreiche Insurrektion durchgeführt, hätte uns eine Resolution Masson nicht genügt. Aber Sie wollten friedlich bleiben — da war nur ein Ausgleich möglich. Broqueville öffnet heute die Tür des Salons, wo man „plaudern“ soll. Vorüber! Lieber das Gemeinde- und Provinzialwahlrecht? Nein, über die Frage in ihrem ganzen Umfang. Wozu aber überhaupt eine Kommission, wozu eine gemeinsame Formel? Glauben Sie wirklich, daß es sich da nur um das Gemeinde- und Provinzialwahlrecht handelt? Dieses könnte doch die Rechte mit ihren 16 Stimmen Mehrheit allein beschließen. Zweidrittel-Mehrheit braucht sie nur für die Verfassungsrevision. Sollte Broqueville sagen: Ich bin bereit? Die Hauptsache ist: Er hat nachgegeben. Eine Kommission wird sich versammeln. Man sagt, sie sei schon versprochen gewesen. Nun, ich lege Broquevilles Versprechungen keinen Wert bei. Wir aber haben jetzt ein einstimmiges Votum des Parlaments.

Vergleichen Sie unsere heutige Situation mit der von 1902. Dürfen wir nicht stolz sein? Wir haben 400 000 in den Kampf gebracht, auch die, die gegen den Streik gewesen waren. Unsere Disziplin hat sich glänzend bewährt und kein Tropfen Blut ist gefallen. Der Kampf fürs allgemeine Wahlrecht geht weiter. Wir singen in der „Internationale“ von der „lutte finale“ — vom letzten Kampf. Aber es gibt keinen letzten Kampf. In der Wahlrechtskommission wird das Gespenst des möglichen neuen Generalstreiks präsidieren. Halten wir unsere Einigkeit aufrecht für künftige Kämpfe. (Brausender Beifall, der den Charakter einer Ovation für den Redner annimmt.)

Die Diskussion wird geschlossen. Es liegen außer der Resolution des Streikkomitees zwei Resolutionen vor, von denen die eine gleichfalls die Aufnahme der Arbeit nur mit einer radikalere Begründung vorschlägt, die andere, von zwei Delegierten eines Brüsseler Vororts gestellte, beantragt die Fortsetzung des Streiks.

Bei der Abstimmung ergibt sich eine sehr große Mehrheit — etwa vier Fünftel — für die Resolution des Streikkomitees.

Der Vorsitzende schließt die ohne Unterbrechung bis halb vier Uhr nachmittag fortgeführte Sitzung mit einer Ansprache, worin er die geschichtliche Bedeutung des Generalstreiks würdigt und zur Bereitschaft und Einigkeit für neue Kämpfe auffordert.

## Die Landtags-Wahlbewegung.

### Der neunte Landtagswahlbezirk

hatte zum Donnerstagabend eine öffentliche Wählerversammlung nach dem Zwinehäuser Gesellschaftshaus, Zwinehäuser Straße 12, einberufen. Die außerordentlich stark besucht war. Kopf an Kopf standen und saßen die Zuhörer und lauschten den temperamentvollen Ausführungen des Kandidaten, Genossen Ströbel, der in einem einfindigen Vortrag ein wahrheitsgetreues Bild von dem Dreiklassenparlament und dessen Taten entwarf. Bei der Kennzeichnung der bürgerlichen Parteien hob der Redner besonders das schamhafte Verhalten der Freisinnigen hervor, die er in ihrer ganzen politischen Zügellosigkeit charakterisierte. Mit einem zündenden Appell an die Anwesenden, alles einzuflehen, um dem Willen des arbeitenden Volkes auch im preussischen Parlament Geltung zu verschaffen und die Alleinherrenschaft der bürgerlichen, volkshenkeischen Mehrheit zu brechen, schloß Genosse Ströbel unter dem stürmischen Beifall der Versammlung seine eindrucksvolle Rede.

### Die Versammlung des

### zehnten Landtagswahlbezirks

die in der Guffienstraße 40 stattfand, war ebenfalls sehr gut besucht. Bis auf den letzten Platz war der Raum besetzt, als Ge-

hoffen Maria Wehl das Wort nahm, um in einer gut geübten Rede die Zustände Preußen-Deutschlands unter spezieller Berücksichtigung einer in allen Punkten nur zu berechtigten Kritik zu unterziehen. Auf eine Fülle von aufregendem Tatsachenmaterial gelehrt, konnte die Rednerin nur allzulebend ihrem aufmerksamen Auditorium zeigen, unter welsch schändlicher Beschränkung und Entrechtung das arbeitende Volk heute noch zu leiden hat. Die Enthüllungen über das verbrecherische Treiben unserer Progenypatrioten ermöglichte es der Rednerin auf drastische Art darzulegen, wie der Patriotismus dieser Kreise ausfiehet. Auch ihre Ausführungen wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen. Beide Versammlungen wurden, nachdem die Aufstellung der Wahlmänner erledigt war, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

## Strafbarer Versuch am untauglichen Objekt.

Im Juli 1911 war ein Soldat namens Kürnberger von seinem Regiment in Hanau zu Verwandten nach Berlin beurlaubt. Nach Ablauf des Urlaubs kehrte Kürnberger nicht zu seinem Regiment zurück, sondern ließ sich in Berlin nieder, die er heimlich mit der Uniform vertauschte und diese versteckte. Dann ging er zu seiner Großmutter und teilte ihr mit, daß er nicht wieder zum Regiment zurückkehren werde. Vergebens versuchte die Großmutter den jungen Mann zur Rückkehr zu bewegen. Da dies nicht gelang, wurde von dritter Seite ein gewisser Wohland herbeigeholt, der in der schwierigen Angelegenheit Rat geben sollte. Wohland stand in Beziehung zu Anarchisten, er wurde aber von diesen als eine verdächtige Persönlichkeit betrachtet, der man nicht trauen dürfe. Wohland schickte den Militärkämmerling zu Kriemeyer nach der Redaktion des anarchischen Blattes „Der freie Arbeiter“. Kriemeyer lehnte jede Unterstützung des Fahnenflüchtigen ab. Während Kriemeyer mit Kürnberger sprach, erschien der Buchbinder Böttcher und bald darauf seine damalige Frau Fräulein Ludwig. Diese gewährte dem Kürnberger Obdach in ihrer damals von ihr nicht benutzten Wohnung. Nach einigen Tagen reiste Kürnberger, für den einige Anarchisten ein paar Mark gesammelt hatten, nach Hamburg und von da nach Düsseldorf, Oberfeld und Krefeld. Auch in diesen Orten wandte sich Kürnberger um Rat an Mitglieder der anarchischen Föderation, deren Adressen er sich in Berlin verschafft hatte. In Krefeld machte Kürnberger, um sich Geld zu verschaffen, einen äußerst einträglichen Erprobungsversuch. Dabei wurde er festgenommen. Nachdem Kürnberger seinem Truppenteil überliefert war, wurde durch Militärärzte festgestellt, daß er geisteskrank ist. Da ein Geisteskranker für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden kann, wurde Kürnberger vom Militärgericht von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen und aus dem Heere entlassen.

Gestützt auf die Angaben des Geisteskranken, hat die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet gegen die Personen, mit denen Kürnberger nach der Desertion in Beziehung getreten war. Mehrere Personen, sämtlich Anarchisten, wurden unter Anklage gestellt, dem Kürnberger Beihilfe zur Fahnenflucht geleistet zu haben. Am 18. Februar 1912 sprach das Gericht sämtliche Angeklagte frei. Großenteils deshalb, weil sie nur durch den Geisteskranken belästet waren und dessen Zeugnis natürlich nicht beweiskräftig ist. Die Angeklagten Kriemeyer, Böttcher und Fräulein Ludwig hielt das Gericht zwar für überführt, Beihilfe geleistet zu haben, aber auch sie wurden freigesprochen, weil ein Geisteskranker keine Straftat begehen und deshalb von einer strafbaren Beihilfe keine Rede sein kann.

Das Reichsgericht hat das von der Staatsanwaltschaft angefochtene Urteil, soweit es die genannten drei Angeklagten betrifft, aufgehoben mit der Begründung, es könne möglicherweise ein strafbarer Versuch am untauglichen Objekt vorliegen.

Nachdem hierauf ein anderer Termin vor dem Landgericht verhandelt worden war, fand am Freitag die erneute Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I statt. Hier stellten die Angeklagten den Sachverhalt so dar: Kriemeyer hat auf das bestimmteste jede Unterstützung des Fahnenflüchtigen abgelehnt. Böttcher hat aus der Unterhaltung zwischen Kriemeyer und Kürnberger gehört, daß dieser ein Deserteur war, hat sich aber nicht um ihn bekümmert. Fräulein Ludwig wußte überhaupt nicht, daß es sich um einen Fahnenflüchtigen handelte, als sie dem Kürnberger ihre Wohnung zur Verfügung stellte. Dem ihr war gesagt worden, Kürnberger sei ein arbeitsloser Gesinnungsgenosse. Später, als Fräulein Ludwig von Kürnberger selber erfährt, er sei desertiert, hat sie versucht, ihn los zu werden und da ihr dies nicht gelang, wandte sie sich um Rat an Kriemeyer. Dieser ersuchte sie, mit dem in der Nähe wohnenden Kürnberger in ein bestimmtes Restaurant zu gehen, wohin er, Kriemeyer, später folgte. Hier wurde unter den anwesenden Anarchisten eine Sammlung für Kürnberger veranstaltet, worauf dieser die Reise nach Hamburg antat.

Andere Beziehungen zu dem Deserteur oder sonstige, seine Flucht befördernde Handlungen konnten den Angeklagten nicht nachgewiesen werden.

Der Staatsanwalt hielt die von den Angeklagten angegebenen Beziehungen zu Kürnberger dennoch für ausreichend, um die Strafbarkeit der Angeklagten zu begründen. Sie hätten einen strafbaren Versuch an einem untauglichen Objekt begangen. Er beantragte gegen die Angeklagte Ludwig die Mindeststrafe von einem Monat, gegen Kriemeyer und Böttcher je zwei Monate Gefängnis, die durch die viermonatige Untersuchungshaft als verbüßt gelten sollen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ostert, ging der juristischen Konstruktion, durch die den Angeklagten eine Handlung rein menschlichen Willens als strafbarer Versuch angedeutet werden soll, hart zu Leibe. Unter anderem führte er aus: Als ein unglücklicher Zufall den Flüchtigen mit den Angeklagten zusammenführte, da war dessen Straftat bereits vollendet. Es konnte ihm also keine Beihilfe mehr geleistet werden. Diese Auffassung entspricht dem früheren Standpunkt des Reichsgerichts. Später hat das Reichsgericht dann einen anderen Standpunkt eingenommen und erklärt, die Fahnenflucht sei ein Dauerdelikt, wor einen Fahnenflüchtigen auch nach der Flucht unterstützt, mache sich der Beihilfe schuldig. Durch diesen Standpunkt des Reichsgerichts ist jeder Deserteur zu einer dauernden Gefahr für jeden Staatsbürger geworden. Wenn ein Mann, der milde und hungrig auf der Landstraße herumirrt, an die Tür eines Landmannes klopft, um ein Stück Brot oder ein Obdach für die Nacht bittet und dabei mitteilt, er sei vor zehn oder zwanzig Jahren desertiert, aber noch nicht gefast, so würde der Landmann, der den hungernden Obdachlosen nicht ohne Erbarmen auf der Straße verschmachten ließe, sich nach der Auffassung des Reichsgerichts einer —

strafbaren Beihilfe zur Fahnenflucht schuldig machen. — Im vorliegenden Falle haben die Angeklagten nichts Strafbares begangen. Wenn sie trotzdem verurteilt werden, so würden sie der wechselnden Auffassung des Reichsgerichts zum Opfer fallen. Bis zu der neueren Entscheidung des Reichsgerichts konnte jeder das tun, was die Angeklagten dem Deserteur gegenüber getan haben und was jeder anständige Mensch im gleichen Falle getan haben würde. Jetzt kann jeder Staatsbürger in die Lage kommen, den Wechsel in den Anschauungen des Reichsgerichts mit seiner Freiheit hühen zu müssen. Um so vorzüglicher sollte man deshalb in den tatsächlichen Feststellungen sein. Was hat die Angeklagte Ludwig getan? Nichts weiter, als daß sie einem Obdachlosen Unterkunft gegeben hat. Und das soll der Tatbestand des § 141 sein? Da muß ich sagen: Mir graut vor solcher Auslegung. Die Angeklagten Kriemeyer und Böttcher haben alles getan, um jede Beziehung zu Kürnberger zu meiden. Sollten sie ihn etwa anzeigen? Dazu sind sie nicht verpflichtet. Noch gilt das Wort: „Der größte Schuft im ganzen Land das ist und bleibt der Demanziant“. Es steht nicht im Gesetz, daß man verpflichtet ist, eine solche Schusterei zu begehen. Für das hier in Frage kommende Delikt gibt es keine Anzeigepflicht. Weder in objektiver noch in subjektiver Hinsicht sind die Voraussetzungen zu einer Verurteilung gegeben, deshalb beantrage ich die Freisprechung der Angeklagten.

Das vom Vorsitzenden, Landgerichtsrat Lampe, verkündete

### Urteil

ging dahin: Die Fahnenflucht ist ein Dauerdelikt. Es ist erst beendet mit der Rückkehr, mit der Ergreifung oder mit der Entlassung des Desertiers aus dem Heere. Keiner dieser Fälle liegt hier vor. Da der Fahnenflüchtige geisteskrank war und für seine Handlung nicht verantwortlich gemacht werden konnte, liegt keine Beihilfe zur Fahnenflucht vor. Aber es kommt in Frage, ob die Angeklagten einen Versuch an einem untauglichen Objekt begangen haben. Das ist nachgewiesen bezüglich der Angeklagten Kriemeyer und Böttcher. Beide wußten, daß es sich um einen Deserteur handelte. Kriemeyer hat der Angeklagten Ludwig gesagt, sie solle mit dem Deserteur in das Restaurationslokal gehen. Kriemeyer ist auch selbst dahingegangen. Auf die Frage, ob er sich an der dort für Kürnberger veranstalteten Sammlung beteiligt hat, hat er die Antwort verweigert. Das Gericht schließt daraus, daß er sich beteiligt hat! Dadurch hat er sich schuldig gemacht. Auf Grund des nahen Verwandtschaftsverhältnisses, in dem die Angeklagte Ludwig zu Böttcher stand, nimmt das Gericht an, Böttcher hat die Ludwig daran, den ihm als Deserteur bekannten Kürnberger in ihre Wohnung aufzunehmen. Das ist auch daraus zu folgern, daß Böttcher zur Angeklagten Ludwig sagte, Kürnberger sei ein Arbeitsloser, obwohl er wußte, daß er Deserteur war. Die Angeklagte Ludwig hat von dem Augenblick an, wo sie erfährt, daß der Mann, den sie beherbergte, ein Deserteur war, alles getan, um sich seiner zu entledigen. Sie hat sich also eines strafbaren Versuches nicht schuldig gemacht. Aus diesen Gründen hat das Gericht Kriemeyer zu zwei Monaten, Böttcher zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt und die Angeklagte Ludwig freigesprochen. Die gegen Kriemeyer und Böttcher erkannten Strafen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

So hat also die große Aktion, welche die Staatsanwaltschaft gegen zehn Personen einleitete, mit der Verurteilung von zweien geendet. Und diese Verurteilung konnte auch nur auf Grund einer dem höchsten Verstandesstand unfaßbaren juristischen Konstruktion zustande kommen. Freilich haben die beiden Verurteilten nicht nur, sondern auch sechs der im ersten Prozeß bereits freigesprochenen über vier Monate in Untersuchungshaft sitzen müssen. Doch das wird dem „guten Bürger“ nicht aufgehen. Waren doch die Angeklagten Anarchisten, denen man ein Verbrechen an dem dreimalgeheiligten Militarismus zur Last gelegt hatte. Ist in Preußen wirklich Recht und Gerechtigkeit?

## Soziales.

### Altpensionäre und Renteneempfänger.

Kurz vor den Landtagswahlen erinnern sich auch die meisten bürgerlichen Parteien der großen Not der Altpensionäre, die in den letzten Zeiten mit ihren Renten nicht mehr auskommen können und verlangen „schnelle Hilfe des Staates“. Die Hilfe soll womöglich noch vor den Wahlen kommen. Wenn nur die Spannung bis zu den Wahlen anhält, dann ist ja der Jock dreierlei. In Wahrheit kümmern sich aber die Herrschaften verflucht wenig um das Schicksal der Altpensionäre. Denn sonst hätte man denselben zur Zeit ihres aktiven Dienstes schon einen angemessenen Lohn oder Gehalt ausbezahlt lassen, nach dem sich ja bekanntlich die Pension richtet. Stromm Königtum wußte aber der Vahnschante, Oberschaffner usw. sein, damit er seine 100 M. pro Monat ausgezahlt erhielt. Seine Klagen über Nahrungsmangel, Kummer und Sorgen wurden nicht beachtet. Wer sich öffentlich beschwerte, war ja — Sozialdemokrat. Kein Wunder, daß die Mehrzahl der Altpensionäre heute Renten beziehen, die in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Lebensverhältnissen stehen. Und dann die Berechnung der Pensionen selbst. Die lange Wartezeit, bis man endlich für die niedrigen Gehaltsklassen, die ja heute am meisten unter der Not zu leiden haben, das Endgehalt erreichen ließ. Und ist die Pension doch nur ein Teil des Gehalts. Statt 100 M. Gehalt oder Lohn erhält der Invalide des Staates oder der Gemeinde nur 40—50 M. Pension pro Jahr ausgezahlt. Die höheren Klassen der Beamten und Offiziere haben es da bekanntlich besser. Ihre Pensionierung erfolgt schon im jungen Dienstalter. Der Entlassene nimmt dann seelenvergnügt eine Stelle in der Privatindustrie an, die womöglich sehr hoch dotiert wird, weil der „Altpensionär“, der seine „Vergangenheit“, „Beziehungen“ usw. gut ausnutzen kann, für die Firma ein guter Fang ist. Warum nehmen die Werke der Großindustrie mit Vorliebe ehemalige Rentner und hohe Staatsbeamte in ihre Direktion? Deshalb nimmt z. B. Krupp mit Vorliebe sehr hohe Offiziere in seinen Dienst? Die Herrschaften haben „gute Verbindungen“ und sind dann die fürstlichen Gehälter Lebenslöhne. Und trotzdem zählen diese Herren auch zu den Altpensionären, die heute unter der Teuerung zu sehr

leiden“. Auf alle Fälle ist also ein großer Unterschied zu machen zwischen denjenigen Altpensionären, die als Invalide der Arbeit im Pension gegangen sind, gar keinen Nebenberuf zu ihrer fargen Rente erzielen können und denjenigen Pensionären, die in jungen Jahren aus rein dienstlichen, ja unbegreiflichen Gründen Pension erhalten und zu ihrer Pension oft zehnmal höhere Gehälter noch lustig weiter beziehen. Es wäre also ein Skandal, wenn man diese Verhältnisse zu den notleidenden Altpensionären rechnen würde. Wenn man aber jetzt aus rein tatsächlichen Gründen sich des traurigen Loses der Altpensionäre erinnert und schnelle Hilfe des Staates fordert, so sollte man den Wahlmännern vorhalten, daß sie nicht allein an der fargen Pension künstlich den Wert des Geldes herabgesetzt haben und so es den Altpensionären unmöglich machen, mit der Rente auszukommen, die sie vor 10 Jahren z. B. noch als ausreichend ansehen mußten. Wer vor 10—15 Jahren in Pension ging, konnte bei bescheidenen Ansprüchen gut sagen, daß seine Pension ihm einen Lebensabend sichert, der nicht aus Not und Sorgen besteht. Daher auch die Ruhe vieler Staatsbeamten im Dienste über ihre fargen Gehälter, das Streben nach lange im Dienst zu bleiben, um eine höhere Gehaltsstufe zu erklimmen. Wer vor 15 Jahren mit einer Pension von 800 M. z. B. verabschiedet wurde, hungert heute förmlich, weil ihm die Regierungspartien mit jant der Regierung, für die er durch die und dann immer gegangen ist, künstlich seinen Lebensunterhalt verteuert haben. Wenn wir auch energisch für die Erhöhung der heute völlig unzureichenden Pensionen eintreten, so verschämen wir doch nicht, den hungernden Altpensionären in die Ohren zu schreien, daß eigentlich die Parteien an ihrer großen Rastlage schuld sind, welchen sie bei den jetzigen Wahlen wieder zum Siege verhelfen sollen.

Wenn man aber im Prinzip sich dazu bekennt, die Lage der Altpensionäre zu bessern, durch die Gesetzgebung für eine Erhöhung der Renten einzutreten bereit ist, dann kann und darf dies aber nur dann geschehen, wenn man sich auch der Lage der armen Invaliden erinnert, die ja heute noch viel größerem Elend ausgesetzt sind als die meisten Altpensionäre, deren Schicksal jetzt den herrschenden Parteien bekanntlich so „nahe“ geht. Man beachte nur, daß ein Altpensionär z. B. eine Rente von 600—800 M. bezieht, aber auch mit diesem Betrag nicht mehr auskommen kann, weil man ihm eben den Lebensunterhalt verteuert hat. In einer viel schrecklicheren Lage befinden sich aber die armen Invaliden, denen man vor Jahren eine Rente von Null bis 120 M. pro Jahr angewiesen hat und trotz dieser Hungerrente immer „noch am Leben sind“.

„Unbegreiflich!“ wird auch der Statistiker der Versicherungsanstalt und des Reiches sagen. Nichtet sich die Pension des Beamten nach seinem Gehalt oder Dienstalter, so muß der invalide Arbeiter mit einer Rente zufrieden sein, die mit seinem wirklichen Lohn oder Verdienst gar nichts zu tun hat. Die höchste Lohnklasse war und ist bekanntlich auch heute noch, trotz der neuen Gesetzgebung, nur 1150 M. Mag der Versicherte auch pro Jahr 1800 M. verdient haben, er bekam auch nur seine Rente nach der 5. Lohnklasse, welche früher und heute mit 1150 M. Jahresverdienst endete und früher 36 Pf. und heute 48 Pf. Wochenbeitrag verwenden läßt. Die Höhe der Rente richtete sich aber nach der Zahl der verwendeten Beitragsmarken und dem immer gleichbleibenden Staatszuschuß von sage und schreibe 50 M. pro Jahr für alle Renten, ob hoch oder niedrig. So gibt es heute noch „Altpensionäre“ unter den Invalidenversicherten, die mit einer Rente von sage und schreibe 120 M. pro Jahr oder 10 M. im Monat auskommen müssen, weil sie eben schon Invalide geworden sind, als sie nur 200—300 Markten verwendet hatten. Die Hungerrente ist aber in der Zwischenzeit um keinen Pfennig gestiegen, wenn sich auch die Preise der Lebensmittel in der Zwischenzeit um 25 Proz. erhöht haben. Bei keinem Gesetzeswerk hat man an die traurige Lage der Invaliden gedacht, sondern nur neue Bestimmungen geschaffen, die es ermöglichen, einige Mark Rente pro Jahr mehr zu erreichen, wenn man recht lange warten kann oder hohe Zusatzbeiträge verwendet, die auf jeder Sparkasse besser angewendet wären. So hat man gar nicht an die Invaliden gedacht, die heute, im Teuerungsjahr 1913, mit einer Monatsrente von 10 M., ja sogar, wie es bei Frauen der Fall noch ist, mit 9 M. Rente pro Monat auskommen sollen. Dabei sollte man aber auch nicht vergessen, daß die meisten Invaliden der Arbeit nichts oder nur sehr wenig zu ihrer fargen Rente verdienen können. Tritt der Offizier mit Schmeiß in die Privatindustrie ein, um neben seiner Pension noch hohe Gehälter zu verdienen und arme Arbeiter zu quälen, so werden früher und auch heute bei dem kranken Arbeiter alle erdenklichen Kunstgriffe angewendet, um diesem die Rente vorzuenthalten. Erstens hat der Gesetzgeber keine „Majorzede“ für den invaliden Arbeiter, sondern wahrhaft draconische Bestimmungen, die erst eine Invalidentät befürworten. Zweitens kann der Invalide wenig oder gar nichts zu seiner Rente verdienen. Deshalb sollte sich der Staat, und zwar in erster Linie, auch der invaliden Arbeiter erinnern.

### Wasserstands-Richtlinien

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am 24. 4.		Wasserstand	am 24. 4.	
	93. 4.	94. 4.		93. 4.	94. 4.
Remsl., Mühl	494	+18	Saale, Großh.	132	-8
Vogel, Jüterburg	223	+13	Saale, Spandau <sup>1)</sup>	47	-9
Beichtl., Thom	200	+18	„ Rathenow <sup>2)</sup>	60	-8
Ober., Rathor	227	+19	„ Spreew., Spremberg <sup>3)</sup>	88	-6
„ Profen	153	+12	„ Bestlow	20	0
„ Frankfurt	129	+13	„ Wenden	192	-12
„ Siedm.	122	+20	„ Witten	288	-4
„ Landsberg	54	+10	Rhein, Maximiliansau	474	-12
„ Borsdamm	36	+6	„ Rauh	273	+11
„ Zeitmerg	32	+10	„ Röll	329	+6
„ Dresden	-86	+1	„ Redar., Heilbronn	98	-7
„ Barby	172	+11	„ Rain., Danau	166	+2
„ Magdeburg	140	+12	„ Ojtel., Auer	150	-28

<sup>1)</sup> + bebetet Wuch, — Fall — <sup>2)</sup> Unterpegel.

# Teure Zeiten erfordern sparsames Wirtschaften



## MAGGI'S Suppen

sind billig, nahrhaft und wohlschmeckend.  
1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pf. — Mehr als 40 Sorten.  
Verlangen Sie aber bitte ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.

# Maifestzeitung 1913

Illustrationen von bedeutenden Künstlern — Gute Ausstattung. Vielseitiger Inhalt u. a.: Am Rande des Weltkrieges von Hermann Wendel. — Aus eigener Kraft von Paul Umbreit. — Demonstriert durch die Wahl von Heinrich Ströbel. — „Mai-Landwehr“ von Kurt Eisner. — 1863—1913 von Georg Gradnauer. — Malenbrand von Franz Diederich. — Pfingstlied von Georg Weerth. Die Maizeitung kostet 10 Pf. und ist durch alle Vorwärtsausgabestellen sowie von der **Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)** zu beziehen. 247/20

## Saison-Schlager der H. K. G.

Hervorragende Passformen. Haltbare Stoffe und Zutaten. Tadellose Ausführung.

### Sakko-Anzüge

aus englisch gemusterten, blauen und Marengo Cheviot-Stoffen . . . . .

Selbstkostenpreis:	17 <sup>00</sup>	24 <sup>00</sup>	28 <sup>90</sup>	35 <sup>40</sup>	43 <sup>60</sup>	52 <sup>60</sup>	61 <sup>70</sup>	usw. bis
Verkaufspreis:	18 <sup>70</sup>	26 <sup>40</sup>	31 <sup>80</sup>	38 <sup>85</sup>	48 <sup>00</sup>	57 <sup>55</sup>	67 <sup>90</sup>	ca. 90 M.

### Ulster u. Paletots

in den mod. engl. gemustert. Stoffarten, sowie Marengo- und Sport, Cover Coat

Selbstkostenpreis:	19 <sup>40</sup>	25 <sup>20</sup>	29 <sup>00</sup>	34 <sup>10</sup>	42 <sup>90</sup>	51 <sup>00</sup>	60 <sup>90</sup>	usw. bis
Verkaufspreis:	21 <sup>35</sup>	27 <sup>70</sup>	31 <sup>90</sup>	37 <sup>50</sup>	47 <sup>20</sup>	56 <sup>10</sup>	66 <sup>90</sup>	100 M.

### Cutaway-Anzüge

aus Marengo und Diagonal-Cheviot mit gestreiften Beinkleidern . . . . .

Selbstkostenpreis:	24 <sup>00</sup>	29 <sup>50</sup>	36 <sup>00</sup>	41 <sup>40</sup>	50 <sup>00</sup>	57 <sup>90</sup>	62 <sup>00</sup>	usw. bis
Verkaufspreis:	26 <sup>40</sup>	32 <sup>45</sup>	39 <sup>90</sup>	45 <sup>55</sup>	55 <sup>00</sup>	63 <sup>60</sup>	68 <sup>20</sup>	94 M.

**Jünglings-Anzüge**  
in allen Formen u. Preislagen  
in unübertroffener Auswahl

**Knaben - Anzüge**  
für jedes Alter in allen  
Formen und Preislagen

**Loden- und Sport-**  
Bekleidung jeder Art  
in enormer Auswahl

**Maß-Anfertigung**  
in eigenen Ateliers  
unter Garantie

Unser Selbstkostenpreis ist lediglich der Herstellungs- resp. Einkaufspreis einschliesslich unserer baren Auslagen für Unkosten. Infolge dieser Preisberechnung bieten wir dem geehrten Publikum erhebliche Vorteile und streng reelle Bedienung.

## HERREN-KLEIDER-VERTRIEBS-GES. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1 | Charl., Wilmsdorfer Str. 165 | Neukölln, Kottbuser Damm 72 | Moabit, Turmstrasse 73  
Ecke Weinmeister- und Münzstrasse | Ecke Berliner und Scharrenstrasse | Ecke Lenaustrasse | vis-à-vis der Emdener Strasse

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet! — Katalog und Prospekt gratis und franko!

### Theater.

Sonnabend, 26. April 1913.  
Anfang 8 Uhr.  
Hofe. Wilhelm Tell.  
Anfang 8<sup>15</sup> Uhr.  
Theater am Rollendorfsplatz.  
Aufführung des Sternschen Kon-  
servatoriums.  
Anfang 7 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Welt für.  
Anfang 7<sup>15</sup> Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm  
Tell.  
Deutsches. Der lebende Leichnam.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Von Meran zum Orlfer.  
Nimmerwäldle. Einmal um den  
Berg-ee-Joos.  
Völkung. Das Friedensfest.  
Deutsches Schauspielhaus. Der  
König.  
Theater des Westens. Wiener  
Lust.  
Berliner. Filmzauber.  
Königsgräber Straße. Das Buch  
einer Frau.  
Arelines. Professor Bernhardt.  
Deutsches Opernhaus. Das  
Mädchen aus dem goldenen  
Schiff.  
Schiller O. Geographie und Liebe.  
Charlottenburg. Zwei Wappen.  
Romödienhaus. Hochherzogliche  
Wohnungen.  
Kurfarthen-Oper. Das Jarmen-  
mädchen.  
Metropol. Die Kino-Königin.  
Trianon. Madame X.  
Heldens. Die Frau Präsidentin.  
Thalia. Puppen.  
Monte Operetten. Der Zigeuner-  
primas.  
Lilien. Jaga.  
Hofe. Wilhelm Tell.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichsdank. Stiller Sänger.  
Walhalla. Carole Walhalla.  
Anfang 8<sup>15</sup> Uhr.  
Theater am Rollendorfsplatz.  
Extrazug nach Nizza.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Griech.  
Lustspielhaus. Wasolla.  
Folies Caprice. Die Bank. Sein  
letzter Wille. Der Cowboy.  
Anfang 8<sup>15</sup> Uhr.  
Neues Volkstheater. Ernst sein.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Gießkahn: Blut in  
El. Noth.  
Berliner Gießkahn. Lebende Ge-  
stalten.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Der König.  
(Der König . . . Harry Walden.)  
Theater am Rollendorfsplatz  
Sonnabend nachm. 3<sup>15</sup> Uhr: 4. Auf-  
f. der Opernante d. Sternschen Konser-  
vatoriums.  
Abends 8<sup>15</sup> Uhr:  
Extrazug nach Nizza.

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr.  
**Geographie und Liebe.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Konzert.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Geographie und Liebe.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**

**Schiller-Theater Charlotten-**  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
(Zum ersten Male):  
**Zwei Wappen.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**König Lear.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Zwei Wappen.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Geographie und Liebe.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Filmzauber.**

**Theater in der Königsgräber Straße**  
8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr (Sollstündliche Preise):  
**Wiener Blut.**  
Sonntag 3<sup>15</sup> Uhr: **Der liebe Augustin.**

**Monte Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Zigeunerprimas.**

**Residenz-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**

**Walhalla-Theater.**  
Seimbergweg 19/20. Täglich 8<sup>15</sup> Uhr  
**Parole: Walhalla!**  
Große Ausstattungsposte.  
Sorgungsarten haben täglich Gültigkeit.

**Passage-Panoptikum**  
**DER SKELETTMENSCH**  
Das Wunder atavistischen Ver-  
schleudens. **LEBEND!**  
**FUSSKÜNSTLER SARTON**  
Der armlose  
**PAGANINI**  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!

### Urania.

Taubenstraße 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Von Meran zum Orlfer.

### Luisen-Theater.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zaza.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Vor 100 Jahren**  
oder: **Napoleons Sieg und Fall.**  
Sonntag, abends 8 Uhr: **Zaza.**  
Montag, abends 8 Uhr: **Zaza.**

### ROSE-THEATER

Ordnung Frankfurt Str. 132.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Schülerwerk. an H. Breiten.  
Wilhelm Tell.  
Abends 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**  
Sonntag 3 Uhr: **Die größte**  
Tunde. 8 Uhr: **Syris-Paris.**

### Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund  
und G. Konsonst.  
Musik von **Jean Gilbert.**  
In Szene gesetzt v. Dir. Max Schulz.  
Karl Bachmann J. Giampietro  
G. Thielscher V. Norbert  
H. Bailot J. Russka Ly Winter  
Morgen nachmittags 3 Uhr:  
Leichte Cavallerie u. Flotte Bursche.

### Folies Caprice.

**Die Novitäten:**  
• Die Bank. •  
• Sein letzter Wille. •  
• Der Cowboy. •  
Anfang 8<sup>15</sup> Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

### Admiralspalast Eis-Arena

Abends 9 Uhr:  
Das sensationelle Eisballett  
**Flirt in St. Moritz.**  
Die kleine Charlotte.  
Bis 6 Uhr und von 10<sup>15</sup> Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Restaurant I. Ranges.  
Wein- und Bier-Abteilung.

Geöffnet  
10-9  
Uhr

Das Kino  
Ausstellung in der Ausstellungshalle am Zoo  
Berlin, 12. April - 14. Mai  
1913

### „Clou“ Berliner :: Konzertthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Philharmonisches Blasorchester  
aus Holland. Dirig. Maestro Lorato Tesona.  
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baars.  
Anfang 8 Uhr. Eintritte 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

### Dampfer-Extrazugfahrten mit Musik

am Sonntag, den 27. April, und 1. Mai (Himmelfahrt),  
zur Baumblüte nach Werder.  
Abfahrt Berlin Reichstagsufer, an der Markschallbrücke, vorm. 9 Uhr.  
Charlottenburg, Tegeler Weg, nahe St. Annenlch. 9<sup>15</sup> Uhr.  
Fahrpreis hin und zurück 1 M., einloch 75 Pf., Kinder die Hälfte.  
Reederel Kieck, Faldenheustr. 48. Fernspr. Wpl. 8197.

### Reederei Kahn & Hertzler Fernsprecher. Königl. 2062

Billige Dampfer-Extrazugfahrten ab: **Walsenbrücke**  
Morgen Sonntag nach Bendensloß, Grünau, Krampenburg.  
Abfahrt nachm. 2 Uhr. Hin und zurück 60 Pf.  
Am 1. Mai (Himmelfahrt) nach Grünau, Krampenburg, Hegen-  
hals. Abfahrt 9<sup>15</sup> u. 2<sup>15</sup> Uhr. Hin u. zurück vorm. 70 Pf., nachm. 60 Pf.  
Morgen Sonntag u. Himmelfahrt zur Baumblüte u. Werder a. S.  
Abfahrt Bendensloßvorm. 9 Uhr. Hin und zurück 1 M.

### Restaurant Mich. Palasties, Caputh bei Potsdam.

Das mein Lokal, schöner schattiger Garten,  
**2 Säle und neuerbaute Kegelbahn**  
bei Ausfahrten nach Caputh a./Gavel den Parteivorgangorganisationen,  
Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen.  
Besorgte Bier, gute Küche stehen zu Diensten.  
**Original Potsdamer Stangenbier.**  
Gute Bedienung — solide Preise.  
**Fremdenzimmer auf Tage und Wochen.**  
Familien können Kaffee kochen!  
NB. Vereine, die beabsichtigen, Mittagstafel abzuhalten, erbitten  
einige Tage vorher anzumelden.

### Herrnfeld Theater

Täglich bis inkl. Mittwoch 30. April  
prämiert 8 Uhr abends:  
**Schonzeit-  
Jäger.**

### Liebesprobe.

Vorverkauf 11-9 (Theaterkasse)  
Ab Donnerstag, den 1. Mai 1913:  
**Geschlossen.**

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
Neu!  
„Café  
Größenwahn“  
Burleske  
von Meyssol.  
Anfang 8, Sonntags 7<sup>15</sup> Uhr.

### Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:  
Der urwäldliche Vossenschlager:  
**Arturs Flitterwochen**  
u. das glänzende erste, Programm.  
Sonntag nachm.: O. Diefe Männer.  
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

### Voigt-Theater.

Vodstraße 58.  
Sonntag, den 27. April 1913  
nachm. 3 Uhr:  
**Das Mädchen auf Irrwegen.**  
Abends 7 Uhr:  
**Die Tochter des Herrn Fabricius.**  
Schauspiel in 4 Akten von H. Wildbrandt  
Kaffeezeit. 10 Uhr, Wpl. 3 u. 7 Uhr.

### Theater Königstadt-Casino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnhof, Dammplatzbrücke  
**Ich komme  
von Herrn  
Meyer!**  
und das erstklassige  
Spezialitäten-Programm.  
**Trianon-Theater.**  
Täglich 8 Uhr: **Madame X.**  
Sonntag 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**  
Für den Inhalt der Anzeiger  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Puddingpulver** in verschied. Geschmack 5 Pakete **28 Pf.**  
**Himbeersaft** ..... 1/2 Flasche **55 Pf.**

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiedervorkäufer. Lebensmittel nicht am Spittelmarkt.

### Obst- und Gemüse

Ananas ..... Pfund **75, 85 Pf.**  
 Kochäpfel ..... Pfund **10 Pf.**  
 Kalifornische Aepfel Pfund **30, 40 Pf.**  
 Rabarber ..... Bund **6 Pf.**  
 Junge Schoten ..... Pfund **23 Pf.**  
 Gurken ..... Stück **30, 40 Pf.**

**Frische Eier** Mdl. **65, 85 Pf.**

Malta-Kartoffeln ..... Pfund **10 Pf.**  
 Spinat ..... Pfund **10 Pf.**  
 Salat ..... Kopf **5 Pf.**  
 Mohrrüben ..... Pfund **5 Pf.**  
 Weisskohl ..... Pfund **8 Pf.**  
 Bananen ..... Pfund **28 Pf.**

### \* Frisches Fleisch

Schmorfleisch ..... Pfund **85 Pf.**  
 Kalbsbrust oder Kamm ..... Pfund **80 Pf.**  
 Schweinekoteletts Pf. **90 Pf.**  
 Schweinekamm (im Ganz.) Pfund **85 Pf.**  
 Schweineschutt (im Ganz.) Pfund **85 Pf.**  
 Schweinefleisch mit Schwarte ..... Pfund **80 Pf.**  
 Pökelfleisch vom Jangschwein ..... Pfund **85 Pf.**  
 Rücken fett ..... Pfund **60 Pf.**

\* **Kassler** ..... Pfund **85 Pf.**

Bücklinge ..... 4 Stück **18 Pf.**  
 Makrelen-Bücklinge ..... Stück **5 Pf.**  
 Lachsstör in Stücken ..... Pfund **85 Pf.**  
 Kieler Sprotten ..... Pfund **65 Pf.**  
 Matjes-Heringe ..... Stück **10, 15 Pf.**  
 Bismarck- od. Bratheringe Dose **45 Pf.**  
 Kräuterheringe ..... Pfund **28 Pf.**  
 Rollmöpse ..... 5 Stück **18 Pf.**  
 Sardellen ..... ca. 1 Pfund-Dose **63 Pf.**  
 Sardinen in Öl ..... Dose **38, 45 Pf.**

### Butter und Käse

Molkereibutter ..... 1/2 Pfund-Paket **65 Pf.**  
 Schweizer Käse ..... Pfund **85, 95 Pf.**  
 Limburger Käse ..... Pfund **50 Pf.**  
 Tilsiter Käse ..... Pfund **85 Pf.**  
 Brie-Käse ..... Pfund **55 Pf.**  
 Romatour Käse ..... Stück **32 Pf.**

**Speck** fett **75**, mager **95 Pf.**

Schinkenspeck ..... Pfund **1.20**  
 Kaffee 1/2 Pfund-Paket **65, 70, 75 Pf.**  
 Kakao ..... Pfund **65, 95 Pf.**  
 Apfelwein ..... 3 Flaschen **95 Pf.**

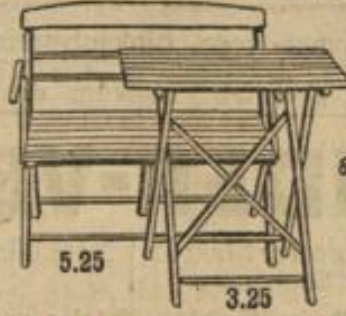


### Garten- und Eisenmöbel

zusammenlegbar  
 Stühle ..... 1.95, 2.45  
 Tische Platte ca. 47x70 cm **6.50**  
 Bänke ..... 5.25, 6.25  
 Fussbänke .. **70 Pf.**



3.50



5.25

3.25



1.95

### Holz-möbel, zusammenlegbar

Stühle ..... 1.95, 2.90, 3.50  
 Tische Platte ca. 55x80 cm **4.50**  
 Bänke ..... **5.25**

### Balkon-Möbel

Korb-Stuhl mit Sitz- und Rückenpolster **7.25**  
 Korb-Sessel mit Wulst ..... **11.25**  
 Liegestühle ... **1.95**  
 Liegestühle mit Armlehne ..... **2.75**



Sessel mit hoher Lehne ..... **6.25**

Sessel mit Sitz- u. Rückenpolster **4.85**

*Josef*  
**JUNO**  
**23**  
 Cigarette  
 KL.

**Eine Mark** wöchentliche Teilzahlung  
 liefere elegante fertige  
**Herren-Moden**  
 vollständiger Ersatz für Mass  
**Mass-Anfertigung**  
 Feinste Verarbeitung  
 Garantie: tadelloser Sitz  
**J. Kurzberg** MASS-Schneiderei

Nur:  
 Im Zentrum: Rosenthaler Strasse 36  
 I. Etage Hackescher Markt.  
 Im Osten: Frankfurter Allee 104  
 parterre Ecke Friedenstrasse  
 Im Norden: Reinickendorfer Str. 4  
 I. Etage Am Wedding-Platz.

I. Geschäft: **Brunnenstr. 7** am Rosenthaler Pl.  
 II. Geschäft: **Müllerstr. 174** Ecke Fennstrasse

# Möbel-Lechner

**Abteilung A: Wohnungseinrichtungen auf Kredit**  
 Stube und Küche ..... Anzahlung von Mark **15.00** an  
 Einzelne Möbelstücke ..... Anzahlung von Mark **5.00** an  
 Herren-, Spelse-, Schlafzimmer, bunte Küchen.  
 Riesen-Auswahl, bequemste Abzahlung.

**Abteilung B: Teppiche, Läufer, Portieren, Gardinen**  
 Wieder neu aufgenommen!!!

**Abteilung C: Herren- und Damen-Konfektion.**  
 Nur Neuheiten. Anzahlung von Mark **5.00** an.

Lieferung auch nach auswärts. — Jeder Kunde erhält beim Kauf ein schönes Geschenk!

**Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.**

**Leihhaus Moritzplatz 58a**

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von **9-18 M.** Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis **150**, jetzt **20-35 M.** Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten **10%** extra.



# Zum Landtagswahlkampf.

## Preußen gegen das Recht.

Daß die preussischen Polengesetze insgesamt nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen die Verfassung und andere Gesetze des Deutschen Reichs verstößen, ist von uns wiederholt dargelegt worden. Zwar haben sich die Juristen der preussischen Regierung bemüht, durch allerhand Auslegungskünste zu „beweisen“, daß der Rechtsbruch kein Rechtsbruch ist, aber sie haben damit nur das eine bewiesen, daß ein im Sinne der Regierung „tüchtiger“ Jurist alles „beweisen“ muß, was man ihm aufträgt. Es lohnt nicht, auf diese Künste nochmals einzugehen. Dagegen sind neuerdings im Landtage Dinge zur Sprache gekommen, die den Rechtsbruch in so ekklatanter Weise zeigen, daß sie vor der Wahl die weiteste Verbreitung verdienen.

Am 9. April d. J. verhandelte die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über die Denkschrift der Polener An siedlungs-Kommission für das Jahr 1912, und hat darüber schriftlichen Bericht erlassen. Da lasen wir nun auf Seite 5 ihres Berichts:

„Als vor ungefähr 20 Jahren . . . bei der Errichtung von Neubauernhöfen in Polen zur Ansiedlung gekommen seien, habe die Regierung alsbald dafür gesorgt, daß das nicht mehr geschehen könne.“

Weiterhin erfahren wir aus dem Bericht, daß die Regierung den Ansiedlern die Strafe verbietet, polnische Arbeiter zu beschäftigen. Da aber die Ansiedler nicht immer genügend deutsche Arbeiter finden und deshalb doch manchmal Polen beschäftigen, wird die Strafe von 100 M. (!) in so rigoroser Weise angedroht und auch verhängt, daß die Klagen darüber jetzt schon ins Abgeordnetenhause dringen.

Man halte also fest: Die Regierung hat in bestimmten Fällen polnische Bürger des preussischen Staates gehindert, sich anzufriedeln, und sie hat in anderen bestimmten Fällen ebensolche Bürger gehindert, ihr Brot als Arbeiter zu erwerben.

Nun bestimmt die deutsche Reichsverfassung (in ihrem Artikel 3), daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates überall im Deutschen Reich „zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zur Erwerbung von Grundstücken und zum Genuß aller bürgerlichen Rechte zugelassen“ ist, und zum Schluß ist ausdrücklich hinzugefügt: „Kein Deutscher d. h. kein Bürger des Deutschen Reichs“ darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.“

Weiter bestimmt das Freizügigkeitgesetz — ebenfalls ein Gesetz des Deutschen Reichs — daß jeder Bundesangehörige das Recht hat, überall im Deutschen Reich „Grundeigentum aller Art zu erwerben“, und am Schluß fügt es gleichfalls die Klausel hinzu: „In der Ausübung dieses Rechts darf der Bundesangehörige weder durch die Obrigkeit seiner Heimat noch durch die Obrigkeit des Ortes, an welchem er sich aufhalten oder niederlassen will, gehindert oder durch lästige Bedingungen beschränkt werden.“

Die letzten Worte drücken das aus, was man im gewöhnlichen Leben schikanieren nennt: die Obrigkeit darf den Staatsbürger nicht durch lästige Bedingungen schikanieren. Nun mag man über die allgemeine Gültigkeit der Polengesetze denken, wie man will — soviel steht unbedingt fest: wenn die Obrigkeit in einzelnen bestimmten Fällen den Staatsbürger hindert, sein Brot zu erwerben oder sich anzufriedeln, dann schikanieren sie ihn; dann tut sie genau das, was jene beiden Reichsgesetze ihr verbieten. Der sozialdemokratische Redner hat deshalb am 22. April diese Dinge im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht. Und was antwortete die Regierung? Wie rechtfertigte sie ihre Verträge? — Gar nicht! Der Minister hatte bis 14 Uhr noch nicht gefräht und war gerade hinausgegangen. Der arme Mann!

Am den Tagen, wo die Verträge gegen das Recht geschahen, wird er hoffentlich gefräht haben, und vielleicht sogar sehr gut.

Sie aber wollen es allem Volke sagen, daß zu der Zeit, als die Regierung Rechenschaft ablegen sollte für jene Verträge, der Minister notwendig frähten mußte!

## Zum Religionsunterricht in der Volksschule.

Die Verteidiger der bestehenden „Ordnung“ erzählen bekanntlich immer aus neue, daß die Lehrer behaupten, ohne Religionsunterricht in der Volksschule nicht auskommen zu können. Besonders tun sich die sogenannten Freisinnigen mit solchem Gerede aufdringlich hervor, obwohl bekanntlich der Aberglaube im Liberalismus eine viel größere Rolle spielt als in der Sozialdemokratie. Wir sind der Religion gegenüber neutral, weil wir jede echte Überzeugung achten; die Liberalen — soweit sie sich nicht „oben“ beliebt machen wollen — halten das Späteln über Religion für ein wichtiges Propagandamittel. Gegenüber jenem Gerede hat nun Genosse Vorwärts bei der Schuldebatte im Landtage den Brief eines im Amte befindlichen Lehrers vorgelesen, der die wahre Meinung vieler Lehrer über den Religionsunterricht wiedergibt. Da der Parlamentsbericht solche Dinge selbstverständlich nur sehr verkürzt wiedergeben kann, seien einige Stellen aus dem Briefe hier mitgeteilt. Es heißt darin u. a.:

„Ich bin seit vielen Jahren innerlich ganz frei von allem kirchlichen Unwesen und muß doch täglich selbst all diesen Unfug kultivieren. Sie, der Sie von Jugend auf gewöhnt sind, so zu sprechen und zu handeln, wie Sie denken und fühlen, können sich unmöglich in die Stimmung hineinverleihen, die untereinander beherrscht. Es kommt dazu die brennende Scham darüber, daß, obwohl man die Lüge und Heuchelei verabscheut, man doch selbst täglich lügen und heucheln muß. . . . Sie sollten sich mal den Lehrstoff in Religion für die Grundklasse ansehen. Ja, selbst wenn wir überzeugt sind, daß dieser Stoff für Geist und Gemüt der Kleinen untauglich ist, so müssen wir unser vorgeschriebenes Pensum eben erfüllen, um es bei der Revision vorweisen zu können. . . .“

Die Bibel sei ein Buch, das den Kindern gar nicht in die Hände gegeben werden dürfte. Dann:

„Von Kindern, die nach allem Neuen, Unbekannten lästern sind, kann man nicht erwarten, daß sie den ethischen Inhalt eines Buches zu ergreifen suchen; sie suchen eben nach dem, was sie geschlechtlich erregt. Vor allen Dingen bitte ich Sie, immer wieder zu betonen, daß der Religionsunterricht nicht in die Volksschule gehört. Wenn auch bei allen möglichen Gelegenheiten die berufenen oder auch nicht berufenen Vertreter der Lehrerschaft mit einem großen Aufstand von sittlicher Entrüstung in Abrede stellen, daß dahingehende Bestrebungen unter den Lehrern vorhanden sind, so ist das doch eine unumstößliche Tatsache. Die an der Spitze der Lehrervereine stehenden Kollegen sind in dieser Frage nicht maßgebend. Wenn sie behaupten, die Lehrerschaft wolle den Religionsunterricht behalten, so tun sie das entweder aus Zweckmäßigkeitsgründen oder aus Unkenntnis der tatsächlich unter den Lehrern herrschenden Stimmung. Man muß selbst Lehrer sein und es tagtäglich von Kollegen hören, wie sie über ihren eigenen Religionsunterricht urteilen, um einen Begriff davon zu bekommen, wie weit verbreitet unter den Lehrern der Widerwille gegen diese Art von religiöser Unterweisung, wie sie von uns täglich betrieben wird, heute schon ist. Gewiß gibt es viele, die über den Wert oder Unwert dessen, was sie lehren, gar nicht nachdenken. Statt ihre Arbeit mit der eines Arztes zu vergleichen, der das, was er seinen Patienten verabreicht, daraufhin prüft, ob es ihnen auch immer zuträglich ist, begnügen sich so viele Lehrer mit der Rolle eines

Arztes, der weiter nichts zu tun hat, als die ihm zugewiesenen Materialien möglichst kunstgerecht und schmackhaft zuzubereiten. . . .“

Die größten Feinde unseres Standes und die schlimmsten Verbrecher an der Volksschule und an unserer lieben Jugend sind diejenigen Lehrer, die da jagen: Was geht's mich an, ob das, was ich lehre, wahr ist, ob es der geistigen und sittlichen Entwicklung der Jugend förderlich ist oder nicht? Dafür, daß ich täglich meine Schüler belüge, und meinen Vorgesetzten gegenüber heuchle, bekomme ich ja bezahlt. Und daß ich dann und wann zur Kirche gehe, auch jährlich mindestens einmal das Abendmahl über mich ergehen lasse, das gehört eben auch zu meinem Amt. Wie oft habe ich schon solche lästerlichen Reden, nur in noch viel drastischeren und frivoleren Worten hören müssen! Ja, es gibt Kollegen unter uns, die jeden auslachen, der sich über alle diese Dinge überhaupt noch Gedanken macht und schwere Gewissensbedenken durchzukämpfen hat, so oft er in seine Religionsstunde geht. Sie sagen: die Welt, in diesem Falle die Behörde, will ja betrogen sein, also betrügen wir sie.“

Es sei hervorgehoben, daß bei Verlesung dieses Briefes die Herren vom Zentrum und von den konservativen Parteien sich in Ausdrücken der Entrüstung förmlich überschlugen — aber nicht Entrüstung darüber, daß so viele Lehrer lügen müssen, sondern darüber, daß es einer wagt, die Wahrheit zu schreiben.

## Reichstag.

140. Sitzung. Freitag, den 25. April 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

### Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob Verhandlungen zwischen den in Kamerun berechtigten Konzessionsgesellschaften und den Verbänden der Regierungen über die künftige Stellung der Gesellschaften geführt worden sind und welches Ergebnis diese Verhandlungen gehabt haben?

Direktor im Reichskolonialamt Gleim: Abmachungen sind bisher nicht getroffen worden; aber gelegentlich der Verhandlungen, zu denen die Vertreter der Gesellschaften aus Kamerun in der vorigen Woche in Berlin waren, sind sie auch an die Regierung herangetreten, um mit ihr Verhandlungen anzuknüpfen. Die Kolonialverwaltung hat sich unter Darlegung ihres dem Reichstag bekannten Standpunktes dazu bereit erklärt und sieht nunmehr den Anträgen der Gesellschaften entgegen.

Abg. Dr. Mumm (Wirtsch. Vg.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft über den ergebnislosen Verlauf der Stüsseler Spirituosenkonferenz 1912 zu geben?

Direktor im Reichskolonialamt Gleim: erwidert, daß sich Frankreich in der Frage der Abgrenzung der Verbotzone ablehnend verhalten habe und auch in der Frage der Zollherabsetzung nur geringe Zugeständnisse gemacht habe.

Es folgt die zweite Beratung des

### Ergänzungsetats für die Schutzgebiete.

Abg. Koste (Soz.):

Es ist charakteristisch, daß scheinbar keine der bürgerlichen Parteien es für nötig hält, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß in diesem Etat 10 Millionen zur Verfügung gestellt werden für einen Zweck, über den in der Kommission Einmütigkeit geherrscht hat, daß es sich um ein sehr gewagtes Geschäft handelt. Es soll in Deutsch-Südwestafrika eine Landwirtschaftsbank mit diesem Gelde errichtet werden. Da ein großer Teil der Leute, die sich in Südwestafrika angesiedelt haben, wieder einmal vor der Pleite stehen, soll ihnen das Reich 10 Millionen borgen. Das ist nur infolge eines Fortschritts gegen früher, als die Gelder wenigstens nicht mehr geschenkt werden. Daß bei dieser Gründung ein großes finanzielles Risiko für das Reich vorliegt, gibt die Denkschrift der Regierung selbst zu. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Südwestafrikas würde es viel mehr beitragen, wenn man Mittel zur Erschließung von Wasserquellen aufwenden würde. Wenn es gilt, in

## Kleines feuilleton.

Die geistige Entwöhnung. In dem Streit um die dreijährige Dienstzeit, der jetzt in Frankreich tobt, läßt sich auch die akademische Jugend vernehmen. In der „Monatsschrift der Vereinigung der Staatsstudenten“, dem Organ der Universität Alise, läßt einer der Hauptmitarbeiter des Blattes, ein Rechtsstudent, sich also vernehmen:

„Man vergißt wohl heute zu sehr, daß die außerordentliche Verstärkung des Heeres uns in verhängnisvoller Weise einer Militärrückbildung zuführt und daß vielleicht, gerade in dem Augenblick, wo durch die Sorgfalt der republikanischen Regierung die Macht des Säbels genügend gewachsen sein wird, ein Caesar erscheinen könnte, der die vollendete Entwicklung auslöst und uns in die Despotie hineinreißt. Also, Gesetzgeber, habt acht! Es handelt sich nicht nur darum, die äußere Gefahr zu vermeiden, man muß sich ebenso und besonders gegen jene Männer des Säbels schützen, die ihre Stunde erwarten, um sich auf den Thron zu schwingen. Stärken wie nicht von der Charabdis in die Schylla. Andere Gefahren. Man beklagt sich über die Verdrängung der Felder. Ein verlängertes Aufenthalt in den Garnisonstädten wird aber das Hebel wachsen lassen, unter dem unsere Landwirtschaft leidet. Man sucht überall Mittel gegen die Entvölkerung. Aber heißt nicht, die Soldaten ein Jahr länger in der Kaserne halten, den Zeitpunkt ihrer Heirat um ein Jahr hinausschieben? Trägt man nicht dadurch zu der Verringerung der Geburtenziffer bei, opfert man nicht die Zukunft der Gegenwart? Die Stärkung der Rasse würde sich, wie mir scheint, besser vorbereiten lassen durch langsame und fruchtbarere Vermählungen.“

Nach diesen allgemeinen Erwägungen werden die speziellen studentischen Interessen betrachtet:

Für alle die höheren Studien ist Euer Gesetz eine Katastrophe, wenn Ihr nicht Änderungen vornehmt. Ihr wißt besser wie wir, daß die Stärke der Waffen nicht allein die Größe eines Landes ausmacht. Deutschland hat sich zu dem Range einer ersten Macht nicht nur durch die Stärke seiner Soldaten und die Klugheit seines Generalstabes emporgeschwungen, sondern noch mehr durch einen bewundernswürdig organisierten Universitätsunterricht, durch seine Gelehrten, seine Professoren und Dozenten. Ihr wollt das Vaterland durch eine zahlreiche, wohlgeordnete, stets bereitete Armee verteidigen. Verteidigt es ebenso und besonders durch seinen geistigen Ruhm. Führt nicht, um den Forderungen der Stunde zu genügen, indem Ihr das ganze Land mit Hintern und Kanonen bewaffnet, die geistige Entwöhnung durch!

Aus den letzten Tagen des belagerten Sueszi. Nach den Schilderungen des auf dem montenegrinischen Kriegsschauplatz weilenden italienischen Korrespondenten Bietti hat die Bevölkerung Suetaris in den letzten Tagen so furchtbare Hungerqualen durchleben müssen, daß die Hebergabe der Forderung auch ohne Sturm unausschießbar gewesen wäre. Die ärmeren Bevölkerungslagen besaßen keine Nahrungsmittel mehr; der Proviant der Garnison

war so zusammengeschnitten, daß die größte Sparsamkeit für die Bekämpfung als Gesetz gelten mußte. So konnte es nicht ausbleiben, daß es manchmal sogar zu Handgemengen kam; wenn für die Soldaten Fleisch verteilt wurde, suchte die verarmte Zivilbevölkerung mit Gewalt etwas davon zu erlangen. Einige Bewohner starben bereits Hungers und viele von ihnen sehnten sich durch Auswanderung aus der Stadt der Gefahr aus, erschossen zu werden. Bezeichnend für die Notlage der ärmeren Bevölkerung ist die Geschichte von zwei kleinen Jungen, die vor kurzem eines Morgens ins ferbische Lager gebracht wurden. Die Knaben waren 12 und 13 Jahre alt. Die unglücklichen Eltern in Suetari mußten schließlich erkennen, daß sie nicht mehr imstande waren, ihre Kinder auch nur notdürftig zu ernähren und vor dem Hungertode zu retten. Sie begleiteten die Knaben aus der Stadt und sagten ihnen: Wenn Ihr bleibt, werdet Ihr gewiß wie wir sterben. Ihr seid klein, mager und geistig. Ihr werdet sicher unbemerkt durch die Postlinie schleichen können; oder man wird vielleicht Mitleid mit Euch haben und Euch durchlassen.“ Schluchzend trennten sich die beiden Kinder von ihren Eltern, sie gehorchten und wandten sich auf den Dringlich zu. Auf Befehl Effend Paschas durften nur Mohammedaner die Brücke passieren. Die beiden Knaben waren katholisch erzogen, aber um ihnen die Flucht zu ermöglichen, hatten sie die Eltern am Tage vorher zur mohammedanischen Religion übertreten lassen. Die Kinder kamen auch glücklich über die Brücke und gelangten in die Umgebung von Brdica. Dort nahmen sie die Rolle von Dörtern an, kamen bis an die Schanzengellung der Türken, verkrochen sich schließlich in eine Grube und schürzten sich Gesicht und Kleider mit Lehm ein, um weniger sichtbar zu sein. In der Nacht krochen sie dann vor, und es gelang ihnen auch, glücklich durch die Postlinie zu kommen. Aber irgendein Geräusch mußte die Wachen doch alarmieren haben, einige Schüsse fielen, glücklicherweise ohne zu treffen. Als der Morgen graute, sahen sich die Kinder vor der serbischen Linie. Ein weißes Tuch schwingend liefen sie auf die serbischen Truppen zu: sie waren gerettet. Aber ob ihre Eltern in Suetari die letzten Tage noch erlebten, das wissen sie nicht und werden es vielleicht nie erfahren.

## Humor und Satire.

Belgien!

Es sind die deutschen Patrioten Der Kunde gänzlich abgeniet: Mit Streifen haben diese roten In Belgien wirklich was erreicht.

Es läßt sich leider nicht verhindern Des Streifens Recht, ganz abfolut. Soll dadurch der Profit sich mindern, So ist das schon an sich nicht gut.

Doch dann erst wird die Sache kritisch, Daß dummst Altar und Thron erkracht, Wenn der Streifen sich gar politisch Durch Streifen im Staate mausig macht.

Es wächst die Angst, die namenlose, Wenn solches man in Belgien sieht. Die Furcht entläßt sich in die Hofe: Was wird, wenn das bei uns geschieht?

Bei uns ist ja die Meinung erblich, Und sie zu haben pure Pflicht: Der Streifen ist, wenn schon, rein gewerblich, Politisch — gibt's ihn einfach nicht!

Dem Patrioten brennt die Wadde, Da fällt ihm ein von ungefahr, Daß Veltmann mit dem großen Sade Jetzt schwören geht für's Militär.

Und hier erholt sich von dem Schrecke Der Bürger und er geht zu Bier. Er hat erkannt des „Opfers“ Zweck: Es lohnt sich und er ist dafür!

Richel.

## Notizen.

— Kunstchronik. Die Jury der deutschen Künstlerbund-Ausstellung in Mannheim erlangte den Villa-Romana-Preis (je ein Jahr freier Aufenthalt in Florenz und Gehalt von je 2000 M.) dem Bildhauer E. Stephani-Berlin und dem Maler R. Caspar-München zu.

— Hellausmacht Schule. Das preussische Unterrichtsministerium hat den Professor Thiel von dem Akademischen Institut für Kirchenmusik in Berlin-Charlottenburg für vierzehn Tage nach Hellausmacht entsandt, um Einsicht in die musikalische Methode Jacques-Dalcrozes zu nehmen. Zum gleichen Zweck will der Referent des englischen Kultusministeriums für den Musikunterricht in Hellausmacht.

— Der allernueste Offenbach. Aus vergessenen Werken Jacques Offenbachs hat Leopold Schmidt reizvolle Melodien gesammelt und für eine burleske Operette „Die Heimkehr des Odysseus“ verwendet, deren Text von Karl Gillingner und Erich Kay stammt. Die Uraufführung fand im Frankfurter Opernhause statt.

— Plattdeutsche Wörterbücher. Die Vereinigung von Freunden der niederdeutschen Sprache und Literatur, die den „Landborn“ herausgibt, sammelt Beiträge zu einem hannoverschen Wörterbuch. Besonders Augenmerk wird dabei auf die alten plattdeutschen Ausdrücke des Handwerks, des Handels, des Schiffbaues und der Schiffahrt gerichtet, in denen sich zum großen Teil auch ein kerniger niederdeutscher Humor wieder spiegelt. Die Veränderung der Arbeitsmethoden in neuester Zeit bringt viel altes Sprachgut außer Gebrauch und bringt es in Gefahr, vergessen zu werden. Auch ein mecklenburgisches Wörterbuch ist in Arbeit.

— Meteoritenfund. Bruchstücke eines Meteoriten im Gesamtgewicht von 2700 Gramm wurden an der bayerisch-österreichischen Grenze bei Reuhaus am 2. Juni über einen Raum von 300 Meter verstreut gefunden.

Deutschland wichtige Kulturaufgaben zu fördern, hält das Reichs-  
schazamt den Damm auf dem Weite. Hier werden 10 Millionen  
an eine ganz beschränkte Anzahl von Personen gegeben. Die  
Hoffnung, daß Südwestafrika ein großes Besiedelungsland werden  
kann, ist wie eine Seifenblase geplatzt. Nur recht  
kapitalstärkende Leute können dort vorwärts kommen. Deshalb sollte  
man diese Entwicklung ihren Weg gehen lassen. Was hier vorliegt,  
ist eine Finanzgebarung, die man gegenüber der steuerzahlenden  
Bevölkerung des Reiches nicht verantworten kann, die allen  
Grundsätzen einer soliden Geschäftsgebarung ins Gesicht schlägt.  
(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)  
Der Etat wird bewilligt.  
Hierauf wird die Beratung des

#### Etat des Reichsfinanzamts

fortgesetzt. Der von der Kommission getrichtene Direktor wird  
fast einstimmig bewilligt.

Beim Titel „Beihilfen für Veteranen“ gibt  
Abg. Krauß (L.) der Genehmigung Ausdruck, daß die Beihilfen  
endlich erhöht werden sollen. Man soll doch den Veteranen gegen-  
über weitherziger sein.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Ich kann mitteilen, daß der  
Wunderrat gestern dem Entwurf zur Erhöhung der Veteranen-  
beihilfen seine Zustimmung gegeben hat. (Allseitiges Bravo!)  
Abg. Bruchhoff (Sp.) gibt seiner Freude über die Mitteilung des  
Schatzsekretärs Ausdruck; seine Partei wird gern an dem Zustande-  
kommen des Entwurfes mitarbeiten.

Abg. Pospisch (Pole) bespricht sich über Zurücksetzungen  
polnischer Veteranen aus politischen Gründen.

Abg. Jura (Sp.): Es wäre wünschenswert, daß alle Veteranen  
schon vom 1. Oktober ab in den Genuß der erhöhten Beihilfe  
kämen.

#### Abg. Kante (Sp.):

Es hat ja ziemlich lange gedauert, bis die Re-  
gierung den Wünschen des Hauses auf Erhöhung der  
Veteranenbeihilfen willfährig ist. Man sagt zwar, was lange  
währt, wird gut. Hier ist das aber doch recht zweifelhaft.  
Die Beihilfe soll nach dem Entwurf von 120 auf 150 M. erhöht  
werden, das heißt von 3 1/2 P. auf 4 P. täglich. Ange-  
sichts der ungeheuer gestiegenen Preise aller Bedarfsgegenstände ist  
diese minimale Erhöhung als ein Entgegenkommen gegen die  
Veteranen nicht zu bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozial-  
demokraten.) Die alten Kriegsteilnehmer können es nicht begreifen,  
daß für Rüstungen beständig Geld aufgebracht wird, für sie  
aber nicht. Die Kollage unter den Veteranen ist sehr groß.  
Kranke Leute werden von der Militärbehörde abgewiesen,  
weil ihr Leiden nicht in unmittelbarem Zusammenhang  
mit dem Feldzug stünde; dabei weiß man doch, daß wohl jeder im  
Feldzug sich einen Knack weggeholt hat. (Sehr wahr! bei den  
Sozialdemokraten.) Der „Sozial-Anzeiger“ berichtete vor einiger Zeit  
über einen Fall, wo ein alter Kriegsteilnehmer auf der Straße buch-  
stäblich

#### vor Hunger zusammengebrochen

ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Veteranen-  
fürsorge“ berichtet über Fälle, in denen die Leute ein monatliches  
Einkommen von 10 und 20 M. haben. (Hört! hört!) Das  
ist beschämend für das Deutsche Reich. (Sehr richtig! bei den Sozial-  
demokraten.) Die „Würdigkeit“ des Veteranen soll ja nach dem  
neuen Entwurf nicht mehr geprüft werden; es ist unbegreiflich, daß  
eine solche Bestimmung überhaupt in das frühere Gesetz hinein-  
genommen konnte, denn bei der Einziehung zum Kriege hat man nach  
der Würdigkeit nicht gefragt. Nach dem neuen Entwurf soll ja die  
politische Gesinnung nicht mehr geprüft werden. Die Ver-  
sicherung hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Man wird in  
diesem Jubeljahr die alten Veteranen für ihre Tapferkeit feiern,  
aber nur in Worten. Die Rot der Veteranen aber befeitigt man  
nicht, denn auch der neue Entwurf gewährt nicht solche Hilfe, wie  
sie notwendig wäre zur Ehre des Deutschen Reiches. (Bravo! bei  
den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Kühn: Wir sind stets bemüht gewesen, eine  
Differenzierung der Veteranen nach der politischen Gesinnung aus-  
zuschalten. — Die Klagen wegen Nichtgewährung der Beihilfen  
erweisen sich bei näherer Prüfung meist als underschiedlich.

Abg. Kosmann (Z.): Man sollte die Veteranenbeihilfe auf  
180 Mark erhöhen. Auch sollten die Berücksichtigt werden, welche  
während des Krieges in der Heimat als Handwerker Dienst taten;  
auch sie haben Opfer gebracht.

Abg. Siebenbürger (L.): Auch ich meine, man sollte die Beihilfe  
auf 180 Mark erhöhen. Die Bedürftigkeit sollte stets ohne  
weiteres anerkannt werden, wenn das Einkommen unter 1000 Mark  
beträgt. Der Abg. Schöpflin brachte einen Fall vor, in dem der  
Ehrensold bei Auszahlung sofort gepfändet wurde.  
Das ist doch sehr bedauerlich; der Abg. Schöpflin hätte doch  
Schritte dagegen unternehmen sollen. Weiter verlangte der Abg.  
Schöpflin die Erhöhung der Beihilfe auf 300 M. Dabei bewilligen  
die Sozialdemokraten nicht einmal die Steuern, aus denen auch nur  
der Ehrensold von 120 M. bezahlt wird. Ihr Vorgehen ist also  
eine Farce, ein plumper Versuch des Stimmen-  
langes. (Präsident Kaempf erklärt diesen Ausdruck für un-  
passend.) Dann will ich einen passenderen Ausdruck wählen und  
lies Vorgehen der Sozialdemokraten für gemeinen Schwindel er-  
klären. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Frechheit! Präsident  
Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Der Redner klagt dann  
über die ungenügenden Bemühungen der alten Offiziere, die an den  
Kriegen teilgenommen haben. (Präsident Kaempf ruft den Redner  
zur Sache, worauf dieser die Tribüne verläßt.)

#### Abg. Schöpflin (Sp.):

Herr Siebenbürger hat sich erlaubt, unser Eintreten für die  
Veteranen als Farce und gemeinen Schwindel zu bezeichnen. Wäher  
war es Sitte im Reichstag, die Motive der Parteien nicht zu ver-  
dächtigen. Alle Parteien haben sich eingesetzt, um die Regierung  
in dieser Angelegenheit schneller vorwärts zu treiben, und einer  
Partei gemeinen Schwindel hierbei vorzuwerfen ist ganz unglücklich.  
Aber der Angriff verliert dadurch jede politische Bedeutung, daß er  
von einem Herrn wie Herr Siebenbürger ausgeht. (Sehr  
richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Der Ausdruck ist vom Präsidenten bereits  
gerügt; ich bitte also, nicht weiter darauf einzugehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kupp (Wirtsch. Vgg.),  
Pauls-Cothen (Z.) und Werner-Hersfeld (Antisemit) wird der  
Titel bewilligt.

Beim Titel Prägekosten wünscht  
Abg. Dr. Arendt (Sp.) stärkere Ausprägung der Jubiläumss-  
denkmäler.

Abg. Dertel (L.): Ich teile mich in der Vaterlichkeit des 25-Pfennig-  
stücks mit dem Abg. Arendt. Das ist zwar physiologisch nicht  
möglich (Heiterkeit), wohl aber politisch. Als ich das 25-Pfennigstück  
erblickte, mußte ich mir sagen: so habe ich mir das Kind allerdings  
nicht gedacht. (Heiterkeit.) Es wäre viel beliebter, wenn es an-  
ständiger geprägt wäre. (Sehr richtig!)

Reichsfinanzsekretär Kühn: Die Unbeliebtheit der 25-Pfennigstücke  
hängt wohl weniger mit ihrer Form zusammen. (Lebhafte Wider-  
spruch.) Ihre frühere Art der Verwendung hat sich überlebt. Die  
Zwanzigmarsstücke scheinen dagegen an Beliebtheit zuzunehmen.

Abg. Dr. Dertel (L.): Darüber sind die Meinungen sehr geteilt.  
Auf jeden Fall dürfte jeder zwei Dreimarsstücke einem  
Zwanzigmarsstück vorziehen. (Große Heiterkeit.)  
Der Titel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Verwaltung der Zölle.  
Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) tritt für Wünsche der Zoll-  
aufseher ein.

Das Kapitel wird bewilligt mit Ausnahme einer Of-  
fizienzulage für den Stationskontrollleur in  
Pöfen.

Der Rest des Etats wird genehmigt; ebenso debattelos der  
Etat der Reichsschuld.

Es folgt der

#### Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.

Die Kommission beantragt hierzu eine Resolution, die Unter-  
drückung der sogenannten wilden Buchmacher eventuell durch  
Einführung einer Konzeptionspflicht verlangt, um der Hinter-  
ziehung der Totalisatorsteuer vorzubeugen.

#### Abg. Stolle (Sp.):

Die Einnahmen aus den Zöllen betragen diesmal 4 Millionen  
mehr als im Vorjahre. Die Haupteinnahme wird aus Getreide-  
zöllen erzielt. Graf Kanitz wies auf den niedrigen Getreidepreis  
in diesem Jahre hin. Er wird aber nicht behaupten, daß das vorige  
Jahr eine normale Bitterung hatte. Bis 1912 sind die Getreide-  
preise jedenfalls sehr hoch gewesen. Dabei verteuert man durch  
das Einfuhrzollsystem dem Werke die Preise noch mehr.  
Durch dies System leiden auch die Müller; das Ausland wird  
mit billigem Getreide versorgt, während im Inland Getreide ge-  
braucht wird. Den Nutzen haben davon die wenigen Groß-  
grundbesitzer, die Getreide exportieren. Auch von den Getreide-  
zöllen hat die große Zahl der kleinen Bauern, 76 Proz. der gesamten  
Landwirtschaft, keinen Nutzen, weil sie ihr Getreide nicht verkaufen,  
sondern selbst verbrauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)  
Wir müssen alles tun, um dies System der Schutzzölle  
und der Einfuhrzölle zu Fall zu bringen zum  
Segen des arbeitenden Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich habe gestern nicht von den früheren  
Getreidepreisen, sondern nur von den augenblicklichen gesprochen,  
die sehr niedrig sind. Das hat der Herr Abg. Stolle selbst  
ausgesprochen. Redner verteidigt weiter das System der Einfuhr-  
zölle. Darin hat ja Herr Stolle recht, daß die kleinen Bauern  
kein Getreide verkaufen können, aber wir müssen auch die vielen  
mittleren Bauern schützen. Das ist im allgemeinen Interesse not-  
wendig. (Bravo! rechts.)

Abg. Hegter (Sp.): Daß das Einfuhrzollsystem seinen Zweck  
nicht erfüllt, haben wir in früheren Diskussionen eingehend betonen,  
und wir haben ja auch einige Beschränkungen dieses Systems er-  
reicht; aber die Einfuhrzölle müssen noch weiter beschränkt  
werden. Die Behauptung des Grafen Kanitz, daß an den Zöllen  
der kleine Grundbesitzer ebenso interessiert ist, wie der große, ist  
ganz unhaltbar. Der kleine Grundbesitzer ist vielmehr vor allem an  
der Aufhebung der Futtermittelzölle interessiert; ihr  
Fallen liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, die  
dann billigeres Fleisch erhalten würde. — Aus der Geschichte soll  
man lernen. Aber Graf Kanitz und seine Partei haben nichts  
aus der Geschichte gelernt. Leistet man vernünftigen Reformen der  
wirtschaftlichen Gesetzgebung dauernd Widerstand, so werden wir  
eine Zeit erleben, in der schließlich die Zölle mit einem ein-  
zigem Strich beseitigt werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernis (Sp.) tritt für den Säug der  
einheimischen Weine durch Weinzölle ein. Die deutschen Weinzölle  
werden langweiliger sein als die deutschen Getreidezölle.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich bedauere, daß der Vordrucker nicht  
schon 1891 im Reichstag war. Damals haben seine politischen  
Freunde gegen die Erhöhung der Weinzölle gestimmt. (Hört!  
rechts.) Wenn unsere Wirtschaftspolitik nicht im Interesse der  
Bauern läge, würde ich nicht hier an meinem Plage stehen, denn  
die große Mehrzahl meiner Wähler sind kleine Bauern. (Bravo!  
rechts.)

#### Abg. Stolle (Sp.):

Bei unserer dichten, industriellen Bevölkerung sind wir auf  
Zufuhr von Getreide aus dem Auslande angewiesen. Und hat  
unser Volk nicht das Recht, billiges Brot zu verlangen? Wenn  
Graf Kanitz betont, daß er von Bauern gewählt ist,  
so verweise ich ihn darauf, daß auch in Ost- und Westpreußen  
die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger auch auf dem  
Lande gewinnt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gohren (Sp.): 1891 haben nicht nur wir, sondern auch  
das Zentrum und sogar ein Teil der Rechten gegen die  
Erhöhung der Weinzölle gestimmt. (Hört! hört! links.)  
Inzwischen sind aber die Weinbauern gerade durch die Getreidezölle  
und die dadurch herbeigeführte Verteuerung ihrer Lebenshaltung in  
eine große Kollage geraten und bedürfen des Schutzes. Graf  
Kanitz hat sehr einseitige Zahlen angeführt, die nur für ganz  
minderwertigen Weizen gelten können. Anderer Weizen  
notiert in Königsberg mit 175 M. (Hört! hört! links.) Redner  
polemisiert weiter unter großem Lärm der Rechten gegen  
einzelne Behauptungen des Grafen Kanitz.

Abg. Hestermann (Bauernbund): Die durchschnittlichen Getreide-  
preise sind keineswegs so hoch gewesen. Die Einfuhr-  
zölle sind nötig, denn Deutschland produziert nicht so viel Ge-  
treide, wie wir brauchen; die deutsche Landwirtschaft kann es aber,  
wenn sie rentabel gestaltet wird. (Beifall rechts.) Wenn die  
kleinen Bauern dem Regent des Abg. Hegter folgten, so wären  
ihre Verträge. Gerade der kleine Grundbesitzer ist verschuldet und  
braucht daher den Zollschutz. (Zurufe bei der Volkspartei.) Ja,  
wohl, Herr Kollege Krömer, Sie haben mir ja neulich in der Eisen-  
bahn selbst gesagt, die Getreidezölle können wir nicht  
aufheben. (Große Heiterkeit rechts, Unruhe links.)

Abg. Hegter (Sp.) polemisiert unter großer Unruhe des Hauses  
gegen die Abgeordneten Graf Kanitz und Hestermann. Katolik  
können wir die Zölle jetzt nicht mit einem Strich abschaffen, aber  
fallen wird und muß dies nicht unvernünftige Wirtschafts-  
system. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Graf Kanitz (L.) bestreitet, daß seine Angaben über die  
Getreidepreise einseitig waren, und daß das Schutzsystem an der  
Verhaltung der Landwirtschaft schuld sei.

Abg. Krömer (Sp.): Ich habe dem Kollegen Hestermann im  
Eisenbahncoupé lediglich gesagt, vorläufig sind wir nicht  
für die Aufhebung der Getreidezölle, sondern würden  
uns mit der Aufhebung der Futtermittelzölle begnügen.  
Uebrigens ist nicht üblich, Privatgespräche in die Öffentlichkeit zu  
zerren und parlamentarisch zu verwerten. (Lebhafte Zustimmung  
links.) Hätten Sie sich alle und fahren Sie niemals mit dem  
Kollegen Hestermann in einem Coupé. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Hestermann (Bauernbund): Ich habe ganz loyal er-  
zählt (Widerspruch links), was mir Kollege Krömer erzählt hat.  
In meinem Wahlkreis hat ja die Volkspartei auch ein Flugblatt  
verbreitet mit der Forderung: Erhaltung der Getreide-  
zölle. (Hört! hört! rechts.)

Die Debatte schließt. Die Resolution der Kommission wird  
angenommen.

Fast einstimmig angenommen wird auch eine Resolution  
Baumann (Z.) auf Erhöhung der Weinzölle.  
Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt, ebenso das  
Etatgesetz.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission  
wird die Genehmigung zur Einleitung von Privatklagenverfahren  
gegen einige Abgeordnete verlag.

Der Antrag Vassermann (natl.) betreffs Ueberweisung der  
Wahlprüfungen an eine gerichtliche Behörde wird der verstärkten  
Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Rußland  
zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst wird  
in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. Ebenso  
der Entwurf einer Bekanntmachung über die Aenderung des  
Wahlreglements (Einführung von Wahlurnen).

Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Nächste Sitzung: Samstag 10 Uhr. (Veteranenbeihilfe; Schutz-  
truppengesetz; Abänderung der Besoldungsordnung; dritte Lesung  
des Etats.)

Schluß 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

175. Sitzung, Freitag, den 25. April 1913,  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Herr v. Schorlemer.  
Einige Rechnungssachen werden ohne Debatte erledigt.

Das Rubreinhaltungsgesetz, das eine Zwangs-  
genossenschaft zur Reinhaltung der Ruhr und ihrer Nebenflüsse schafft,  
wird nach kurzer Debatte in zweiter Lesung angenommen,  
ebenso eine Vorlage, die den bereits bestehenden Rubrtal-  
iperruberein in eine öffentliche Genossenschaft umwandelt,  
um ihm eine gesicherte rechtliche und finanzielle Grundlage zu  
geben.

Einstimmig angenommen wird ein von dem Abg. Dr. Bach-  
nide (Sp.) begründeter Antrag der Budgetkommission, die Staats-  
regierung um eine angemessene Erhöhung der Unterbringungsgelder  
und Besoldungen für die Diener des Abgeordneten-  
hauses zu ersuchen. Der Berichterstatter macht hierbei auf die  
überlangen Sitzungen des Abgeordnetenhauses aufmerk-  
sam, die die Arbeitskraft aller Beteiligten ungern in Anspruch  
nehmen.

Es folgen die Petitionen in Sachen der

#### Eingemeindung von Treptow nach Berlin.

Der Magistrat in Neulöbn wendet sich gegen diese Eingemeindung.  
(Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung.)  
Der Bürgerverein in Treptow ist für die Eingemeindung. (Soll  
durch den Antrag zur ersten Petition als erledigt gelten.)

#### Abg. Hirsch-Berlin (Sp.):

begündet den Antrag, über die Neulöbner Petition zur Tages-  
ordnung überzugeben, einmal damit, daß die Verhandlungen  
zwischen Treptow und Berlin noch gar nicht abgeschlossen sind.  
Man will durch ein Votum des Landtages den Widerstand der Re-  
gierung gegen Eingemeindungen stärken. Bevor die Gesetzgebung  
spricht, müssen erst die anderen Instanzen, vor allem die be-  
teiligten Gemeinden sprechen. Die Petition könnte fast als be-  
stimmte Arbeit erscheinen. Aus der Petition klingt die  
Furcht heraus, Neulöbn könnte durch irgendwelche Maßnahmen  
Berlins später einmal auch zur Eingemeindung ge-  
zwungen werden. Diese Furcht ist ganz unbegründet. Wir  
wissen ja gar nicht, ob Berlin überhaupt Neulöbn haben möchte.  
Und es kann doch keine Gemeinde gegen ihren Willen eingemeindet  
werden. Wenn einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ein-  
gemeindung notwendig machen, wird sich ihr auch Neulöbn nicht  
widersehen können. Nach unserer Meinung kann das Problem Groß-  
Berlin einzig und allein durch eine Eingemeindung großer  
Stills gelöst werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)  
Die Widerstände dagegen sind ausschließlich auf politischem Ge-  
biete zu suchen. Man fürchtet, daß die Sozialdemokratie  
in der Verwaltung eines solchen Groß-Berlin einen zu großen Ein-  
fluß bekommen würde, deshalb verhindert man die Eingemeindung.  
— Wir haben beim Zweiverbandsgesetz Anträge gestellt, um auch  
das Volksschul-, das Steuerwesen, die Sozialpolitik  
und andere Fragen in die Zweiverbandsaufgaben einzubeziehen.  
Das haben Sie abgelehnt, aber selbst Sie sehen jetzt ein, daß  
unser Anträge den richtigen Weg wiesen. Man hat in der  
Kommission eine Erweiterung der Aufgaben des Zweiverbandes  
verlangt und die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge von  
damals damit begründet, daß man den neuen Verband nicht vor-  
zeitig mit allzuviel Aufgaben überlasten sollte. (Hört! hört! bei  
den Sozialdemokraten.) Und noch konsequenter hat der Regierungs-  
kommissar sich für die Erweiterung der Aufgaben des Zweiverbandes  
ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das Abgeordnetenhaus lediglich der Willensüberein-  
stimmung der zunächst Beteiligten folgen will, so darf es doch auch  
nicht dieser Willensübereinstimmung sich entgegenstellen, und wenn es  
nach dem Berichterstatter v. Brandenstein die höheren allgemeinen  
Gesichtspunkte gelten lassen will, dann darf es mindestens einer Ein-  
gemeindung von Treptow in Berlin keinerlei Schwierigkeiten in den  
Weg legen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Dr. Gönge lehnt die Eingemeindung Treptows nach  
Berlin namens der Regierung ab.

Abg. Cassel (Sp.) tritt für die Eingemeindung ein, die im  
Interesse von Treptow und Berlin liegt und wendet sich unter dem  
Namen der Rechten wiederholt gegen die Voreingenommenheit  
der Mehrheit zum Schaden Berlins.

Abg. Dr. v. Kries (L.) bestreitet diese Voreingenommenheit und  
macht Berlin einen Vorwurf daraus, daß es nur Freisinnige  
zu unbesoldeten Stadträten nehme.

Abg. Lübbe (L.): Daß wir nicht voreingenommen sind gegen  
Berlin, haben wir bei der Elektrifizierung der Stadtbahn gezeigt.  
Treptow wäre viel leichter nach Neulöbn eingemeindet. Seine  
Eingemeindung nach Berlin lehnen wir ab.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) beantragt, die Petition nur als  
Material zu überweisen.

Abg. Reinhard (Z.) protestiert dagegen, daß seine Partei gegen  
Berlin voreingenommen sei. (Zustimmung im Zentrum.)

Der Kommissionsantrag wird wegen der Länge angenom-  
men. Es folgt die Beratung über die

#### Petition des Schutzverbandes gegen die Bäckerei- verordnung

um Verlängerung der Dispense von der Verordnung auf die Stand-  
dauer der Häuser. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur  
Berücksichtigung.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.) befragt vor der Kommission den Antrag.  
Abg. Krause-Waldenburg (L.): Die Bäckereiverordnung ist nützlich,  
sie soll aber nicht zur Vermögenskonfiskation führen!

#### Abg. Ströbel (Sp.):

Herr Kaufmann hat ausgeführt, daß die Verordnung durch-  
geführt, aber milde gehandhabt werden soll. Das ge-  
schieht ja sowieso! (Widerspruch.) Man will die Ver-  
ordnung einfach für alle Bäckereien in den älteren  
Häusern außer Kraft setzen. (Widerspruch), aber das ist  
doch der Inhalt der Petition! Um dem zu wider-  
sprechen, muß man schon eine Zentrumslogik haben! (Sehr  
gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem jetzigen Verfahren wird  
keineswegs rigoros vorgegangen, und die Kommissionverhandlungen  
haben die Beschwerden hierüber als Schwindel erwiesen. (Waden  
im Zentrum.) Sie zwingen mich also, die ungenügenden Ueber-  
treibungen der Petition zu beweisen! Der Kommissionsberichterstatter  
erklärte, daß, wenn die 2000 Berliner Bäckereien geschlossen würden,  
die den Anforderungen nicht entsprächen, ein Schaden von  
100 Millionen Mark eintreten würde. Das ist eine  
geradezu abenteuerliche Rechnung, denn es wird  
ja nur eine Modernisierung der Einrichtung der Bäckerei  
bezogen. Ein Umzug verlangt. Das sind übrigens alte Schwindel-  
rechnungen, schon 1911 hat die Reichstagsabgeordnete Schefke  
angeführt. Die Regierung hat aber in der Kommission festgehalten,  
daß nur 667 Bäckereien, nicht 2000, in Betracht kommen, denen aber  
auf Jahre hinaus ein Dispens gewährt ist, und nach Ablauf dieser  
Zeit soll geprüft werden, ob die behördlichen Forderungen so weit  
erfüllt sind, daß der Dispens verlängert werden kann. Kann man  
da noch mehr verlangen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)  
Niemand kann Dispensverweigerung geltend machen, man behauptet  
nur, daß die Hausbesitzer beunruhigt werden und dadurch  
Schaden gestiftet würde. Würde die Petition angenommen  
werden, so würde den Bäckereimeistern der Dispens aber-  
haupt nicht mehr gewährt werden können, oder sie würden ihn  
erhalten auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter und  
der Konsumenten. Von der Regierung sind die Beschränkungen  
über die Wertverminderung der Häuser durch die Bäckereiverordnung  
als mächtig übertrieben erklärt worden! Die Bäckereimeister sollen  
auch sonst sehr belastet sein, nun, es besteht im Bäckergewerbe noch  
eine Arbeitszeit von 62 Stunden in der Woche. (Hört!  
Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Verbot des Warenstragens  
durch die Kinder war höchst zeitgemäß. Und das soll  
zu viel sein? Der Dispens wird immer gewährt, aber  
man konnte in der Kommission selbst nur ganze 50 Fälle  
sorgfältig aus ganz Berlin herausfinden, wogegen aber  
nur 19 Fälle schließlich übrig blieben, mit denen man die Petition  
begründen will. Nur in zwei Fällen hat man erklärt, daß nach Ab-  
lauf der Dispens ein weiterer Dispens nicht mehr erteilt werden

Könne. Die Regierung hat in der Kommission nachgewiesen, daß in diesen beiden Fällen das Verbot längst schon hätte erfolgen müssen. Sogar einen Vätermeister führt man zugunsten der Petition an, der von ihr gar nichts wollte! Das ist Ihr berühmtes Material! Das Interesse einer kleinen Handvoll Vätermeister ist für Sie ausschlaggebend, aber auf Leben und Gesundheit der Arbeiter kommt es Ihnen nicht an. Die Petenten erklären, daß die Vätermeister doch

**Haarhaltende Elemente**

seien, auf die deshalb doppelt Rücksicht genommen werden müsse. Nun, die Arbeiter, ob Sozialdemokraten oder nicht, können die Durchführung der ohnedies lächerlichen Arbeitergesetzbestimmungen verlangen. Herr Sieberis, der jetzt lächelt, hat einmal fast genau so gesprochen, wie ich jetzt und hat auch erklärt, daß das Verlangen dieser Petition weit mehr in dem Interesse der Hauseigenen als in dem der Vätermeister selbst liege. Heute aber unterstützt das Zentrum den Kommissionsantrag. Auch die Regierung erklärt, daß die Hauseigenen allein hinter der Petition stehen. Herr Rudgan hat 12 Vätermeister befragt und gut gefunden, soll das ein Beweis sein gegen die generelle Untersuchung, während die Regierung in der Kommission (Haar) das Ergebnis mitgeteilt hat? Sie hat die Gesundheitsgefährlichkeit der niedrigen, schlecht gelüfteten, mit dem Fenster im Strahmiveau liegenden, dunkleren und daher mit ungezügelter überfüllten Väterereien anerkannt, die mitunter sogar als Entlüftungsschächte für Klosetts dienen müssen. (Pö! hört!) Sie hat den Staub und Schmutz, die Ruffigkeit der Reklamieren hervorgehoben, die bei vorher angemeldeten Revisionen festgestellte wurden. Sie mag es da im gewöhnlichen Gang der Dinge ausüben. Es verlangt ja niemand ein rigoroses Vorgehen der Regierung bei der Dispenserteilung und Verweisung. Es ist nachgewiesen, daß über ein solches Vorgehen nicht zu klagen ist. Um so mehr wäre es ein Beweis fanatischer Arbeiterfeindschaft, wenn Sie dem Kommissionsantrag folgen und die Petition zur Berücksichtigung überweisen wollten! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (L.) erklärt die Rede des Vorredners als bloß aus dem Hass der Sozialdemokratie gegen den Mittelstand und die Hausbesitzer hervorgegangen. Die Konsumvereinsbäderereien ruinierten ja auch zahllose selbständige Existenzen. Schmutzereien sind Ausnahmen und kommen auch in Konsumvereinsbäderereien vor, so nach gerichtlicher Feststellung in Magdeburg. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Die Gegnerschaft der Sozialdemokraten beweist, daß die bürgerlichen Parteien auf dem richtigen Weg sind. Die Sozialdemokratie ist mittelstandsfreundlich.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.) spricht im Sinne des Kommissionsantrags.

Abg. Dr. Wugdan (Op.): Es handelt sich ja nur um einige bauliche Bestimmungen und um die Einschränkung der Willkür der Aufsichtsbehörde. In allen Versammlungen wird mir dieses Klosettrohr entgegengeschleudert, es hat schon eine historische Bekanntheit erlangt, ist aber doch nur ein Einzelfall.

Die Debatte wird geschlossen.  
Abg. Ströbel (Soz.): Alle Redner haben auf uns losgehaut und jetzt schreiden Sie uns die Antwort ab. Damit kennzeichnen Sie Ihr Vorgehen als Versuch eines elenden Wahlzuzugs. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kommissionsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine Vätervereinsvereinigung in Platon (Westpr.) ersucht um Dezentralisation staatlicher Druckaufträge. Das wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiegen, nachdem außer einigen bürgerlichen Rednern Abg. Girsch-Verein (Soz.) darauf hingewiesen hatte, daß zwar die Verdrängung kleiner Druckereien an sich wünschenswert sei, aber bei Massenauflagen in erster Linie mit den Steuergebern wirtschaftlich verfahren werden müsse. Hauptfrage sei, daß stets nur tarifreue Druckereien bedacht werden, und daß

die ganze Sache nicht als Mittelstandsretterei betrachtet werde, wie das von den bürgerlichen Vorrednern gesehen sei.  
Sonntags 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Anträge, darunter Antrag Stroffer: Garten des Abgeordnetenhauses.  
Schluß 5 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Wieder ein beanstandetes Reichstagsmandat.**

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Rea im Wahlkreis 24 auszusprechen und über die behaupteten Unregelmäßigkeiten Beweis zu erheben. Die Wahl dieses Abgeordneten ist vorzugsweise durch Spendung von Schnaps zustande gekommen, und Liberale und Konservative, die beide Protest und Gegenprotest eingereicht haben, streiten sich nun darum, wer den Wählern den meisten Schnaps gespendet hat.

**Aus Industrie und Handel.**

**Die vertrauteste Wissenschaft.**

Bei der zweiten Lesung der Regierungsvorlage betreffend Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen im Preussischen Abgeordnetenhaus am 19. d. Mts. machte der Abgeordnete v. Pappenheim hinsichtlich der von der Kommission gehörten Sachverständigen nach dem stenographischen Bericht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Von der Nennung der Namen (der Sachverständigen) sehe ich namentlich deshalb ab, weil bei der Vernehmung dieser Sachverständigen eine auffallende Erscheinung insofern zutage trat, als die Autoritäten, die wir auf elektrischem Gebiete um ihre Meinungen und fachverständigen Urteile baten, fast jedesmal den Wunsch äußerten, diese ihre Stellungnahme nicht in der Öffentlichkeit zu betonen oder sie selbst dabei zu nennen, weil sie bei dem mächtigen Konzern, der hinter dieser Regierungsvorlage unabweisbar stand, für ihr weiteres Fortkommen in ihrer Wissenschaft und in ihrem Gewerbe Schaden zu erdulden hätten.

In der elektrotechnischen Industrie ist es also bereits so weit gekommen, daß außerhalb der großen Konzerne stehende Sachverständige persönliche Nachteile befürchten, wenn sie eine von den geschäftlichen Interessen der Elektrozugwerke abweichende Meinung öffentlich äußern.

**Wagenmangel und Bergarbeiter.** In dem Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund ist eine ausführliche Abhandlung über den Wagenmangel im Ruhrrevier, seine Gründe und Folgen sowie über die Möglichkeit der Abstellung des Mangels enthalten. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen, die sich auf die Verluste beziehen, welche die Bergarbeiter durch den Wagenmangel erlitten haben. Danach mußten an Kohle, Koks und Breitlois vom 1. September bis 31. Dezember 1912 1,22 Millionen Tonnen gelagert werden. Infolgedessen mußten 233 800 Arbeiter je eine volle achtstündige Schicht feiern, 174 294 Arbeiter mußten vorgeeilt ausfahren, was einen Stundenanfall von rund 2 Millionen Stunden bedeutete. Der rechnermäßige Gesamtanfall an vollen Schichten wegen des Wagenmangels betrug 484 950 Schichten und der Lohnverlust der Bergleute unter Zugrundelegung einer Lohnsumme von 5,10 M. für eine Schicht 2,47 Millionen Mark. Wie in dem Bericht weiter ausgeführt wird, beschränkt sich der gesamte Lohnausfall der Bergleute nicht nur auf die Folgen der vollen Feiertage und der vorgeeilten Ausfahrt, sondern er ist wegen der noch weit bedeutameren, häufig stundenlangen Untätigkeit in der Grube erheblich größer.

Keine und Hüttenzechen. Nach den Mitteilungen des Dortmunder Bergbauvereins konnten im vergangenen Jahre auch die reinen Zechen aus der Besserung der wirtschaftlichen Lage Nutzen ziehen. Die Förderung des Kohlenindexbills verteilte sich in den Jahren 1911 und 1912 auf die beiden Zechengruppen wie folgt:

Förderung	1911	1912	Zunahme in Proz.
	in Millionen Tonnen	in Millionen Tonnen	
Reine Zechen	59,95	65,58	9,82
Hüttenzechen	27,14	28,76	5,97
Kohlenindexbill	87,09	94,29	8,27

Danach war die absolute und prozentuale Steigerung der Förderung bei den reinen Zechen größer als bei den Hüttenzechen. Die durch ökonomische und betriebstechnische Momente sowie durch die Syndikatsabmachungen begründete Sonderstellung der Hüttenzechen wird dadurch natürlich nicht erschüttert.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sprechstunde —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskündigung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

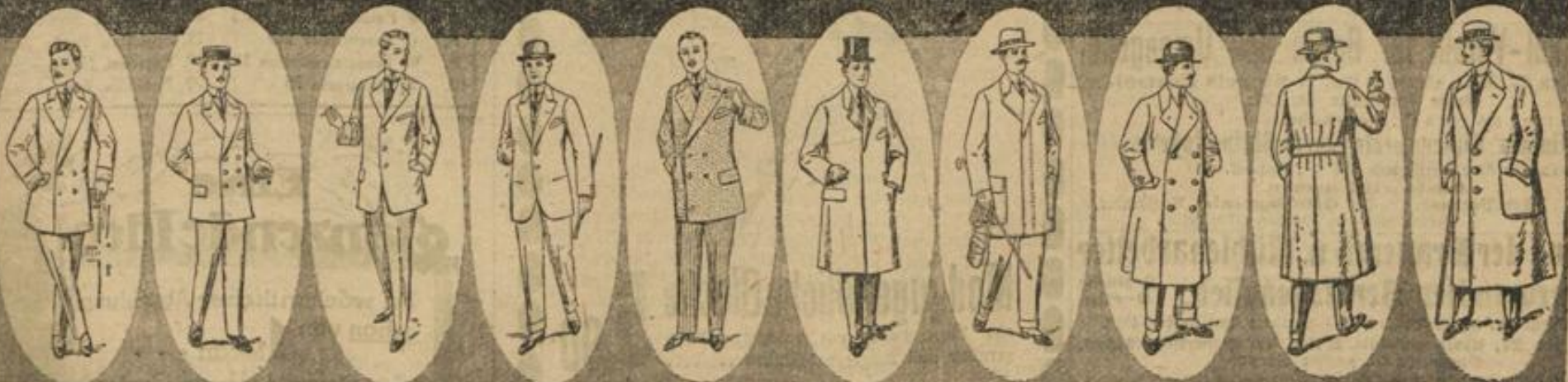
**N. S. 16.** In solchen Fällen besteht ein Anspruch auf Alimentenzahlung nicht. Der Alimentationsanspruch ist jedoch beweispflichtig. — **S. N. 69.** Nein, Sie können Schadenersatz beantragen. — **S. N. 4. 1. Ja. 2. Nein.** — **S. 100.** Nein, insofern nicht im Staat etwas anderes bestimmt ist. — **Kopenhagener Strafe.** Die Eintragung war zulässig. Es kommt in solchen Fällen das mutmaßliche Einkommen des jetzt laufenden Steuerjahres zur Veranlagung. Für die zwölf Wochen können Sie noch nachträglich Steuererlass beantragen. — **S. 29. 613.** Nach niemals.

**Parteilose Richter.** Werden Sie sich an das Anatomische Institut zu Berlin, Lindenstraße 56, — 3061. B. Vor Ablauf von 3 Monaten muß die Klage beim Schöffengericht eingereicht sein. Sofern beide Parteien im selben Gemeindebezirk wohnen, muß der Klage ein Verfahren vor dem Schiedsmann vorausgehen. — **S. N. 33.** Der Unterhaltungsanspruch bleibt bestehen. Es ist aber ratsam, sich vor Stattfinden des Umzugs mit der Berliner Armenverwaltung in Verbindung zu setzen. — **Blankow 4. 1.** Es muß schriftliche Vollmacht eingereicht werden. Die Unterchrift braucht nicht bezeugt zu sein. 2. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. 3. An das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erblasser verstorben ist. 4. In solchen Fällen ist von dem zuständigen Pfarrer ein Totenschein einzuholen.

**S. N. 100.** Eine Schadenersatzklage gegen die Stadtgemeinde Berlin erscheint aussichtslos. Dagegen verpricht eine Klage gegen die Große Berliner Straßenbahn eher Aussicht auf Erfolg. Es erscheint ratsam, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen. — **S. N. 1888.** 1 bis 4. Die Dreifache in einem derartigen Geschäft ist zwar keine kaufmännische Angelegenheit, wie Sie annehmen, jedoch nach überwiegender Rechtsprechung eine Angelegenheit im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung. Für diese kommt die Vorschrift über Beschränkung der Arbeitszeit aus § 137 der Gewerbeordnung nicht in Frage. Dies selbst dann nicht, wenn in dem Betrieb in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt sind. Eine Erlassung erscheint daher aussichtslos. 5. Sie sind wahlberechtigt. Haben die Wählerlisten in Ihrem Ort bereits ausgelegt und haben Sie für den Fall der Wahlteilnahme Einspruch in der Auslegungstzeit nicht erhoben, so läßt sich jetzt nichts mehr tun.

**S. N. 39.** a) Geldstrafe, für den Fall der Untereitbarkeit entsprechende Haftstrafe. b) Wenn eine Verfürgung der Steuer festgefunden hat, mit dem 4-10fachen Betrage der Verfürgung, andernfalls mit dem 4-10fachen Betrage der Jahressteuer, um welchen die Steuer gekürzt werden sollte. Die Mindeststrafe ist 100 M. Ist die unrichtige oder unvollständige Angabe zwar willkürlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung erfolgt, Geldstrafe von 20-100 M. — **Wagner.** 1. Bei Unterhaltungsansprüchen ist die Grenze von 125 M. nicht gegeben. Es kann auch der darunterliegende Betrag gepfändet werden. Außerdem sind die Erpansions- und sonstigen Rechte unentbehrlichen Sachen beschlagnahmefähig. 2, 3 und 4. Derartige Rechte stehen Ihnen ohne Zustimmung des Vormundes und der Stimmgeber nicht zu. 5. Für den Fall, daß Sie der gesetzlichen Unterhaltspflicht nicht genügen, können ungünstige Folgen entstehen. 6. Nein.

**Deutsche Englische & Amerikanische Herren-Moden 1913**



- |   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| <p><b>Jackett-Anzüge, 1reihig</b></p> <p>Nr. 502. Gemustertes Buckskin, fein gestreift und kariert. 18 M.</p> <p>Nr. 504. Fein gestreifter kammgarnartiger Stoff mit hellen Effekten. 24 M.</p> <p>Nr. 506. Mittelgrau, braun und oliv Cheviot mit farbigen Effekten. 30 M.</p> <p>Nr. 508. Spezial-Marke B S Cheviot in 16 verschiedenen Farbestellungen. 36 M.</p> <p>Nr. 510. „Echt englische Cheviots“ in den schönsten Mustern. Direkter Import. 50 M.</p> <p>Nr. 512. Marengo oder buntfarbige Cheviots. „Echt engl.“ prima Verarb. 70 M.</p> | <p><b>Jackett-Anzüge, 2reihig</b></p> <p>Nr. 3. Haltbarer Buckskin in gestreift, und karierten Mustern. 21 M.</p> <p>Nr. 5. Dunkle Kammgarnart in vielen Mustern, sehr haltbar. 27 M.</p> <p>Nr. 7. Spez.-Marke B S sehr fein gemust. Chev. in 16 verschied. Farbestellungen. 36 M.</p> <p>Nr. 8. Braun, grau oder grünlicher Cheviot, sehr elegante Aussehen. 40 M.</p> <p>Nr. 10. Marengo-Cheviot, eleg. streifige Hooe, hochmodern. 50 M.</p> <p>Nr. 11. Aachener u. Kottbuser Kammgarne u. Cheviots in vornehm. Ausföhr. 60 M.</p> | <p><b>Frühjahrs-Paletots</b></p> <p>Nr. 558. Dunkel- und mittelgrau gewirte Stoffe. 18 M.</p> <p>Nr. 560. Fein gemusterte Cheviots, gutes Sergefutler. 24 M.</p> <p>Nr. 562. Melton-Cheviot in dunkel- und mittelgrau, sehr elegant. 30 M.</p> <p>Nr. 563. Covercoats in den neuesten Farben, auf gutem Sergefutler gestr. 36 M.</p> <p>Nr. 566. Covercoats in den neuesten Sportfarben, ganz apart verarbeitet. 50 M.</p> <p>Nr. 568. Marengo od. schwarzer Melton-Cheviot, auf Atlas gearbeitet. 70 M.</p> | <p><b>Frühjahrs-Ulster</b></p> <p>Nr. 546. Gestreifte Phantasiestoffe in den neuesten Farben. 21 M.</p> <p>Nr. 549. Gestreifte und karierte Cheviots mit farbiger Rückseite, sehr schick. 30 M.</p> <p>Nr. 550. Hell und dunkel Diagonal-Cheviots, ganz besond. empfehlenswert. 36 M.</p> <p>Nr. 553. Echt englischer Cheviot, das Neueste in Mustern und Verarbeitung. 50 M.</p> <p>Nr. 555. Grau, oliv und bräunlicher Cheviot, vornehme Ausstattung. 70 M.</p> <p>Nr. 556. In Stoffe u. Ausführung dem vorwühlestes Geschmack entspr. 80 M.</p> |
|---|--|--|--|

Jünglings-Anzüge, -Ulster u. -Paletots in den oben abgebildeten Formen entsprechend billiger

**Kleiderwerke BaerSohn**

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 **BERLIN** 11 Brückenstraße 11  
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 **Schöneberg, Hauptstr. 10**

Bestellungen von außerhalb werden prompt ausgeführt. Handliche Maß-Anleitungen kostenlos. Von 20 M. an franko.

Sonntag von 12 bis 2 geöffnet Der Hauptkatalog kostenlos u. portofrei

# Wiec przedwyborczy

w **Schönebergu**

odbedzie się w niedzielę, dnia 27-go kwietnia 1913, po południu o godz. 2 1/2 w lokalu Vereinshaus, Hauptstraße 5.

Porządek dzienny:

1. Położenie ludu robotczego a sejm pruski. Referent: tow. F. Podemski.
  2. Wolna dyskusja.
- Ponieważ bardzo rzadko nadarza nam się sposobność, aby móc publicznie po polsku mówić, przeto jest obowiązkiem każdego polaka przybyć na ten wiec. **Zwołujący.**

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit) (früher „E. H. 3 in Hamburg“) in Hamburg.

### Mitglieder-Versammlungen

der örtlichen Verwaltungsstellen:

- Berlin A:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Wählisch, Elsther Str. 22.
- Berlin B:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
- Berlin C:** Am Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, bei Hädel, Bergmannstr. 5-7.
- Berlin D:** Am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, in der Pakenhofer-Brauerei, Lurauer 25/26.
- Berlin E:** Am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Hädel, Köllener Str. 23.
- Berlin F:** Am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von P. Obigo, Schwedter Straße 23/24.
- Berlin G:** Am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, in Manns Fortuna-Sälen, Strussberger Straße 3.
- Berlin H:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 10 Uhr, bei Reichardt, Spriether Straße 58.
- Berlin J:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 10 Uhr, im Restaurant G. Greise, Komintener Straße 2.
- Berlin-Baumschulweg:** Am Sonntag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Erde, Baumschulweg, Ecke der Ernststraße.
- Berlin-Brick:** Am Sonntag, den 26. April, abends 8 Uhr, bei Hülz, Werderstraße, Ecke der Kunginsstraße.
- Berlin-Lichtenberg:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 9 Uhr, bei Biedenhagen, Schrammstraße 60.
- Berlin-Schöneberg:** Am Sonntag, den 27. April, vorm. 10 1/2 Uhr, bei G. Gbrecht, Reiningen Straße 8, im Tunnel.
- Charlottenburg:** Am Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Kollnicher Str.
- Neukölln:** Am Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, im Lokal von H. Schmidt, Reuterstr. 21.

Tagesordnung:

1. Rapport über den 4. Quartal 1912 und vom 1. Quartal 1913.
  2. Wahl der Ortsverwaltung und der Beitragskommission.
  3. Verschiedene Anwesenheitsangelegenheiten.
- Kuhschem in Berlin G Vortrag des Herrn G. Dorner über: „Wohnungsreform“. In den Verwaltungen Berlin-Baumschulweg, Berlin-Brick, Berlin-Schöneberg und Charlottenburg fällt bei Punkt 2 der Tagesordnung die Wahl der Beitragskommission fort.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersuchen wir. Die Ortsverwaltungen.

## Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

### Mitglieder-Versammlungen

- am Sonntag, den 27. April 1913, vorm. 10 Uhr:
- Berlin A:** Gewerkschaftshaus, Saal 10.
- B:** Restaurant Ehlert, Köllener Straße 19.
- C:** Bartsch, Alte Jakobstr. 18-19.
- D:** Hummel, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Abrechnung vom Jahre 1912 und 1. Quartal 1913.
3. Unsere Generalversammlung am 13. Mai.
4. Wahl der Delegierten.
5. Verschiedenes.

## Medizinal-Verein für Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 27. April, abends 8 Uhr, in Siegels Festsälen, Große Frankfurter Str. 30.

1. Vortrag des Herrn Dr. Sontheim über: „Einiges Wissenswerte über Blutverluste“.
  2. Mitteilungen über Zweck und Ziele des Vereins.
- Gäste willkommen.
- Der Vorstand. A. H. Otto Kacala, Vorsitzender, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 15.

## Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Sonntag, den 27. April, nachmitt. 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

### General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Rapport über den 1. Quartal 1913.
  2. Beschlußfassung über die Neuordnung der Entschädigung für Jubiläumskassenhaber und Vertrauensmänner.
  3. Verhandlungsangelegenheiten.
- Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert zum Eintritt ohne Buch oder Karte kein Zutritt.
- Das Erscheinen aller Mitglieder ist angesichts der wichtigen Tagesordnung unbedingt erforderlich.
- Die Ortsverwaltung.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für Neukölln.

Einladung

zu der am Montag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, und am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in den Pagenhof-Sälen in Neukölln, Bergstr. 151, stattfindenden

### Anherordentl. General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die neuen Kassensatzungen nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.
  2. Beschlußfassung über die Dienstreue der Kassensatzungen.
- Zur Beachtung! Die den Delegierten zugehende Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste voranzulegen. Wohnungsvorüberungen sind der Kasse sofort mitzuteilen. Delegierte, welche die Wahlbarkeit verloren haben, sind aus der Generalversammlung ausgeschlossen.
- Wir weisen besonders darauf hin, daß die Generalversammlung am 6. Mai als Fortsetzung der Generalversammlung vom 5. Mai zu betrachten ist, da der Umfang der Beratungsgegenstände eine Fortsetzung erforderlich macht.
- Neukölln, den 25. April 1913.
- Der Kassenvorstand.  
Fiedler, Vorsitzender, Zaleski, Schriftführer.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

## Öffentliche politische Versammlungen.

Achtung!

# Polen.

Achtung!

Wähler des 5., 6. und 7. Landtags-Wahlkreises.

## Große polnische Volksversammlung

am Sonntag, den 27. April, nachm. 2 Uhr, in der „Konfordia“, Andreasstraße 64

Tagesordnung:

1. Die Landtagswahlen und das polnische Volk.
- Referent: Redakteur Teofil Blott, Kattowitz.

2. Freie Diskussion.

213/11\*

Das Agitationskomitee

P. P. Z. der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Berlins.

Der Leiter: Albin Czelak, Gerichtstraße 26.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.

Telefon: Amt Norden 1267. Amt Norden 185. Von Norden 1209, 9714.

Montag, den 28. April 1913, abends 8 Uhr:

## Branchen-Versammlung

der Werkzeugmacher, Einrichter, Zigarettenmaschinenführer, Scharfschleifer, sowie sämtl. in d. Buchdruckereimaschinen-Fabr. beschäft. Kollegen in den Arminköthen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Julius Hofes: „Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang.“
2. Neu- und Ergänzung der Agitationskommission.
3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichsten Besuch.

Die Ortsverwaltung.

# Reklame Angebot



Mod. jugendliche Glocke 5.90

aus Picotgeflecht mit reicher Aehren-garnitur und Bulgarenabschluss .....

# Jandorf

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse  
Grosse Frankfurterstrasse  
Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Die richtige Quelle für HÜTE u. MÜTZEN

Stelle Hüte v. 2.00 M. an  
Weiche Hüte v. 1.50 M. an

Hut-Arnold  
Berlin S. Dresdenerstr. 116

Wo? ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch Nidelswerder,  
an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

## Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe in Berlin.

Am Mittwoch, den 7. Mai 1913, abends 8 Uhr, findet die

ordentlichen General-Versammlung am 29. April 1913 in Wilkes Festsälen, Sebaldstraße 39, statt.

Tagesordnung:  
Punkt 4 der Tagesordnung der Gen.-Vers. vom 29. April 1913.  
5. Gottesmann, Vorsitzender.  
7. Keesle, Schriftführer.

## Orts-Krankenkasse der Latzierer.

Sonntag, den 4. Mai 1913

vormittags 10 Uhr: General-Versammlung im Restaurant „Andreas-Garten“, Andreasstr. 26.

Tagesordnung:  
1. Jahresbericht pro 1912.  
2. Bericht der Revisoren.  
3. Erhöhung der Beiträge.  
4. Befähigung der Lehrlinge zur Reichsversicherungsordnung.  
5. Verschiedene Anwesenheitsangelegenheiten.

Der Vorstand.  
Robert Zindler, Vorsitzender.

Neu eröffnet:  
Unter den Linden 5/6

Einheitspreis 12<sup>50</sup>  
für Damen u. Herren M.

Luxusausführung 16<sup>50</sup>  
für Damen und Herren M.

Fordern Sie Musterbuch V

MARKE-SALAMANDER

# Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

- |                             |                                   |
|-----------------------------|-----------------------------------|
| 1. W 8 Friedrichstrasse 182 | 11. W Martin-Luther-Strasse 2     |
| 2. W 8 Unter den Linden 5/6 | 12. NO Gr. Frankfurter Str. 102   |
| 3. SW Friedrichstrasse 221  | 13. S Oranienstrasse 42           |
| 4. SW Friedrichstrasse 204  | 14. NW Turmstrasse 9              |
| 5. N Friedrichstr. 118/19   | 15. Charl. Wilmersdorfer Str. 126 |
| 6. C Königstrasse 47        | 16. Steglitz, Schloss-Strasse 20  |
| 7. W Potsdamer Strasse 5    | 17. Friedenau, Rheinstrasse 1-3   |
| 8. C Rosenthaler Tor        | 18. Spandau, Breite Strasse 30    |
| 9. W Tauentzienstrasse 15   | 19. Potsdam, Neuen Strasse 24     |
| 10. N Badstrasse 20         | 20. Neukölln, Bergstrasse 4       |

Eine glänzende Idee

bei wöchentlicher Abzahlung schon von 1 Mk. an ...

sich elegante Herren-Garderobe fertig u. nach Maass beim Fachmann zu beschaffen.

Garantie für tadellosen Sitz!

Julius Fabian

1. Geschäft: Grosse Frankfurterstrasse 37. Neu eröffnet: Kottbuserstr. 14.

2. Geschäft: Turmstrasse 9. Nur 2 Etage direkt an der Quelle. Köln-Land.

## Großer Pflanzen-Verkauf.

Wegen Auflösung einer deutschen Baumschule: Rosen, Stacheln, Obstbäume, Beerensträucher, Bleichröhren, Radelhölzer, Baumstämme usw. — Gesunde Ware, jahrelang billig! Am Bahnhof Alexanderplatz, Gontardstraße, bis-a-bis Baumarktstrasse, Zentralmarkt.

## Monats-Garderobe

Von Kavaliere getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet, sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe wegen Umbau zu besonders billigen Preisen.

Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW

Wie Fürföргеgezöglinge „erzogen“ werden.

Das Burschenheim in Strausberg macht ein bißchen oft von sich reden. Soeben hat wieder ein Jögling aus diesem Erziehungsheim, das von der Verwaltung der Provinz Brandenburg zur Unterbringung von Fürföргеgezöglingen benutzt wird und manchen Leuten als Fürföргеerziehungsinstitut gilt, vor Gericht sich wegen eines schweren Vergehens zu verantworten gehabt. Zu vier Jahren Gefängnis hat das Schwurgericht des Landgerichts Berlin III einen 20jährigen Fürföргеgezögling Franz Wollenweber verurteilt, der mit zwei anderen Jöglingen aus der Anstalt Strausberg ausgebrochen war, durch Beraubung eines im Walde angetroffenen alten Mannes sich Geld verschaffte, später aber von einem Gendarmen festgenommen wurde und gegen diesen bei einem Fluchtversuch einen Revolver abfeuerte. Leider erfährt man aus solchen Gerichtsverhandlungen selten etwas darüber, wie bei so einem Jögling, an dem die Fürföргеerzieher ihre Kunst versucht hatten, die innere Entwicklung zum Verbrecher sich vollzogen hat. Die inneren Gründe, die einen jungen Menschen trotz allen Besserungsversuchen auf die Bahn des Verbrechens drängten und auf ihn ihn festhielten, interessieren ja ein Gericht wenig, wenn über seine Straftat abgeurteilt werden soll. Von der im Strausberger Burschenheim befolgten Erziehungsmethode meinen die für die Leitung der Anstalt verantwortlichen Personen, daß sie ganz besonders geeignet sei, eine Besserung zu erzielen. Aber der Fürföргеgezögling Wollenweber oder der vor zwei Monaten wegen Brandstiftung verurteilte Fürföргеgezögling, der gleichfalls aus der Strausberger Anstalt entflohen war, sind sicherlich keine Erziehungsfrüchte, die diese Anstalt sich als Erfolg buchen könnte.

Wir haben aus Anlaß jenes früheren Falles einiges über die Strausberger Erziehungsmethode mitgeteilt, über Prügel-erfahrungen, bei denen manchmal Blut floß, über lange Kreutzstrafen bei Wasser und Brot, die in schweren Fällen in dunkler Zelle verbüßt werden mußten. Bis heute ist uns weder von der Anstaltsdirektion eine Gegenäußerung auf unsere damaligen Mitteilungen zugegangen, noch in der Presse eine Antwort zu Gesicht gekommen, die unsere Angaben bestritten hätte. Dürfen wir aus dieser Schweigensart den Schluß ziehen, daß nichts bestritten werden kann? Wir gehen doch wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die für das Fürföргеerziehungswesen und im besonderen für das Strausberger Burschenheim zuständigen Behörden unsere Mitteilungen geprüft haben. Soll weiter der Anstalt gestattet werden, daß sie sogar Dunkelarrest verhängt, Dunkelarrest mit der vom Standpunkt des Erziehers höchst ansehbaren Verschärfung, dem Arrestanten auch die Wohltat der Arbeit vorzuentziehen? Ein früherer Jögling des Burschenheims sagt aus, daß selbst der gewöhnliche Arrest, den er dort zu kosten bekommen hat, wegen des Mangels an Tätigkeit von ihm als schwere Strafe empfunden wurde. Mabelos und in wachsender Erregung sei er in seiner Zelle auf und ab gegangen, deren Länge für drei bis vier Schritte ausreichte. Seine einzige Beschäftigung war die, daß er dabei — die Hosen festhielt. Dem fluchtverdächtigen Arrestanten werden nämlich die Hosensträger abgenommen, so daß schon bei jedem Versuch die Hosen herunterrutschen müssen, wenn sie nicht festgehalten werden. Derselbe Jögling sagt aus, daß im Arrest manchen sich allerdings noch mit einer anderen „Beschäftigung“ unterhalten habe. Er meint eine gewisse Art, sich mit sich selber zu beschäftigen, die wir hier nicht näher bezeichnen wollen. Auf dem Allgemeinen Fürföргеerziehungstag von 1910 hat der Pastor Broderick, der Leiter des Strausberger Burschenheims, zu dem Thema der Behandlung schwerer Erziehbarer Fürföргеgezöglinge unter anderem ausgeführt, daß die Einzelhaft ein wirksames Abschreckungsmittel sei. Sie kann, wie man sieht, leider auch ein Mittel sein zur Angewohnung von Dingen, vor denen jeder Erzieher junge Leute bewahren sehen möchte. Zu dem System, mit Abschreckungsmitteln zu arbeiten, passen auch die Prügel-erfahrungen. Auf unsere Frage, was alles da mit Prügel bestraft wird, wurde uns unter anderem gesagt, daß auch mal ein Jögling geprügelt und hinterher noch auf ein paar Tage in den Arrest gesteckt worden sei, weil er aus der Speisekammer ein paar Stücke Brot entwendet hätte. Ein reichlich ausgemessener Mensch sieht ja wohl nicht trocken Brot, wenn nicht der Hunger ihn dazu treibt. Gibt es denn für die Erzieher der Strausberger Anstalt kein wirksames Mittel als Hiebe, um einen Randbrau zu verhindern?

Auf solche und ähnliche Anlagen zu schweigen, ist ein bequemer Ausweg. Wir werden aber nicht müde werden, immer wieder auf Mängel und Mißgriffe hinzuweisen, die uns aus dieser Fürföргеerziehungsinstitution und aus anderen Anstalten ihrer Art bekannt werden. Rander Anstalt wäre es, daß sie mit eisernem Besen ausgefegt würde.

Partei-Angelegenheiten.

Siebzehnter Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 27. April, früh 8 Uhr, findet einschließl. der 10. u. 20. Abteilung eine Flugblattverbreitung statt. Im rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

12. Landtagswahlbezirk. Dienstag, den 26. April 1913, abends 8 Uhr: Zwei öffentliche Wählerversammlungen: im „Artushof“, Berleberger Str. 29, und in der Wagenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26. Tagesordnung: Die preussische Landtagswahlen. Referenten: Reichstagsabgeordneter Ledebour und Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. Diskussion. In beiden Versammlungen: Ansprache des Kandidaten des 12. Landtagswahlbezirks Eugen Ernst.

Neuloh. Am Sonntag früh findet eine Flugblattverbreitung von den Lokalen der Urwahlbezirke aus statt. Diese Arbeit muß gründlich gemacht werden, sei deshalb jeder Genosse zur Stelle.

Schöneberg. Am Sonntag, den 27. d. Mts., vormittags 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung.

Am Montag, den 28. d. Mts., findet abends 8 Uhr eine Volksversammlung in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 122, statt, in der der Landtagskandidat Genosse Otto Hue über „Preussenspolitik“ referieren wird. Die Genossinnen und Genossen wollen für Massenbesuch agitieren.

Lichterfelde. Sonntag, den 27. April, früh 8 Uhr, in allen Bezirken Flugblattverteilung zu der am 29. April bei E. Richter, Chausseestr. 104, stattfindenden Versammlung.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Ahrensfeld und Umgegend im Lokal von Schneider am Dickschloß eine öffentliche Versammlung statt.

Ober-Schöneweide Genossen, welche sich an der Versammlung beteiligen wollen, müssen 12 Uhr 15 Minuten vom Marktplatz (Ebissonstraße) nach Friedrichsfelde fahren.

Reichensee. Am Dienstag, den 26. April 1913, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schloßrestaurant, Berliner Allee, eine Landtags-

wählerversammlung statt. Das Referat hat Genosse Däumig-Berlin übernommen. Da in dieser Versammlung die Wahlmännerkandidaten normiert werden sollen, wollen die Landtagswähler vorzögl. erscheinen.

Tempelhof. Die Parteigenossen wollen sich am Sonntag, den 27. d. Mts., vormittags 8 Uhr, zur Erledigung einer wichtigen Wahlarbeit an den bekannten Stellen einfinden.

Wilmersdorf. Zu der am Montag, den 28. April, in den „Kochschalen des Westens“ stattfindenden Versammlung findet Sonntag eine Handzettelverteilung statt. Die Parteigenossen finden sich hierzu morgens 8 Uhr in ihren Bezirken, sofern ein. Alle Mann zur Stelle. Der Vorstand.

Schmargendorf. Sonntag, den 27. d. M., morgens 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung vom Restaurant „Waldlater“ aus.

Pankow. Morgen Sonntag von 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus, zu der am Montag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kochschale, stattfindenden Versammlung, in welcher die Genossin Jieg (Parteivorstand) über „Die Frauen und die Landtagswahl“ sprechen wird.

Mahlsdorf (Dsbahn). Sonntag, den 27. April, früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Gräber. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Jangschleuse im Restaurant „Seebild“ (Zah. Max Hiller) eine große öffentliche Wählerversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Kurt Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen referieren wird. Parteigenossen, sorgt für regen Besuch.

Biesdorf. Morgen Sonntag, den 27. April, früh 8 Uhr vom Restaurant Haal aus: Flugblattverbreitung. Nachmittags 1 1/2 Uhr im Restaurant Erner: Besprechung der Urwähler des zweiten Urwahlbezirks zwecks Aufstellung der Wahlmänner.

Schöneide und Umgegend. Heute abend 8 1/2 Uhr in Nichtenau, Gesellschaftshaus, kombinierter Jahlabend. Tagesordnung: Die Technik der Landtagswahlen.

Tegel. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung in Heiligensee. Die Genossen und Genossinnen von Tegel werden gebeten, recht zahlreich an der Versammlung teilzunehmen. Treffpunkt: Restaurant Dewitz, Schloßstraße. Abmarsch nach Heiligensee Punkt 1 Uhr.

Zeelen bei Königswusterhausen. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, findet für den Urwahlbezirk Callum eine Wählerversammlung bei W. Behrend im Gasthof „Zur Palme“ statt. Die Orte Krummensee, Callum, Nordbismarck und Zeelen wollen sich recht zahlreich daran beteiligen.

Schönlendorf bei Königswusterhausen. Am Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr, für den Urwahlbezirk Schönlendorf: Wählerversammlung bei Otto Poetich.

Seuzig, Lindowbrück, Lindow und Gaffow. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 1 Uhr, in Seuzig beim Gastwirt A. Singert, Chausseestraße: Öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Klüß. Tagesordnung: Wer regiert in Preußen? Nachher freie Aussprache. Aufstellung von Wahlmännern.

Schönwalde-Schöneide (Bezirk Pankow). Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, öffentliche Versammlung unter freiem Himmel am Gornisee-Schöneide. Genosse Ritter-Karlshorst wird über das Thema: „An einem Königstort soll man nicht drehen und beulen“ sprechen. Parteigenossen agitiert für regen Besuch. Pankower Genossen, welche die Versammlung besuchen, treffen sich mittags 1 Uhr an der Nordbahn, Wollendstraße. Für Radfahrer ist der Start: Marktplatz, mittags 12 1/2 Uhr.

Nieckfelde-Wandlitz-Badorf. Sonntag, den 27. d. M., gemeinsamer Jahlabend aller Orte nachmittags 4 Uhr, im Seeling. Jnh. Klein zu Wandlitz. Vortrag des Genossen Hubig-Pankow: „Technik der Landtagswahl“.

Bernau. Sonntag, den 27. April, nachmittags 8 Uhr, findet in Wendau auf dem Grundstück des Herrn Karl Seeger, an der Lanter Chaussee gelegen, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Landtagskandidat Genosse Haenisch. Die Genossen, welche mitfahren, treffen sich um 1 1/2 Uhr am Schützenhaus.

Berliner Nachrichten.

Die Wihbegier der Polizei

ist unstillbar, wenn sie der Sozialdemokratie gilt. Immer wieder sucht die Polizei über die sozialdemokratische Partei „hinten herum“ rauszukriegen, was sie amtlich nicht erfahren kann. Neuestens richtet ihr Interesse sich auf die Frage, wer die Bezirksführer sind.

Schon bei dem lehtentlarvten Polizeispiegel Bruns war aufgefallen, daß er nach den Adressen von Bezirksführern forscht. Er benutzte dazu den Vorwand, ein nach dem betreffenden Bezirk verzogener Genosse sollte hier aufgesucht werden. Als er dabei sein eigenes Wählervereinsmitgliedsbuch vorwies, verriet er die eigene Adresse, wodurch dann seine Entlarvung möglich wurde. Selbstverständlich ist mit dem Tritt der Auffindung eines „verzogenen Genossen“ nun nichts mehr zu machen.

Doch die Polizei scheint es für unerläßlich zu halten, sich ein Verzeichnis der Bezirksführer anzulegen. Um die Adressen zu ermitteln, laufen jetzt auch Kriminalbeamte umher, von deren Fragerei mancher sich vielleicht mehr Erfolg als von der Spizelei eines gewöhnlichen Achtgroßschennjungen verspricht. Aus dem Reichstagswahlkreis Berlin IV erfahren wir, daß in mehreren Bezirken die Kriminalbeamten der zuständigen Polizeibureaus zu den Gastwirten der Jahlabendlokale gekommen sind und nach den Adressen der Bezirksführer gefragt haben. Es kann als zweifellos festgesetzt gelten, daß die Wihbegierigen nicht etwa auch hier nur Spizelei, sondern richtige Kriminalbeamte waren. In den uns mitgeteilten Fällen haben die Beamten sich nicht erst als solche vorgestellt, sondern ohne weiteres darauflos gefragt, wie wenn sich das von selber so verstände. Sie waren den betreffenden Gastwirten als Kriminalbeamte ihres Reviers bekannt und durften selber angenommen haben, daß man sie kenne.

Auch ihnen brandt auf solche Fragen keine Auskunft gegeben zu werden. Daß sie ihnen verweigert wird, erwarten wir von allen, die es angeht. Die Polizei hat kein Recht, eine derartige Auskunft zu fordern. Einen der Beamten verstand der von ihm heimgesuchte Gastwirt dahin, daß die Adresse des Bezirksführers zum Zweck der Vergleichen mit der Vereinsliste gebraucht werde. Das muß wohl ein Irrtum sein. Seit Geltung des neuen Vereinsgesetzes hat die Polizei keine Mitgliederliste der Wahlvereine mehr, so daß es nichts mehr zu „vergleichen“ gibt. Möglich ist allerdings, daß sie auch unter dem neuen Vereinsgesetz noch die nötigen Informationen über die Vereinszugehörigkeit bestimmter Personen durch ihre Spizelei erhalten hat. Der Beamte, der „vergleichen“ wollte, hatte bei dem Gastwirt kein Glück. Aber in einem anderen Jahlabendlokal des Reviers wurde demselben Beamten leider von der Frau des Gastwirts die Adresse des Bezirksführers genannt, weil sie sich nichts dabei

dachte. Ein anderer Beamter, der in einem anderen Teil des Reichstagswahlkreises Berlin IV auf die Bezirksführerjagd ging, machte die sonderbare Angabe, er frage „aus eigenem Interesse“. Auch hier darf als festgestellt gelten, daß es sich nicht um einen Achtgroßschennjungen, sondern um den angestellten Kriminalbeamten des Reviers handelt. Der Gastwirt zeigte für das „eigene Interesse“ des Besuchers ebenso wenig Verständnis wie für ein etwaiges amtliches Interesse der Polizei — und ließ ihn abfallen.

Was bezweckt die Polizei mit diesen Bemühungen? Hat sie für ihre Kriminalbeamten nichts Bictigeres zu tun? Wenn ihre Wihbegier sich etwa in ganz Berlin in derselben Weise betätigen will, dann haben die Kriminalbeamten ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten. Erfolg werden sie freilich nirgends mehr haben, nachdem durch diese Mitteilung der uns bekannt gewordenen Fälle die Gastwirte gewarnt worden sind.

Wir warnen aber auch ganz allgemein, irgendeine Auskunft auf solche Fragen zu geben. Wahrscheinlich wird auch in Wohnungen der Versuch gemacht werden, nach den Adressen von Bezirksführern zu forschen. Besonders Frauen, die allein zu Hause sind, gehen nur zu leicht auf so etwas ein. Also: Vorsicht gegenüber Wihbegierigen!

Neue Strecke und neue Linien bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn wird die Neubaustrecke in Lichterfelde, Unter den Eichen bis zur Drakestraße am Sonnabend, den 26. April, eröffnen. Die neuen Gleise werden dazu benutzt, um die Linien vom Zoologischen Garten und vom Potsdamer Platz dahin zu verlängern. Es wird jeder zweite Wagen der Linien F und E bis zu dem neuen Endpunkt durchgeführt. Es werden so zwei ganz neue Linien J Bahnhof Zoologischer Garten-Kaiserallee-Steglich-Lichterfelde-West und K Potsdamer Platz-Schöneberg-Steglich-Lichterfelde-West eingerichtet. Die neuen Linien verkehren alle 15 Minuten. J ergänzt sich aber mit der Linie F zwischen Steglich und dem Zoo zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten, ebenso die neue Linie K mit E zwischen Steglich und dem Potsdamer Platz. Die Fahrpreise betragen für die ganze Strecke der beiden neuen Linien je 20 Pf. Teilstrecken zu 15 Pf. sind Lichterfelde-Wilmersdorf, Berliner Straße, Aternplatz-Zoo, Lichterfelde-Nathaus-Schöneberg und Schloßpark Steglich-Potsdamer Platz. Zehnminutestrecken werden Drakestraße-Friedenau, Aternplatz-Wilmersdorf, Berliner Straße, Kömbergerstraße-Zoo, Drakestraße-Kaiserallee, Aternplatz-Schöneberger Nathaus und Kaiserallee-Potsdamer Platz.

Preisermäßigung für russisches Schweinefleisch.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, vom nächsten Montag (28. April) ab eine Preisermäßigung des russischen Schweinefleisches eintreten zu lassen.

Von Montag ab wird das Pfund kosten: Spizelein, frisch oder gepöfelt 20 Pf., Kopf mit Fettbade 45 Pf., Diabell, frisch oder gepöfelt 55 Pf., Rückenstett und Liefen 65 Pf., gehacktes Schweinefleisch 70 Pf., Schulterblatt und Bauch 75 Pf., Schinken 85 Pf., Junge, frisch oder gepöfelt 90 Pf., Rückenstett, geräuchert 90 Pf., Kamm und Schaft 95 Pf., Kotelets 1,00, Feder 1,00, Schmalz 1,20; das Stüd Herz und Lunge zusammen 90 Pf., Herz allein 25 Pf.

In der Angelegenheit des Westhafens fand gestern eine längere Besprechung in der Eisenbahndirektion statt, an der die Oberbauverwalter Eudabian und Lehmann, Regierungs- und Bauverwalter Schlegel, Regierungsräte Schradet und v. Schaeben und andere Vertreter der Eisenbahn, sowie als Vertreter der Stadt Berlin Gehemmer Bauverwalter Krause, Magistratsrat Dr. Simonsohn und Magistratsbauverwalter Jaar teilnahmen. Nachdem für den Eisenbahnanschluß des Hafens die allgemeinen Grundlagen festgesetzt sind und auch die Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten gefunden haben, wurden von den städtischen Vertretern verschiedene bedeutende Einzelfragen zur Erörterung gebracht. Insbesondere verlangten sie, daß der Westhafen in gleicher Weise wie dies für den Osthafen vorgesehen ist, mit einer Tariffstation versehen werde. Die Herren der Eisenbahndirektion sagten wohlwollende Berücksichtigung zu. Ueber die Tariffstation wie auch über andere Fragen ist eine ministerielle Entscheidung einzuholen.

Fahrpreisermäßigung zum Besuch der Internationalen Vausach-Ausstellung Leipzig 1913.

Das sächsische Finanzministerium hat sich mit den maßgebenden Stellen der deutschen Bundesstaaten, die ein eigenes Eisenbahnnetz besitzen, ins Einvernehmen gesetzt, um eine Fahrpreisermäßigung für Arbeitnehmer, Verbände usw. zum Besuch der Internationalen Vausach-Ausstellung herbeizuführen. Der preussische Eisenbahnminister hat daraufhin in einem Erlass in Aussicht genommen, die gleichen Fahrpreisermäßigungen eintreten zu lassen, wie sie bei der Hygiene-Ausstellung in Dresden gewährt wurden. Auch können Verwaltungsänderungen zu ermäßigten Preisen eingelegt werden, soweit die allgemeinen Voraussetzungen hierzu vorliegen. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß infolge der sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Internationalen Vausach-Ausstellung auch die übrigen deutschen Staatseisenbahnverwaltungen für Verkehrsvereinfachungen Sorge tragen werden.

Zu dem Abstruz eines Soldaten vom Gouvernementsgebäude

wird uns heute von einem Augenzeugen berichtet, daß seiner Meinung nach von einem Selbstmord keine Rede sein könne. Auf dem Dach des Gebäudes seien am Donnerstag wohl 16-20 Soldaten sichtbar gewesen. Es sei beobachtet worden, daß der abgestürzte Soldat in dem Augenblick, als er das Gleichgewicht verlor, von der Hand eines Sergeanten festgehalten werden sollte. Der Sergeant habe aber den Mann nicht mehr erfassen können und das Unglück sei geschehen. Der Abgestürzte sei sofort aufgefunden worden, wobei auf eine entzifferte Aeußerung eines Augenzeugen hin von militärischer Seite zwar sofort von einem Selbstmord des Soldaten gesprochen worden sei, aber die ganze Situation ließ nur auf einen Unfall schließen. Es wird in der Tat genau festzustellen sein, zu welchem Zweck die Anzahl Soldaten auf dem Dach des Gebäudes sich aufgehalten hat.

Eigentartige Entdeckung von Schaufensereinebrechern.

Durch eine Verleumdung von Zufällen wurden gestern drei Schaufensereinebrecher entlarvt und unmisslich gemacht. In der Nacht zu gestern wurden bei einem Arbeiter in der Linienstraße wertvolle Hölzer aus dem Schaufensereinebrecher gestohlen. Die Diebe hatten ein Schmeißer an die Erde der großen Scherbe angelegt und diese dann gestreut. Das Gestalt der Scherbe weckte den Arbeiter. Als er auf die Straße eilte, sah er, daß seine Aufgabe schon gesündigt war. Sein Verdacht fiel auf zwei junge Burken, die noch ganz in der Nähe die Straße entlang gingen. Er nahm sie fest und übergab sie der Polizei. Die Burken hatten zwar nichts von dem gestohlenen Gut, es lag aber die Vermutung nahe, daß sie die Diebe einem entkommenen Helfershelfer zugesteckt hatten. Beide

beleuchteten unter Tränen ihre Umklekabine, auch später auf dem Polizeipräsidium, wo sie als Laune aus der Schule entlassene Putschisten aus der Provinz, die sich ohne Arbeit und Wohnung in Berlin aufhielten, festgesetzt wurden. Während sie nun getrennt im Gewahrsam saßen, führte die Revierpolizei einen großen Trupp Menschen vor. Die sie aus einer ausgehöhlten Kasse zum Festhalten der Persönlichkeit nach dem Präsidium gebracht hatten. Der ganze Trupp wurde auf die beiden Zimmer verteilt, in denen je einer der verdächtigen Putschisten saß. Als nun einer von diesen zu erneuter Vernehmung vorgeführt wurde, teilte er meidend mit, daß zwei von den Männern, mit denen er in dem Zimmer zusammen gewesen sei, bei dem Einbruch beteiligt gewesen seien. Er erzählte jetzt, was er bisher aus Furcht verschwiegen hatte, daß er und sein Freund in einer Kneipe gehört hätten, wie drei Männer davon sprachen, daß sie ein „Ding drehen“ wollten, daß sie beide dann diesen Männern aus Neugierde nachgegangen und so Zeugen des Einbruchs geworden seien. Dann zeigte er auch die beiden Männer im Zimmer, und es ergab sich, daß einer von ihnen ein der Kriminalpolizei schon längst bekannter Schaufensterbrecher Karl Schmidt war. Jetzt durchsuchten Beamte die Wohnung der Geschwister des Schmidt, bei der sich dieser aufzuhalten pflegte, und fanden dort in der Tat die gestohlenen Stoffe. Einen hatte sich das Mädchen schon aufgehoben. Die beiden Männer aus der Kasse räumten jetzt den Einbruch ein. Den dritten Mann aber wollten sie nicht kennen. Auch dieser war jedoch bald entdeckt. Der zweite Putschist, der jetzt aus dem Gewahrsam geholt wurde, um mit dem ersten entlassen zu werden, behandelte unter Tränen, daß er einen der Einbrecher in seinem Zimmer gesehen habe. Der Beamte entpuppte sich als der dritte Mann, ein Arbeiter Karl Kamin, der schon ebenfalls wegen Schaufensterbruchs vorbestraft ist. Schmidt und Kamin hatten einen unbescholtenen Menschen in der Kasse zum Mitwirken überredet. Alle drei wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

**Heber eine schwere Mißhandlung eines jungen Arbeiters**

wird berichtet: Die Mißhandlung eines jugendlichen Arbeiters hat in der Königin-Augustastrasse große Aufregung hervorgerufen. In dem Obisgeschäft von Eduard Strohsford, Königin-Augustastrasse 18, kam es am Donnerstag zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Geschäftsinhaber und dem 18-jährigen Hausdiener Wilhelm Döring. Weil der Hausdiener gekündigt hatte, erklärte ihm Herr Strohsford, jetzt könne er sofort gehen. Döring holte sich Rat auf dem Polizeibureau und wurde dort belehrt, daß er bei der vereinbarten dreitägigen Kündigungsfrist nicht sofort entlassen werden dürfe. Als der junge Mensch seinem Arbeitgeber dies meldete und vertragsgemäß Kost und Logis bis zum Ablauf des dritten Tages beanspruchte, schenkte Strohsford in Wut geraten zu sein. Was dann folgte, darüber sind in der Nachbarschaft schlimme Gerüchte im Umlauf. Nach Schluß des Geschäftes ließ Herr Strohsford sich dazu hinreißen, den Hausdiener zu schlagen. Er hieb ihn ins Gesicht, rief ihn mit dem Kopf gegen ein Regal, warf ihn zu Boden und schlug immer wieder auf ihn ein. Infolge des Geschreies, das aus dem verschlossenen Laden kam, sammelte auf der Straße sich eine beträchtliche Menschenmenge an. Ein anderer jugendlicher Hausdiener des Geschäftes und nachher auch noch ein Bewohner des Nachbarhauses riefen Polizei herbei, aber diese konnte zunächst sich nicht Zutritt zu dem Laden verschaffen. Als ihr endlich geöffnet wurde, fand sie den jungen Menschen in einem Zustand vor, der seine sofortige Heberführung in das Elisabeth-Krankenhaus nötig machte, wo eine Zerschütterung des rechten Beckenknochens und eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde. Der Verletzte soll noch am Freitag in den Mittagsstunden demutlos gewesen sein. Wegen Strohsford ist Anzeige erstattet worden.

Seinen Verletzungen erliegen ist der am Donnerstag früh in Johannisthal abgestürzte Flieger Abramowitsch. Der junge Mann war erst 24 Jahre alt.

Eine große Trauerversammlung hatte sich am Donnerstag auf dem Reinsendorfer Gemeindefriedhofe in der Humboldtsstraße eingefunden, um dem verstorbenen Genossen Max Kiesel die letzte Ehre zu erweisen. Man sah viele ältere Genossen aus der Berliner Arbeiterbewegung sowie eine große Zahl engerer Berufsgenossen, die gekommen waren, den toten Freund zu Grabe zu geleiten. Die Trauerfeier wurde eingeleitet durch Trauerreden, die der Gesangsverein „Nordsee“ vortrug. Genosse Walded Manasse würdigte in beredten Worten die Tätigkeit des um die Arbeiterbewegung so verdienten Genossen, der verhältnismäßig früh aus seiner Wirkksamkeit und von der Seite seiner rührend um ihn bedachten Gattin gerissen wurde. Ansprachen am Grabe durften nicht gehalten werden. Wie die Beweise der Anhänglichkeit und Dankbarkeit häuften sich am Grabe in Form von zahlreichen Liebesgeschenken zu erheblichem Umfange. Die Genossen von Reinsendorf, die Tobalarbeiter Berlins, der Verband der Fabrikarbeiter, zahlreiche Freunde und Bekannte legten prächtige Kränze nieder. Auch der Wahlverein des 8. Kreises hatte es sich nicht nehmen lassen, seinem früheren langjährigen Organisationsleiter einen schönen Kranz als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für sein Wirken im 6. Kreise niederlegen zu lassen.

Von einem Schlächterwagen überfahren wurde gestern mittig in der Badstraße, an der Wuttmanstraße, ein aus der Schule kommendes Kind. Es wurde zu Boden geworfen, das linke Hinterbein des Bogen fuhr über das Bein des Kindes. Die schnell herbeigekommene Mutter brachte das Kind nach der Unfallstation. Die erzeugte Wunde hatte nicht übel Lust, die rücksichtslosen Fahrer zu lynchen.

Achtung, falsches Geld. Falsche Fünfmarkstücke sind gegenwärtig in vielen Orten der Mark im Umlauf. Die Falschstücke sind anscheinend von Berlin aus in den Verkehr gebracht worden. Die Nachahmungen sind ziemlich sorgfältig ausgeführt, haben eine gute Prägung und zeigen nur im Gewicht und in der Färbung geringe Abweichungen, die aber nur bei genauerer Prüfung wahr-

genommen werden. In Eberswalde, Seegermühle und anderen Städten und Ortschaften sind in letzter Zeit zahlreiche derartige Falschstücke angehalten worden. Auch falsche Drei- und Zweimarkstücke sind wiederholt aufgegriffen.

Auf gräßliche Weise Selbstmord beging gestern nachmittag die 26 Jahre alte Ehefrau Marie des Eisenbahnarbeiters Kazmierczak aus der Feuerstr. 68 zu Schöneberg. Die Frau war seit einiger Zeit sehr nervenleidend. In den letzten Tagen zeigte sie auch Spuren von Selbstgefährlichkeit. Gestern vormittag wurde sie dieserhalb vom Kreisarzt untersucht. Dieser ordnete an, daß die Kranke in eine Irrenanstalt untergebracht werden soll. Dabon wollte die Frau jedoch nichts wissen. Nachmittags, während ihr Mann im Dienste war, übergieß sie ihre Kleider mit Petroleum und steckte diese dann an. Sofort glückte es einer Feuerwache und bald darauf war ihr ganzer Körper bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Von dem Vorfalle war im Hause nichts gesehen worden. Die Flammen griffen auch nicht weiter um sich, weil die Bedauernswerte sich mitten in die Stube gestellt hatte. Erst als der Mann von seiner Arbeit nach Hause zurückkehrte, fand er seine Frau tot auf. Die Leiche wurde beflaggt und nach dem Schauhaus in Schöneberg gebracht.

Der Arbeiterverein „Vorwärts“, der jetzt in Strauß, Tunnelstraße 17, sein Bootshaus hat, führt nunmehr auf dem städtischen Grundstück gegenüber dem Plänterwald nach dem Willen des Architekten Hans Hahn-Charlottenburg ein neues großes Bootshaus auf. Das von der Stadt gepachtete Grundstück hat eine Wasserfront von 70 und eine Tiefe von 30 Meter. Die Länge des Bootshauses beträgt 48 Meter. Es ist Platz für rund 120 Boote vorgesehen, die Garderobenräume reichen für 500 Mitglieder aus. Der größte Teil der rund 40000 M. betragenden Bau Summe ist in den zehn Jahren, in denen das Projekt vorbereitet wurde, von den Mitgliedern markweise zusammengebracht worden. Wenn keine unvorhergesehenen Umstände eintreten, kann das neue Bootshaus am 15. August in Betrieb genommen werden.

**Aus aller Welt.**

**Die Explosion auf dem „Imperator“.**

Wie bereits gemeldet wurde, sind am Donnerstag durch unvorsichtiges Umgehen mit Benzin mehrere Arbeiter an Bord des auf der Untersee liegenden Dampfers „Imperator“ verunglückt. Der Unfall hat sich nach dem nunmehr vorliegenden genauen Bericht wie folgt zugetragen: Einer der Arbeiter hatte unbefugterweise sein Taschenfeuerzeug aus einem Benzinbehälter gefüllt. Er verbrannte sich beim Probieren des Feuerzeuges und warf das brennende Feuerzeug fort. Dadurch entzündete sich die Umhüllung des Benzinbehälters, den die Arbeiter vergebens versuchten, aus seiner brennenden Umhüllung herauszuziehen. Während dieser Bemühungen geriet das in dem Behälter befindliche Benzin in Brand und verlegte die in der Nähe befindlichen Leute teilweise schwer.

Von den bei der Explosion verunglückten Arbeitern sind zwei gestorben, bei drei schwerverletzt ist damit zu rechnen, daß schließlich der Tod eintritt.

**Eine bemerkenswerte Flugleistung.**

Der französische Flieger Gilbert, der mit seinem Eindecker Donnerstag früh 5 Uhr 7 Minuten in Villacoublay aufstieg und 1 Uhr 30 Minuten in Vittoria in Spanien landete, hat den von Daumont mit seinem 800-Kilometer-Flug Paris-Berlin aufgestellten Rekord um 100 Kilometer gelassen. Gilbert hat übrigens um 3 Uhr 30 Minuten seinen Flug fortgesetzt, um noch an demselben Tage Salamanca zu erreichen. Um 4 Uhr 30 Minuten wurde er über Burgos gestoppt. Es verlautet, daß er bei Medina del Campo gestürzt sei, jedoch keine Verletzungen erlitten habe.

**Ein Gaunerrekord.**

Die „Frank. Zig.“ schreibt: Die Welt ist in ihrem Urteil immer etwas voreilig. Vor nicht zu langer Zeit glaubte man, daß der Hauptmann von Adenick nicht mehr zu überbieten sei, bis dann einer aufstand und der Welt bewies, welch ein Stümper in seinem Fach der gute „Hauptmann“ sei; eine Wache von ein paar Mann ist ja nichts gegen eine ganze Garnison von 18000 Mann. ... Nun aber haben in Petersburg zwei Gauner den Ruhm aller irgend nennenswerten Gauner in den Schatten gestellt, so daß gegenwärtig also Russland den Weltrekord auf diesem Gebiete hält. Die beiden Petersburger Gauner müssen aber auch wahre Genies in ihrem Fache sein, denn sie haben es zumeist gebracht, monatelang in Petersburg eine Art Konkurrenzunternehmen der städtischen Straßenbahn zu betreiben. Die Sache war im Grunde höchst einfach. Die für das Unternehmen erforderliche Freiheit besaßen die Herren Gauner in umfangreichster Weise. Das rollende Material besorgten sie sich von der Straßenbahn, indem sie einfach einen Straßenbahnwagen „entlehnten“. Die Uniformen eines Wagenführers und eines Schaffners waren auch leicht zu beschaffen — also die Reise konnte beginnen. So kuschelten die beiden mit dem gestohlenen Wagen, der merkwürdigerweise — merkwürdig vielleicht aber nur für nicht russische Europäer! — gar nicht bemerkt wurde, in der russischen Hauptstadt herum, machten ein Bombengeschäft und freuten sich ihres angenehmen Daseins. Dank der angenehmen Einrichtung, daß auf der Petersburger Straßenbahn sich monatelang kein Kontrolleur sehen läßt, waren sie auch der Sorge, daß man Einbildung in ihr „Geschäft“ bekommen könnte, entkoben. Dieser Tage aber hat die beiden unternehmungslustigen Brüder dennoch das Geschick in Gestalt eines Revierhofs erreicht. Der Mann muß ein Reuling, ein Anfänger gewesen sein, der noch keinen Einblick in die Tiefen des Betriebsreglements gewonnen hatte und es mit den Dienstvorschriften lächerlich genau nahm. Da etwas nicht stimmte, verlangte er von dem Pseudo-Schaffner Rechenschaft. Doch der wollte sich zu helfen. Mit Hilfe seines Kompagnons festelte er den neugierigen Revierhof, und dann fuhren die beiden mit ihrer Straßenbahn auf und davon. Draußen, vor dem Tor, ließen sie den Wagen stehen und kehrten dem Schauspiel ihrer Erfolge den Rücken.

**Kleine Notizen.**

Ein schreckliches Unglück ereignete sich in Marggrabowa (Ostpr.). In der Werkstatt eines Schlossermeisters sollte ein Aetzflüssigkeitsapparat gereinigt werden. Als der Meister sich einen Augenblick entfernte, zündete einer der beiden Lehrlinge, trotz des ausdrücklichen Verbotes, ein Streichholz an. Die im Apparat zurückgebliebenen Gase entzündeten sich und beide Lehrlinge wurden bei der Explosion getötet.

Gefährliches Spiel. In der Detschka Holzschleife in Galizien versuchten zwei Gymnasiasten aus einer Blechbüchse eine Bombe anzufertigen. Die Büchse explodierte, beide Gymnasiasten wurden tödlich verletzt.

Straßenbahnzusammenstoß. Auf dem Hofschenich in Wülshelm a. Ruhr trafen zwei besetzte elektrische Straßenbahnwagen infolge falscher Weichenstellung aufeinander. Drei Beamte wurden schwer verletzt. Ein Reisender kam mit leichten Kopfverletzungen davon. Die Wagen wurden schwer beschädigt.

Der verschollene Freiballon. Ueber den Verbleib des am Sonntagvormittag auf dem „Großen Forst“ bei Kassel aufgestiegenen und seitdem verschwindenden Ballons „Jife“ und seines Führers, des Kaufmanns Franz Seyland, ist noch immer nichts bekannt. Die von dem Kurheissischen Verein für Luftschiffahrt auf die Auffindung des Ballons und seines Führers ausgelegte Belohnung ist von der Familie des Vermissten nunmehr auf 1000 M. erhöht worden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Freitagabend auf dem Grundstück der Pommerischen Provinzialkassinerie in Stettin. Dort glitt aus bisher noch nicht festgestellter Ursache ein Förderwagen vom Gleise und fiel auf den gerade vorbeigehenden Kuffeher Püangel, einen Mann von etwa vierzig Jahren, der dabei zu Boden geworfen wurde und am Kopf so schwere Verletzungen erlitt, daß nach wenigen Augenblicken der Tod eintrat.

**Eingegangene Druckschriften.**

- Katholizismus und Jesuitismus. Von D. Dr. S. Koch. 62 S.
- Konstantin der Große und das Christentum. Von D. Dr. S. Koch. 49 S.
- Durch Albanien und Montenegro. Von S. Grafe. 224 S. R. Wörle, München.
- Einführung in die Rechtswissenschaft. Von Prof. Dr. G. Lubbe. (Wissenschaft und Bildung Bd. 79.) Weinband 1.25 M. Lucie und Renner, Leipzig.
- Die Mißerfolge in der Polenpolitik. Von Baron A. Buitfamer. 50 Bl. A. Curtius, Berlin W. 35.
- Deutscher Geschichtskalender für 1913. 3. Heft. Halbjährlich 6 Hefte 6 M. J. Neiner, Leipzig.

**Dr. Simmel Café Ruhwald**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Waltersdorfer Schleuse b. Erkner.  
Gerichtlicher Ratsling für Vereine und Gesellschaften. 3608  
Fritz Holldorf.

Berlins größtes Kredithaus  
**ALLE TAGE ANDERS**  
direkt am Nettelbeckplatz  
Bahnhof Wedding

**Auf Kredit**  
Herren - Garderobe  
Damen - Garderobe  
Kinder - Garderobe  
für Knaben und Mädchen

Wöchentliche Teilzahlung nur 1 M.  
**Sport- u. Kinderwagen**  
Kolossale Auswahl  
Preise so billig wie nur möglich

Gratiszugabe Herren: elegant. Hut oder moderner Stock. Damen: eleg. Lederwaren usw. usw.

Bis zum Pfingstfesten Verabfolgung der doppelten Anzahl Sparmarken der Rabatt-Gewährungs-Gesellschaft oder 10 Prozent Rabatt in bar pro Mark.

Einzig-Waren-Abzahlung-Gesellschaft, die zur Verabfolgung der Sparmarken der Rabatt-Gewährungs-Gesellschaft berechtigt ist.

**Waren- und Möbel-Kredit-Haus**  
**ALLE TAGE ANDERS**  
Größtes Haus am Nettelbeckplatz  
Pank, Gericht- und Reinsendorfer Str.-Ecke.  
Parterre, I., II., III., IV. Etage.

**Welche Familienzeitschrift gehört in das Haus des Arbeiters?**

Der alte Liebnecht hat gesagt: „Ein Arbeiter ohne Bildungsbedürfnis ist ebenso selten, als ein Bourgeois mit Bildungsbedürfnis.“ Ein Arbeiter und eine Arbeiterin ohne Bildungsbedürfnis ist wie ein Mensch ohne Kopf. Bildung schafft höhere Löhne, schafft höheren Genuß im ärmlichen Leben, ermöglicht den Arbeitern die Vertretung ihrer Klasseninteressen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, Parlamenten usw.

Als ungewöhnliches Bildungsmittel wird **Die Lese** (wöchentlich 15 Pfennige) von vielen Parteistellen empfohlen und gefördert.

Warum? Weil sie aus einer sozialen Idee entstanden ist. Die „Lese“ will

die Geisteskräfte unseres Volkes für alle frei und lebendig machen. Sie ist ein Kommunismus des Geistes. Schöne und kostbare Bücher waren bisher nur für die Reichen da. Dem armen und arbeitenden Volke wurde (wie es bei den Lebensmitteln noch der Fall ist) der schlimmste Schund vorgelesen.

Nun bietet die Zeitschrift „Lese“ für wöchentlich nur 15 Pfennige das Herrlichste aus der Geisteswelt aller Völker und Zeiten in Wechsel und Fülle. Zum erstenmal schreiben hier alte und neue Dichter für das einfache Volk — für den Arbeiter.

Neben einem Hauptmann, Dehmel, Henckell kommen Naturwissenschaftler (Bölsche, Fendrich), Techniker (Colin Roß), Soziale (Levenstein, Diederich), Reisebeschreibungen, Memoiren usw.

Besonders reich sind die Beiträge: „Wie es im Volke dichtet“ und „Soziale Lyrik“, worin zahlreiche Männer und Frauen aus dem werktätigen Volke zu Worte kommen und mancher Arbeiter-Dichter entdeckt wurde.

**Kostenlos** erhält jeder Abonnent von 52 Heften (ein Jahrgang) zwei hübsch ausgestattete Jahresbücher, die im Buchhandel allein 2 M. kosten. 1913 wird als erstes Buch ausgegeben: „Der Baldamus und seine Streiche“ von Oskar Währle, worin dieser wunderbar packend schildert, was er als Landstreicher, Fabrikarbeiter, fremdenlegionär und deutscher Rekrut erlebte.



**Bestellschein.**  
Bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

abonnieren ich auf **Die Lese**  
ir wöchentlichen Lieferungen für 15 Pf. pro Heft. Außerdem erhalte ich zwei gut ausgestattete Jahre bei Abnahme von 52 Heften des Jahrganges 1913 vollständig kostenlos, bei 26 Heften ein Buch.

Name: .....

Ort u. Datum: .....

Strasse: .....

Wenn niemand zu Hause, wo ist das Postamt abzugeben? .....

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Landsberger Viertel, Bezirk 389.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Artur Kleina**  
Hilfer Straße 65  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 26. April, nachmittags  
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
2135

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für Niederbarnim.  
Bezirk Borsigwalde-Wittenau.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Albert Engel**  
Wittenau, Hübner Str. 98, ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 27. April, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Gemeinde-  
Friedhofes Wittenau aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.  
5615

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Kohlen-  
fuhrer  
**Max Cornelius**  
am 24. d. Mts. im Alter von  
24 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Johannis-Kirch-  
hofes in Köpenick aus statt.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Kohlen-  
fuhrer  
**Friedrich Ely**  
am 24. d. Mts. im Alter von  
42 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Johannis-Kirch-  
hofes in Köpenick aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.  
64/10

**Verband der Gastwirtsgehilfen.**  
Ortsverwaltung Berlin I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Karl Albrecht**  
am 25. April im 41. Lebensjahre  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. April, nach-  
mittags 4 Uhr, auf dem Bartho-  
lomäus-Kirchhof in Weißensee,  
Hakenberger Straße 148, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Wilmersdorf.  
Den Mitgliedern geben wir  
hiermit zur Kenntnis, daß unser  
Genosse  
**Klara Promnitz**  
geb. Schulz  
am 24. April nach längerer schwerer  
Krankheit gestorben ist.  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des hiesigen  
Friedhofes, Berliner Straße, aus  
statt.  
Der Vorstand.  
20114

**Zentralverein der Bühnen**  
**Deutschlands.**  
Verwaltung Berlin.  
Den Kollegen Herberich zur  
Kenntnis, daß unser altes Mit-  
glied, der Steinbildhauer  
**Max Nickel**  
im Alter von 46 Jahren plötzlich  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. d., nachmittags  
4 Uhr, auf dem Andreas-Friedhof  
in Wilmersdorf statt.  
Um Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
20/5

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
für die herrlichen Kranzspenden bei  
der Beerdigung meines lieben Sohnes  
lage allen meinen lieben Verwandten,  
Bekanntem, Kolleginnen und Kollegen  
meinen herzlichsten Dank.  
5635  
**Franz Lorenz.**

**Deutscher Banarbeiterverband.**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Putzer.  
Unseren Mitgliedern (sowie den  
Mitgliedern des Gelangvereins  
der Putzer zur Nachricht, daß das  
Mitglied  
**Joseph Hübner**  
am 28. April im Alter von  
64 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. April, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Kreuzerhaufe,  
Rathaus-Allee in Schöneiche,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die örtliche Verwaltung.  
NB. Gefahren muß werden die  
Friedrichshagen, von da mit der  
Straßenbahn links zum Bahnhof.

Am 25. April starb nach langem,  
schwerem Leiden unser guter Vater,  
Groß- und Schmiedemeister, der  
Schulmachersmeister  
**Rudolf Oberschmidt**  
im 65. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Gustav Oberschmidt u. Frau,  
Anna, geb. Blumhagen,  
Robert Oberschmidt.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Hans-Richters in Nieder-  
Schönhausen - Nordend aus statt.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
unvergesslichen Vaters und Baters  
lagen mir hiermit allen Beteiligten  
unseren herzlichsten Dank.  
Emma Heinsch  
und Sohn.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise der überaus  
herzlichen Teilnahme bei der Beerdigung  
meines lieben Vaters, unseres  
guten Baters lagen mir allen Be-  
teiligten, insbesondere den Kollegen  
der Schulweis-Brauerei, Abteilung I,  
dem Vorstand der Arbeitervereine,  
dem Vorstand der Ortskrankenkasse,  
den Genossen des 578. Bezirks, sowie  
allen Spendern der herrlichen Kränze  
unseren innigsten, tiefgefühlten Dank.  
Frau Witwe Nothnagel  
und Söhne.  
5645

**HUGO UDO COHN**  
Kottbuser Damm 13  
ist bekannt  
reell, billig, kulant  
bei Einkäufen auf  
**KREDIT!**

**Kleinste Anzahlung**  
bei Entnahme von  
**Herren-Konfektion**  
Sakko, Rock, Gehrock-  
Anzüge, Ulster, Paletots,  
Raglan, Jünglings- u.  
**Knab.-Bekleidung**  
Wochenrate 1 Mark!  
Kolossale Auswahl!

**Saison-Menschen**  
in eleganter  
**Damen-Konfektion**  
Kostüme, Ulster, Sakko,  
Kleider, Blusen, Röcke  
**Sackfisch- und**  
**Mädchen-Garderobe**  
Beachtung verdienen  
gestaltet!

**Westmann**  
Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.  
Zu **3000 Kostüme**  
einfach, mittel, hochlegant  
zu 15,-, 18,-, 22,- bis 150,-  
sonst 22,-, 27,-, 33,- bis 225,-  
**2000 Mäntel**  
Popeline, Seide, Tuch, Tüll etc.  
zu 18,-, 27,-, 33,- bis 180,-  
sonst 27,-, 41,-, 49,- bis 270,-  
Ein Posten  
**Modelle**  
in Kostümen, Kleidern, Mänteln  
bis  
**50 % ermäßigt!**  
Sonntag geöffnet 12-2



*Waim Spezialität*  
Gutsitzende  
gediegene  
**Mass-Anzüge**  
zu 55<sup>mk</sup> 58<sup>mk</sup> 62<sup>mk</sup>  
trotzdem auf bequeme Teilzahlung  
**1 Mark** wöchentlich  
beginnend.  
Fertige Garderobe  
*Kein Kröffens!*  
**J. Kurzberg jr.**  
Oranienstr. 160.  
neben Maassen.



Das größte Abonnementshaus feinsten  
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine  
**Monats-Garderobe**  
direkt an Private.  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
**Friedrichstr. 108** Eingang Johannisstr.  
durch den Hausflur.  
vis-a-vis der Karlstraße.

**Monats-Garderobe!**  
4-500 getragene Anzüge für  
Herren: Smoking, Frack- und  
Gehrock-Anzüge (auch zu ver-  
leihen), Sommerüberzieher sowie  
v. Kavaliere getragene, fast neue  
Sachen (a. Seide), 1. jed. Figur paß,  
in größter Auswahl z. unabh. betr.  
**billigen Preisen.**  
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.  
Wassertor-  
**Hirsch Kleiderhaus, Straß. 12/13**

**Ortskrankenkasse d. Kupferschmiede**  
Sonabend, 2. Mal, abends 8 1/2 Uhr,  
Rosenhaler Str. 11-12: General-  
versammlung, Tagesordnung: Siehe  
überblatte Einladung des Vorstandes.

**Heideschloß Hohenbinde.**  
Station Orfter. „Zum Gutenberg“, Fernruf Orfter 293.  
Romantisch an Wald und Spree, herrliche Gesellschaften sehr zu  
empfehlen. Gr. Saal und Glashalle, 2 Regelmäßig, Möbl. Sommer-  
Gute Küche u. Keller. Gg. Motorbootverbindung mit Orfter. Alb. Lehmann.

*Wilsenpfeifenfabrik „Goldpfeife“*  
entfällt die feinsten Pfeifen

**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
I.: Neue Friedrichstr. 35  
an der Zentral-Markthalle  
II.: Turmstr. 67, 1. Etage.  
Hierbei an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
nach Maß  
unter Garantie für tadelloser Sitz  
gegen wöchentliche Teilzahlung  
von **1 Mark** an.  
Aufschieberei u. Werkstatt im Hause.  
Auf Wunsch Besuch des Reichen  
mit neuesten Stoffmustern.  
**Besondere Abteilung für**  
fertige Garderobe.  
Sonntag geöffnet.

**Greift zu!**  
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.  
kleiden will, empfehle eleg.  
Monatsgarderobe in feinsten Werk-  
stätten Berlin gearb., von Herr-  
schaften, Doktoren, Kavaliere nur  
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)  
Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M.  
**Ulster, sehr billig.**  
Große Abteilung neuer Garderobe  
**Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98**  
(Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Empfehle den werten Vereinen  
und Ausflügeln mein Restaurant,  
franz. Billard, Garten, 2 verdeckte  
Regelbahnen, gutgepflegte Tiere,  
Raucherkl. 6455  
**Neuling, Wannsee**  
Glienicker Str. 10.

**Wachsmann & Co**  
Reinickendorfer Strasse 15  
neben der Feuerwache — Aufgang Ravenstrasse  
**Sommer-Moden in**  
**Herren-, Damen- u.**  
**Kindergarderoben**  
Herren- Ulster, Paletots, Sakko-Anzüge,  
Gehrock-Anzüge usw.  
Damen- Ulster, Paletots, Blusen, Röcke,  
Kostüme, Wäsche usw.  
**Möbel** Ganze Einrichtungen, sowie  
einzelne Ersatzstücke  
Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren usw.  
Kinderwagen, Schuhwaren  
**Kredit!**





5. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmilitär Deutschlands.

Breslau, den 24. April 1913.

Dritter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit dem Referat des Genossen Peifer (Arbeitersekretär, Breslau) über

„Die Militär unter der Reichsversicherungsordnung.“

An der Hand von Tabellen und sonstigen reichhaltigen Zahlenmaterial wählte Redner den Anwesenden zu zeigen, daß nach Berechnung der Durchschnittslöhne die niedrigst entlohnte Arbeiterschaft, welche die niedrigste Marke im Preise von 16 Pf. hebt, den höchsten Beitrag für die Invalidenversicherung zahlt, nämlich von pro 100 M. ihres Einkommens 2,80 M. pro Jahr, dagegen zahlt die 20. Pf.-Klasse pro Jahr nur 1,33 Pf.

Weitere Marktstellungen des Referenten über die Bestimmungen der Hinterbliebenen- und Altersrente, sowie der Krankenversicherung zeigten, daß diese ganze Versicherungsgefügung durchaus nicht geeignet ist, die Zustimmung der Arbeiter, wie der Sozialdemokratie, uneingeschränkt in Reichstag zu erhalten. Habe doch selbst der Vorsitzende der Gesellschaft für Volkswahl, der in vier Abenden in Breslau die Reichsversicherungsordnung in Vorträgen behandelte, gesagt, daß dieses Gesetz ohne Mängel und Schäden sei, doch solle man das Für und Wider genau prüfen. Die Fiktionierung des Gesetzes, besonders soweit es für die Militär in Frage kommt, löste den Beifall der Anwesenden aus.

Es schloß sich hieran eine kurze Fragestellung. An der Beantwortung beteiligten sich der Referent und der Vorsitzende Pauth. Darauf gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der 5. Verbandstag der Zivilmilitär macht es den Verbandmitgliedern zur Pflicht, in allen Fällen, wo sich unsere Arbeitgeber weigern, die Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung zu entrichten, die rechtspredenden Anzeigen, Versicherungsamt, Oberversicherungsamt, Aufsichtsbehörde anzufragen, und darauf zu dringen, daß endlich Klarheit über die Versicherungspflicht der Zivilmilitär geschaffen wird.

Dann referierte Pauth-Berlin über

„Die Versicherung der Privatangehörigen.“

In längeren Ausführungen gab Redner wertvolle Fingerzeige, wie sich die Militär zu dieser Versicherung zu stellen haben. Die Generalversammlung beschließt, die Beiträge ihrer Beamten zu dieser Versicherung ganz, und die Beiträge zur Unterstützungseinrichtung der modernen Arbeiterbewegung zur Hälfte auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Für die Beschwerdekommission berichtet Meier-Lübeck; seine Ausführungen erstrecken sich auf den Ausschluß eines Mitgliedes, der im Hauptberuf Bildhauer ist und von dieser Organisation ausgeschlossen ist.

Heber

„Die Militärkonturrenz in Theorie und Praxis“

sprach Vorsitzender Pauth-Berlin. Die Ausführungen des Redners sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

Seitens der Militärverwaltung sind in neuerer Zeit wiederholt Kundgebungen ergangen, in denen stets die Behauptung wiederkehrt, daß seitens der Regierungen alles geschehen sei, den berechtigten Beschwerden der Zivilmilitär bezüglich der Militärkonturrenz Rechnung zu tragen und daß infolge der von der Militärverwaltung getroffenen Maßnahmen berechnete Beschwerden von den Zivilmilitären nicht vorgebracht werden können.

Demgegenüber sieht sich der 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmilitär Deutschlands genötigt, erneut festzustellen, daß die Erklärungen der Regierungen, Vertreter den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Zwar mag zugegeben sein, daß die ergangenen Ministerialerlasse den Zweck verfolgen, den allergrößten Mischständen abzuwehren. In Wirklichkeit aber stehen die Bestimmungen dieser Erlasse vielfach nur auf dem Papier, da die darin den Regiments- u. Kommandeuren gegebenen Befugnisse, Ausnahmen zuzulassen, sehr weitgehende sind und davon der ausgedehnte Gebrauch gemacht wird.

In der Tat ist es weder in bezug auf die Verdrängung von Zivilmilitären aus ihren Stellungen durch die Militärkapellen noch in bezug auf die Einhaltung der tariflichen Löhne ein nennenswerter Fortschritt zugunsten der Zivilmilitär in die Erscheinung getreten.

Der Verbandstag kann nur aufs tiefste bedauern, daß die Militärverwaltung sich als so unzulänglich und unzureichend informiert in dieser Frage erweist. Er ist aber auch noch wie vor davon überzeugt, daß eine wirkliche Besserung nur herbeigeführt werden kann durch ein gänzliches Verbot des gewerblichen Militärens der Militärkapellen und macht es daher jedem Militär zur dringenden Pflicht, alles einschlägige Material zu sammeln und mit allem Nachdruck bei Gesetzgebung und Regierung auf Erlass eines solchen Verbots hinzuwirken.

In der Debatte wurden haarsträubende Dinge von der Militärkonturrenz vorgebracht. So soll doch sogar im Jahre 1911 das in Altona in Garnison stehende Thüringische Infanterieregiment Nr. 31 im Volkshaus „Flora“ (Altona) anlässlich einer Radfahre in Verkleidung als „Damenkapelle“ gewirkt haben. Die Mitglieder

des Zentralverbandes hatten diese Zumutung des Besitzers abgelehnt; die Militärkapellen aber führten den Auftrag aus. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Die Verhandlungen wurden dann auf Freitag vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Polizeitaten im „Rechtsstaat“ Preußen.

Der Polizeifergeant Niedermeyer in Schildesche bei Bielefeld betrat am 11. November 1911, abends gegen 11 Uhr, das Lokal des Wirtes Lüding dortselbst und gebot Feierabend. Es waren noch Gäste da. Der eine ging alsbald, der andere, ein Arbeiter, trank noch sein Glas Bier. Der Wirt machte den Beamten unterdes darauf aufmerksam, daß es in einer Nachbarnwirtschaft mit dem Feierabend offenbar nicht so genau genommen werde. Darauf ging der Beamte hinaus, kam aber gleich zurück und traf Lüding und den Arbeiter bereits vor der Tür. Er ließ es geschehen, daß sein Hund den Wirt anfiel und ihm die Hosen zerriß. Vorkhaltungen deswegen beantwortete der betrunzene Beamte damit, daß er den Arbeiter zweimal in die Gasse stieß. Dieser hat nun den Wirt, ihm Schutz zu gewähren. Der Wirt nahm ihn mit ins Haus und versuchte dann die Tür abzuschließen. Hieran suchte Niedermeyer ihn zu hindern. Ein anderer Polizeibeamter war inzwischen herbeigekommen. Beide drangen nun mit ihren Hunden in das Haus. Dort wurden die Hunde auf die beiden genannten Personen und auf Frau und Kinder des Wirtes gehetzt; Niedermeyer hatte seinen Säbel gezogen und schlug blindlings um sich und verwundete den Wirt und den Arbeiter an mehreren Stellen erheblich. Er hörte damit erst auf, als der Arbeiter einen Stich in die Brust bekommen und schreiend zur Vorsicht gemahnt hatte.

Bei dem zweifelsfreien Tatbestande wurde allgemein angenommen, daß die Polizeibeamten alsbald ihres Amtes entbunden werden würden. Darin täuschte man sich. Denn nicht gegen die Beamten wurde vorgegangen, sondern — gegen die, die von ihnen und besonders von Niedermeyer in so unerhörter Weise Angegriffenen.

Aber das Schöffengericht würdigte die Taten der Polizeihelden nach der klaren und unaufsehbaren Beweisaufnahme so, wie sie es verdienten, und die Angeklagten wurden freigesprochen, obwohl die Staatsanwaltschaft Verurteilung beantragt hatte. Die „objektivste Behörde der Welt“ gab sich damit aber nicht zufrieden, sie bemühte die Strafkammer des Bielefelder Landgerichts. Hier wurden der Wirt, seine Frau und der Arbeiter, die in so brutaler Weise von dem Beamten geschlagen, gestochen und von den Hunden zerrissen worden waren, obendrein mit Geldstrafen von 100, 50 und 50 M. bedacht.

Die dagegen eingelegte Revision hatte Erfolg: das Oberlandesgericht wies die Sache zu neuer Verhandlung an das Landgericht zurück.

Die Strafkammer hat nach neuer Verhandlung jetzt auf Freisprechung erkannt. Die Staatsanwaltschaft allerdings hielt auch in diesem Stadium daran fest, daß die Angeklagten verurteilt werden müßten, ja ihr genügte bei dem einen eine Geldstrafe noch nicht einmal, sie beantragte gegen den Wirt eine Woche Gefängnis.

Werden jetzt die Polizeibeamten angeklagt werden? Preußen soll ja doch ein „Rechtsstaat“ sein, freilich ein Rechtsstaat mit Dreiklassenwahlrecht.

Richter und Arbeiter.

Von welchem Geiste manche Recht sprechende Richter heute Arbeitern mit aufrichtigem Sinn gegenüber erfüllt sind, zeigte am Mittwoch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Erfurt. In einer Brauerei hatte der erst seit vorigem Herbst angehellte Maschinenmeister Friedrich Eichhorn den schon 13 Jahre in dem Betriebe beschäftigten Maschinisten G. in Gegenwart einiger Kollegen „den frechsten und faulsten Arbeiter“ genannt. Bei den nachfolgenden Verhandlungen mit der Direktion nannte der so schwer gereizte Arbeiter G. den Eichhorn einen gemeinen Lügner. Es kam zur Klage des Eichhorn gegen G. wegen Beleidigung; letzterer erhob Widerklage. Dem G. wurde von dem Direktor vor Gericht ein sehr gutes Zeugnis angesetzt: der Mann besitze aber ein hartes Unabhängigkeitsgefühl, wie es selbständigen Arbeitern eben eigen ist. Schon in der Verhandlung nun meinte der antwortende Amtsrichter Dr. Krause: „Es sei bekannt, daß die Leute heute mit Glacéhandschuhen angefaßt werden wollten.“ Schließlich wurde der den Arbeiter zuerst beleidigende Maschinenmeister Eichhorn freigesprochen, ihm wurde der § 193 zugesprochen; dagegen erhielt der von jenem erst gereizte Arbeiter G. 20 M. Geldstrafe. In der mündlichen Begründung des Urteils erkannte der Vorsitzende an,

daß G. als tüchtiger Arbeiter anzusprechen sei, doch habe Eichhorn als Vorgesetzter bei seinem energischen Vorgehen nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen können. In derartigen Situationen müßten die Arbeiter den Mund halten, wenn ihnen ein Vorgesetzter Vorkhaltungen macht.

Wo ist bei einer solchen Rechtsprechung noch ein Unterschied zwischen dem Arbeitsvertrag freier Menschen und dem Kadavergehorsam auf dem Kasernenhofe zu erkennen?

Ungültigkeit einer Gemeindeverordnetenwahl.

Bei einer Gemeindeverordnetenwahl in Nastrup, die 1911 stattfand, standen sich die Hofbesitzer Knudsen und Kraak als Kandidaten gegenüber. Da sowohl bei der Hauptwahl, wie bei der engeren Wahl Stimmengleichheit herrschte, so mußte das Los entscheiden. Es entschied für Kraak. Die Gemeindevertretung erklärte nun unter dem 19. August 1911 dessen Wahl aus irgend einem, hier nicht interessierenden Grunde für ungültig. Nun wurde eine neue Wahl ausgeschrieben, und zwar für den 28. August, wo die 14tägige Klagefrist, die Kraak zustand, noch nicht abgelaufen war. Aus verschiedenen Gründen nahm man an, Kraak würde oder habe auf eine Klage verzichtet.

Bei der Wahl am 28. August standen sich nun wieder Kraak und Knudsen als Kandidaten gegenüber. Und wieder mußte diesmal das Los entscheiden. Es fiel jetzt aber auf Knudsen. Auch dessen Wahl wurde angefochten, und zwar deshalb, weil in der Einladung zur Wahl das Wahllokal nicht angegeben worden war. Die Gemeindevertretung erklärte auch die Wahl Knudsens für ungültig.

Knudsen klagte nun auf Gültigkeitserklärung seiner Wahl, indem er geltend machte, die Nichtangabe des Wahllokals habe vorliegend nicht geschadet, da doch alle Wähler erschienen seien.

Der Kreisaußschuß zu Hadersleben, der Bezirksaußschuß zu Schleswig und jetzt das Oberverwaltungsgericht wiesen die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht führte zur Begründung aus: Das Oberverwaltungsgericht stehe auf dem Standpunkt, daß im Falle der Ungültigkeitserklärung einer Wahl die neue Wahl nicht eher stattfinden dürfe, als bis die Frist zur Erhebung der Klage gegen den Beschluß der Gemeindevertretung oder einer Stadtverordnetenversammlung abgelaufen sei. Das sei hier nicht beachtet worden. Werde die Neuwahl, wie hier, nach Ungültigkeitserklärung der vorliegenden Wahl innerhalb der Frist anberaumt, so müsse auch die Neuwahl für ungültig erklärt werden.

Vernunft wird Unsinn.

Das Sprengstoffgesetz bedroht mit der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis den, der Dynamitpatronen ohne polizeiliche Genehmigung in Besitz hat. Der Bergmann Adolf Mischen hatte einige Dynamitpatronen gefunden, sie erst in der Erde vergraben und dann wieder an den Fundort gebracht. Das Landgericht Wiesbaden verurteilte ihn zur Mindeststrafe, weil nach dem Wortlaut des Gesetzes auch der vorübergehende Besitz unter Strafe gestellt sei. Gegen das Urteil legte der Beurteilte Revision ein. Der Reichsanwalt beantragte am Donnerstag Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht erkannte jedoch mit folgender verständigen Begründung auf Aufhebung des Urteils und vermie die Sache an das Landgericht zurück. Die Urteilsgründe lauteten: Wie das Reichsgericht in einer früheren Sache ausgeführt hat, ist das Erfordernis einer vernunftgemäßen Rechtsanwendung, daß die Vorschrift des § 9 des Sprengstoffgesetzes nicht unter allen Umständen buchstäblich angewendet werden kann. Das trifft nach Ansicht des Senates auf den gegenwärtigen Fall zu. Es muß erst noch festgestellt werden, ob der Angeklagte die Patronen weggenommen hat, um sie sofort zu vernichten und dadurch ein Unglück zu verhüten. Wenn er in dieser Absicht die Patronen vergraben und möglichst rasch vernichtet hat, so würde auf diesen Fall die oben erwähnte Ansicht zutreffen. Es kann unmöglich die Absicht des Gesetzgebers sein; daß jemand, weil er lediglich Dynamit in die Hände nimmt, um es zu vernichten, trotzdem strafbar sein soll, weil er es in diesen wenigen Augenblicken in Besitz gehabt hat. Festzustellen ist allerdings noch, ob er die Patronen nicht länger als notwendig in Besitz gehabt und sich dadurch strafbar gemacht hat. So hat das Reichsgericht in diesem Fall mal der Warnung Vernunft nicht Unsinne werden zu lassen, Rechnung getragen. Das ist der Registrierung wert.

Urteil in der Wilmersdorfer Totschlagssaffäre.

Die Beratung der Geschworenen in der Anklage gegen den Architekten Waldemar dauerte bis gegen 11 Uhr abends. Das Urteil konnten wir deshalb nicht mehr in der ganzen Auflage mitteilen, wir holen dies hiermit nach. Die Geschworenen bejahten nur die Frage, ob der Angeklagte schuldig, den Fabrikanten Hermann Heintze durch Fahrlässigkeit getötet zu haben. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft.

Muß die Mutter den Vater des unehelichen Kindes nennen?

Die Mutter eines unehelichen Kindes ist nicht verpflichtet, dem Vormundschaftsgericht den Namen des Vaters des Kindes anzugeben. Gibt sie aber einen falschen Namen demütigt an, so macht sie sich nach einem am Donnerstag vom Reichsgericht gefällten Erkenntnis nach § 169 des Strafgesetzbuches strafbar.

Wer **Stiller-Stiefel** trägt, weiß den Wert einer guten Fußbekleidung zu schätzen!

Neueröffnungen: Magdeburg · Halle · Danzig · Posen · Königsberg i. Pr.

**Stiller**

Gegr. 1867



Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 32-35  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



# Sieger

als billigste Einkaufsquelle f. Herren- u. Knabengarderoben ist die Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft, weil die Käufer durch das Verkaufs-System

## Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

erhebliche Ersparnisse machen und vor jeder Uebervorteilung geschützt sind. Gemäss ihrer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten ist die Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft an obige Vertriebsart gebunden und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10% auf d. Selbstkostenpreis schlägt

## Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe  
80 Turmstrasse 80 Gr. Frankfurter Str. 4 27 Chausseestr. 27 Neukölln, Bergstr. 7-8  
(Neben kleinem Tiergarten) (Ecke Fruchtstrasse) (Nabe der Invalidenstrasse) (Ecke Prinz-Handjery-Strasse)

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Handfleischhaus, Wilmersdorf,** Auguststr. 66. Spottbilliger Fettenverkauf, Fischverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Herren-garderobe, Goldschmied, Sonntag geöffnet. 1178\*

**Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen** 20-40 Mark, Damen 6-14 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.

**Teppiche!** (lederbare) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Berlin, Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen. (Wieder des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**In freien Stunden.** Hochschiff für das arbeitende Volk, Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des "Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

**Kinderswagen,** zurückgestellt, unterm Einkaufspreis, Eisenbetten, Matrassen, Eisen- und Holz-Geländewagen. Engrospreise. Neukölln, Germaniastr. 21. 723\*

**Gardinen!** Steppdecken! Vorziehen! Aussergewöhnlich billig! Vorwärtsler 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Berlin, Hadericher Markt 4 (Bahnhofs Börsen). Sonntags geöffnet.

**Beiten, Stand 9.** Brunnenstr. 70, im Keller. 12008\*

**Ohne Geld** 0,50 wöchentlich: Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, Uhren, Silber, Möbel, Porzellanwaren, Betten, Böden, Kinderswagen, Beschlag, Polstermöbel, Kleider (selbst), Handtaschen (Schleier, Damentaschen).

**Permanente 6.** Handfleischhaus, Aprilstraße 10. Spezialität: Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, Uhren, Silber, Möbel, Porzellanwaren, Betten, Böden, Kinderswagen, Beschlag, Polstermöbel, Kleider (selbst), Handtaschen (Schleier, Damentaschen).

**Teppiche (Hartenholz)** enorm billig. Wauerhof, nur Große Frankfurter Straße 9, parterre. Kein Laden "Vorwärts" leser zehn Prozent!

**Steppdecken,** direkt fabrik, nur Große Frankfurter Straße 9. 2478\*

**Gardinen, Kissenbezüge, Polstermöbel, Kleider, Vorhänge,** nur Große Frankfurter Straße 9, Parterre. "Vorwärts" leser zehn Prozent!

**Monatsanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

## Kleine Anzeigen

**Anerkannt billigste Bezugsquelle** für Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken usw. ist Wolffs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). Momentan noch zehn Prozent Rabatt.

**Wundervolle Steppdecken!** Simillide: 3,85, 4,85, 6,00 bis 13,50. Elegante Tischdecken 2,50 bis 10,00. Monocenten erhalten 10 Prozent Rabatt. Wolffs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). 3653\*

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Zehn Prozent Rabatt** Vorwärtsler.

**Totalverkauf** von angekauften Gardinen, Stores, Kissen, Gardinen, Bettdecken, Kissen usw. jetzt selbstbillig.

**Gardinenreife, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75** usw. E. Weidenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik an der Kappelerstr.

**Teppiche mit Webefehlern** 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.

**Bettbestände, 1-3** Fenster Tuchportieren, Blüschportieren, Wollportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Vorziehenhaus, Große Frankfurterstr. 125.

**Tischdecken, Leinwanddecken, Tischdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,85, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70** bis 15 Mark.

**Steppdecken, Simillide, vornehme Ausführung** 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.

**Tischdecken, Simillide, vornehme Ausführung** 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Wanzenanzüge, Paletots, großes Lager,** jede Figur, kann man an billigen beim Kaufmann; jede Bestellung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsler. Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börsen.

**Der Möbel weiß und dabei billig** kaufen will! Mein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Bestelle. Geschmacksvolle Interieurwohnungen, aus gute gebrauchte sowie zurückgesetzte Möbel, Bekommt jede gewünschte Ausstattung. Bekommt jede gewünschte Ausstattung. Bekommt jede gewünschte Ausstattung.

**Tischlermeister gibt Möbel** auf Teilzahlung bei billiger Anzahlung zum Kaufpreis. Jedes Gegenstandsstück in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 90, Vollagerstr. 44.

**Privatien verkaufen** Kaufmannschaft, herrliche Küche, noch neu für jeden annehmbaren Preis. Voram. Neue Schönhauserstr. 11 II.

**Kaufmannschaft, moderne Stil,** aparte Küche, spottbilliger Gegenstand. Renners Möbel-fabrik, Vorhängerstr. 55, Kolonnenstr. 11.

**Möbel ohne Geld** bei kleiner Anzahlung geben Wirksachen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Krefmann u. Co., Kappelerstr. 4. (Eisenacher Bahnhof).

**Möbel - Möbel.** Oranienstr. 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Große Auswahl 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 200,-, 235,-, 407,-, 475,-, 498,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,- bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445,-, 535,-, 650,-, 690,-, 755,-, 805,-, 885,-, 1035,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 180,-, 202,-, edle Eiche 343,-, 371,-, 434,-, 469,-, 511,-, 575,-, 611,-, 668,-, 706,-, 741,-, 774,-, 811,-, 852,-, 899,-, 934,-, 974,-, englische Bestühle mit Watte 40,-, Trumeau, geschliffen 38,-, Tischplatte 58,-, Umbau 60,-. Beschäftigung ohne Kaufmann erbeten. Für Jahre Garantie. Geometrisch abgemessene Einrichtungen. Geöffnet 8-8. Sonntags 12-2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198\*

**Rehfeld, Badstraße 49,** Wohnungseinrichtungen 165,- an, auch außerhalb.

**Rehfeld, Badstraße 49,** Umbau, Tischplatte 45,-.

**Rehfeld, Badstraße 49,** englische Bestühle, Watte 38,-, gebrauchte 19,-, 15,-, 18,- usw.

**Rehfeld, Badstraße 49,** Kleider-schrank 25,-, gebrauchte, große Auswahl. 22218\*

**Möbel-Geh., 1. Gehalt:** Große Frankfurterstr. 58, 2. Gehalt: Grüner Weg 109. Wohnungseinrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Etage und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzeln Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herzkammer. In bunten Küchen reichste Auswahl. Mehrere auch nach auswärts. Anzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorgezigt dieses Anerkannt erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag 12-2 geöffnet. 29008\*

**Kaufmannschaft, moderne Stil,** aparte Küche, spottbilliger Gegenstand. Renners Möbel-fabrik, Vorhängerstr. 55, Kolonnenstr. 11.

**Möbel ohne Geld** bei kleiner Anzahlung geben Wirksachen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Krefmann u. Co., Kappelerstr. 4. (Eisenacher Bahnhof).

**Möbel - Möbel.** Oranienstr. 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Große Auswahl 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 200,-, 235,-, 407,-, 475,-, 498,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,- bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445,-, 535,-, 650,-, 690,-, 755,-, 805,-, 885,-, 1035,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 180,-, 202,-, edle Eiche 343,-, 371,-, 434,-, 469,-, 511,-, 575,-, 611,-, 668,-, 706,-, 741,-, 774,-, 811,-, 852,-, 899,-, 934,-, 974,-, englische Bestühle mit Watte 40,-, Trumeau, geschliffen 38,-, Tischplatte 58,-, Umbau 60,-. Beschäftigung ohne Kaufmann erbeten. Für Jahre Garantie. Geometrisch abgemessene Einrichtungen. Geöffnet 8-8. Sonntags 12-2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198\*

**Rehfeld, Badstraße 49,** Wohnungseinrichtungen 165,- an, auch außerhalb.

**Rehfeld, Badstraße 49,** Umbau, Tischplatte 45,-.

**Rehfeld, Badstraße 49,** englische Bestühle, Watte 38,-, gebrauchte 19,-, 15,-, 18,- usw.

**Rehfeld, Badstraße 49,** Kleider-schrank 25,-, gebrauchte, große Auswahl. 22218\*

**Platinabfälle, Gramen 5,70, Nitgold, Silber, Jahngelbe, Stanniol, Quecksilber** laut höchstzahlend. Bismut, Schmelzerei, Auguststr. 19 III. 73\*

**Jahngelbe, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**Jahngelbe, Platinabfälle, Goldschmied, Silber-schmied, Platinabfälle, feinstes Metall** höchstzahlend. Schmelzerei, Britanienstr. 20 a (gegenüber Wartenbergstr.). 561\*

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstr. 49, bis 3 Uhr angenommen.



Augenleiden seien 238 Kinder befallen, Ohren-, Nasen-, Mundleiden 579, Herzleiden 42, Lungenleiden 21, Nierenerkrankungen 185, Bauchanlege 86, Krämpfe 21, Strophulose und Rückgratverkrümmung 21, Hautleiden 74. Von den neu aufgenommenen 1433 Kindern mühten 60 sechs Monate zurückgestellt werden. Daß die von den Krankheiten der Kinder beunruhigten Eltern in seltenen Fällen einen Arzt zu Rate ziehen, liege an der Mittellofigkeit derselben. In den traurigen Schulzuständen in der sozialistischen Kolonie Havelhorst übte Redner scharfe Kritik. Vor den Toren Berlins seien die in sogenannten „Küsterwerkstätten“ beschäftigten Arbeiter nicht in der Lage, ihren Kindern die nötige Pflege angedeihen zu lassen. Um bessere Zustände in Havelhorst zu schaffen, solle man sich an den Vertreter der Stadt im Reichstage, Reichstagsabgeordneten Viehnecht, wenden. Genosse Vied beantragte weiter Anstellung von Schulärztinnen, sowie Einrichtung einer Zahnklinik. Genosse Pieper kritisierte unter anderem das Verhalten des Direktors Winter, der seinen Schülern eine schlechte Penfion androhe, wenn sie sich nicht an den Kriegsspielen beteiligen wollten. Bürgermeister Wolf sagte insbesondere Abstellung der Hebelstände in Havelhorst zu. Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen erfolgte Schluß der Sitzung.

Von einem Dachstuhlbrand ist vorgestern spät abends das große Eckhaus Alexandrer Str. 17 heimgesucht worden. Das Feuer wurde von der Straße aus ungefähr um 8 1/2 Uhr wahrgenommen und alsbald wurde durch einen Feuermelder Alarm gemacht. Inzwischen schlugen schon meterhohe Flammen aus dem Giebel des Hauses empor. Als die Feuerwehr mit dem Automobillöschzug nach 9 Uhr auf der Brandstelle erschien, war der Turm bereits in sich zusammengebrochen. In den angrenzenden Straßen hatten sich inzwischen Tausende von Menschen angesammelt. Nachdem die Wehr dann in Tätigkeit getreten war, hatte sie mit Hilfe der gewaltigen Wassermaschinen, die durch den starken Druck der Automobillöschzüge auf den Dachstuhl geschleudert wurden, die Flammen bald gelöscht. Es ist nur der Turm und zu beiden Seiten eine kleinere Fläche des Daches zerstört worden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen nach mehreren Stunden in Anspruch. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt, ebenso fehlt es noch an einer Erklärung dafür, aus welchem Grunde die Ankunft der Feuerwehr so spät erfolgte.

#### Notizwesen.

Die in dem neuen Bebauungsplan für die Großbeeren- und die Kaiser-Wilhelm-Straße an der Einmündung in den Lutherplatz vorgesehene Breite von 18 Meter erscheint der Regierung nicht genügend; sie wünscht eine Breite von 20 Meter. Da diese Aenderung für die Anlieger eine erhebliche Schädigung bedeuten würde, beschloß die Gemeindevertretung, die Regierung zu ersuchen, es bei der vorgesehene Breite von 18 Meter zu belassen. — Die verlegte Bergstraße und die Verbindungsstraße zwischen dieser und der Eisenbahnstraße sollen die Namen Nolte- bzw. Noonstraße erhalten. — Der Punkt „Abschluß eines Vertrages mit der Wirtschaftsgenossenschaft Nowaweser Haus- und Grundbesitzer für Müll-

beseitigung über Benutzung des Müllabladeparkes“ wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes Reiff abgelehnt, weil die Genossenschaft noch keine Gelegenheit hatte, sich mit dem Vertragsentwurf zu befassen. — Beschlossen wurde der Erlass eines Nachtrages zur Reichspolizeiverordnung, dessen § 1 folgendermaßen lautet: „Die Wochenmärkte finden in der Priesterstraße von der Linden- bis zur Wallstraße an jedem Montag und Donnerstag vom 1. Mai bis 30. September an jedem Montag und Donnerstag vom 1. April bis 30. September bis 12 Uhr mittags und an jedem Sonnabend von 2 bis 7 Uhr nachmittags statt. Fällt auf einen Montag oder Donnerstag ein Feiertag, so wird der Markt am nächstfolgenden Tage abgehalten. Der Punkt „Genehmigung von Staatsüberschreitungen für 1912“ wurde abgelehnt; er soll zusammen mit der Abrechnung erledigt werden.

Der Wahlverein beschäftigte sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit den Vorbereitungen zur Landtagswahl. Nach einem kritischen Rückblick auf die Ergebnisse der früheren Landtagswahlen erörterte der Vorsitzende besonders die Aussichten für die örtlichen Wahlmännerwahlen, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß es in den meisten Wahlbezirken möglich sein wird, unsere Wahlmänner nicht nur in der 3. Abteilung, sondern auch in der 2. und vereinzelt sogar in der 1. Abteilung durchzubringen. Besonders gefährdet erscheine der 15. Wahlbezirk, in dem alle Kraft aufgewendet werden müsse, um nicht auch in der 3. Abteilung zu unterliegen. Die in der letzten Bezirksführerschaft aufgestellte Liste der Wahlmannkandidaten und der zu leistenden für die einzelnen Wahlvorstände vorzuschlagenden Genossen wurde von der Versammlung einstimmig akzeptiert. — Den Bericht über die Beschlüsse der letzten Verbandsgeneralversammlung erstattete Genosse Krohnberg. — Unter „Verschiedenem“ machte ein Genosse darauf aufmerksam, daß in den letzten Tagen ein Agent einer auswärtigen Firma versucht hat, von Geschäftsleuten unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Inserate für ein neuerrichtendes Bezugsquellenregister im „Vorwärts“ zu erlangen. Diese Art von Akquisition sei geeignet, nicht nur das Parteiblatt, sondern auch die hiesige Parteiorganisation in Mißkredit zu bringen. Einige an die anwesenden Gemeindevorsteher gestellte Fragen, die Schulangelegenheiten und Beschwerden gegen die Polizeibehörde betrafen, sollen in der am 21. Mai stattfindenden Versammlung für die ein Vortrag über kommunale Angelegenheiten vorgesehen ist, beantwortet werden.

#### Vorädam.

Das städtische Schulwesen erforderte im Jahre 1912 eine Gesamtausgabe von 1 181 727 M. Von dieser Summe entfallen auf die Stadt 818 792 M., vom Staat werden gezahlt 65 275 M., von den Schülern selbst werden aufgebracht 281 612,60 M. und aus sonstigen Quellen kommen 16 047 M. Beim Realgymnasium entstanden 137 850 M. Gesamtausgaben, die Stadt zahlte hiervon 68 750 M., was bei 400 Schülern rund 172 M. städtischen Zuschuß pro Schüler ergibt. Die Oberrealschule kostete 159 700 M., städtischer Zuschuß 81 184 M., oder bei 550 Schülern pro Schüler 148 M. Das Lyceum

kostete 167 400 M., städtischer Zuschuß 80 770 M., oder bei 620 Schülerinnen 145 M. pro Kopf. Die Charlottenschule kostete 93 890 M., städtischer Zuschuß 47 350 M., oder bei 620 Schülerinnen pro Kopf 76 M. Die städtische Vorschule kostete 36 050 M., städtischer Zuschuß 5000 M., oder bei 300 Schülern 19 M. pro Kopf. Die Vorschule zur Oberrealschule kostete 20 340 M., städtischer Zuschuß 7470 M., oder bei 180 Schülern 57 M. pro Kopf. Die Gemeindeforschulen kosteten 435 330 M., städtischer Zuschuß 403 330 M., oder bei 4600 Schülern 87 M. pro Kopf. Die gewerbliche Fortbildungsschule kostete 37 400 M., städtischer Zuschuß 20 741 M. Zur Gymnasialklasse wurde von der Stadt ein Zuschuß von 24 000 M. erforderlich, zur kaufmännischen Fortbildungsschule 1275 M., zur Handels- und Gewerbeschule für Mädchen 5000 M. An Pensionen für Lehrer, an Witwen und Waisen usw. wurden 54 282,80 M. gezahlt.

#### Jugendveranstaltungen.

**Nichtenberg.** Morgen Sonntag, den 27. April, veranstaltet die Arbeiterjugend eine Spielpartie nach dem Schloßpark in Friedrichsfelde. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr im Jugendheim, Döbestr. 22.

**Lantowitz.** Die Arbeiterjugend von Lantowitz veranstaltet morgen Sonntag, den 27. April, einen Ausflug nach Neu-Babelsberg, Heidebrücke, Kaputh, Wildpark, Potsdam. Treffpunkt früh 5 1/2 Uhr Bahnhof Richterfelde. Dk. Fahrgehalt 75 Pf. Freunde und Förderer unserer Sache sind willkommen.

**Arbeiterjugend Nowawes.** Morgen Sonntag, den 27. April: Tour nach Saarmund. Treffpunkt der Teilnehmer mittags 12-12 1/2 Uhr im Jugendheim, Altmärkisch pünktlich 12 1/2 Uhr.

Am Himmelfahrtstag (1. Mai) Halbtagstour über die Rabenberge nach dem Teufelsberg. Abmarsch früh 6 Uhr vom Jugendheim. Vesperant und Liebesbäcker nicht vergessen. — Die Arbeitereltern werden gebeten, ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese beiden Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 27. April, vormittags 9 Uhr, Cappellastr. 15-17, Altdorf, „Adelapassage“, und Legel, Schillerstr. 30: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Meine Frantfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Ursprung und Bedeutung des Bösen“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

**Illgemeiner Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. G. 29), Hamburg.** (Filiale Berlin 10): Heute Sonnabend, den 26. April, abends 9 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11: Versammlung Statutenberatung.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer,** früher C. G. Nr. 8, Gotha. Filiale Reutkölln 1. Morgen Sonntag, den 27. April, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Geiger, Reutköllnstr. 9.

**Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885.** (C. G. 71.) Am Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 88/89: Ordentliche Generalversammlung.

**Wetterprognose für Sonnabend, den 26. April 1913.**  
Niemlich warm, vielmal heiter, aber sehr veränderlich bei möglichen fühlbaren Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.  
Berliner Wetterbureau.

**Nur Original**  
Schultheiß' Märzenbier, 36 Fl. 3<sup>00</sup>  
Schultheiß' Versandbier, 30 Fl. 3<sup>00</sup>  
Patzenhofer-Bier, hell, 36 Fl. 3<sup>00</sup>  
Patzenhofer-Bier, dunk., 30 Fl. 3<sup>00</sup>  
Champagner-Weiß-Bier, 36 Fl. 3<sup>00</sup>  
Liefert ohne Pfand Amt Kurfürst 5019  
Paul Schätzel, Yorckstr. 71.

**Zöpfe und Perücken**  
Gegr. 1898  
Haargeschäft  
Neukölln, Erkstr. 3

**Bettfedern-**  
und Daunen-Spezial-Geschäft.  
Inlett-Stoffe, Bettwäsche.  
Dampf-Bettfedern-Reinigungs-Anstalt.  
Gründliche Reinigung mittels  
chemischer Dämpfe.  
Freie Abholung und Zustellung.  
W. Wegener, Boyenstr. 11  
Tel. Moabit 2438.  
**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Emil Preuss**  
Turmstr. 58

**Eleg. Herrenmoden 1913**  
fertig und nach Mass  
Rock- und Sakko-Anzüge, 1- und 2reihig  
empfehle à M. 18, 24, 30, 33, 39, 42, 48, 52, 56, 60 bis 78  
Herren-Ulster und Paletots  
M. 25, 30, 35, 40, 45 bis 75

Für beste Verarbeitung u. vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma  
**Achtung!** Sämtliche fertige Herren-Garderoben werden von mir fabriziert  
Deutsche und englische Stoffe in hervorragender Auswahl!  
Werkstätte mit festengagiertem Zuschneider im Hause  
Auf Wunsch Vertreter-Besuch.  
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgeg.



**Mühelos**  
können Sie das Geld zu einer schönen  
**Sommerreise**  
verdienen, wenn Sie Ihren Stoffbedarf bei  
mir decken! Mein Unternehmen ist ganz  
**einzigartig**  
und dürfen Sie dasselbe nicht mit einem anderen Tuchgeschäft  
verwechseln. Ich übernehme nur grosse Partien in regulärer  
fehlerfreier Ware u. bin daher in der Lage, hochfeine Qualitäten zu  
**Spottpreisen**  
an Private zu verkaufen.  
**Ein Beispiel:**  
3 Meter ff reinwollene Ware kostet . . . . . ca M. 17.—  
Machelohn bei einem von mir empfohlenen  
Schneidern-ister . . . . . ca. M. 28.—  
Ein hochfeiner Anzug kostet also . . . . . M. 45.—  
wofür Sie sonst wenigstens M. 65.— bis M. 75.— bezahlen müssen.  
**Deutsch-Englisches Tuchlager**  
Walter Schulte  
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 148, hoc hpt.  
Kein Laden.

**Vorzüge meiner Fabrikate!**  
Nur ganz  
**Moderne Frühjahrs-Kostüme**  
Ulster ♦ Mäntel ♦ Röcke  
sind am Lager reich sortiert! Meine Fabrikate sind bekannt  
reell, tadellos im Sitz u. Arbeit. Stoffe u. Zutaten erstklassig!  
Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind die Preise sehr billig  
**Damen-Mäntel-Fabrik**  
Neukölln  
nur Reuterstrasse 63  
a. d. Kaiser-Friedrich-Strasse  
**Paul Linck**  
Neukölln  
nur Reuterstrasse 63  
a. d. Kaiser-Friedrich-Strasse  
Ab Mai Sonntags von 8-10 Uhr, und am Sonntag, den 4. Mai, bis 6 Uhr geöffnet.



**Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank**

Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.  
Oekonom: Robert Berger.

Den verehrl. Vereinen, Gewerkschaften, Korporationen usw. stehen **Säle** zur Abhaltung von **Versammlungen, Konzerten, Festlichkeiten** usw. zur Verfügung.  
**4 Verbands-Kegelbahnen** stehen zur Benutzung.

Jeden Sonntag im Garten: **Großes Extra-Konzert** ausgeführt von den Musikvereinen „Harmonie“ und „Echo“.  
Anfang 3 Uhr.

Im Saal: **Großer Ball.**

**Rich. Reinhardts Sommer-Theater**

Hasenheide 57 und Camphausenstraße.

Sonntag, den 27. April, Donnerstag, den 1. Mai (Himmelfahrtstag) und Sonntag, den 4. Mai:

**Große Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Eröffnung der Sommer-Saison am 10. Mai.

**In Freien Stunden Scheuder-Dähne**

Die **Zigarren-Zigaretten-Engros.**  
Wochenschrift für Arbeiterfamilien Privats erhalten Engrospreise!  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf. Berlin S., Kottbuserdamm 23.

**Buchhandlung Vorwärts**

Lindenstraße 69.

Soeben erschien:

**Die Kaserne.**

Ein Roman aus dem Leben unter den Fahnen v. von

Joh. Ferdl.

Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Ein österreichisches Seitenstück zu Beyerleins Roman: Jena oder Sedan? — In Oesterreich verboten.

**Elegante Herren-Anzüge**

**Auffallend billige Preise!**

Unsere Läger enthalten eine hervorragende Auswahl grösstenteils selbst gefertigter Herren-Anzüge, die in Fassung und Stoffen der neuesten Mode entsprechen und somit besten Ersatz für Massarbeit bieten. Die eigene Herstellung verschafft uns eine unübertroffene Leistungsfähigkeit. An jedem Stück befindet sich mit deutlichen Zahlen der streng feste Preis.



**H. Oetken & Co.**

Berlin SO, Oranienstrasse 166, nahe Oranienplatz



**Schuhhaus Neptun**

Ecke Adalbertstraße **Oranienstraße 29** Ecke Adalbertstraße

5 Minuten vom Hochbahnhof Kottbuser Tor.

**Neu eröffnet!**

**Einheits-Preis:**

Für Damen- und Herren-Stiefel  
in schwarz, braun und Lackleder.

**Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe.**

**Jedes Paar ohne Ausnahme!**

**7**  
50  
Jedes Paar

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen und übernehme für jedes Paar volle Garantie.

In dieser Preislage bringe ich etwas Ueberraschendes.

Ein Blick in die Schaufenster sagt Ihnen Alles.

**Jedes Paar ohne Ausnahme!**

Zur Eröffnung: Bis Montag erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefel

**1 Paar elegante Haus-Schuhe gratis.**

**Schuhhaus Neptun**

Oranienstraße 29

Ecke Adalbertstraße.

Fillialen in den größten Städten Deutschlands.

Fillialen in den größten Städten Deutschlands.



# Max Flatauer

Berlin S., Prinzenstr. 90  
zwischen Moritzplatz und Ritterstraße  
(früh. 23 Jahre Oranienstr. 152 am Moritzplatz).

„Cutaway“  
Die große Mode

M. 54, 45, 42, 36, 33, 28

Dazu passende Beinkleider i. d. mod. Streif. 2,50  
M. 18, 15, 12, 10,50, 7,50, 6, 4,50, 3,50

Ulster u. Paletots d. Neueste vom Neuen 16,50  
M. 52, 46, 42, 38, 35, 30, 25, 21

Anzüge streng moderne Fassons i. u. dreihig 18  
M. 54, 48, 42, 36, 30, 25, 21

Anfertigung nach Maß unter Garantie!

Verleihinstitut  
für Frack u. Gesellschafts-Anzüge.

# Den guten Geschmack



in

# Herren-Kleidung

zeigen die neuen Modelle eigener Fabrikation, die ich in den Verkauf bringe

Spezial-Preislagen  
meiner großen Leistungsfähigkeit

Herren-Anzüge 19<sup>00</sup>  
neuester Form, ein- und zweireihig  
65, 55, 45, 39, 36, 32, 25,

Herren-Paletots 22<sup>00</sup>  
gediegener Art in den neuesten Farben  
54, 44, 36, 26,

# Maß-Abteilung

Cutaway u. Weste 48 M.  
73, 70, 60, 54,

Sakko-Anzüge 55 M.  
80, 75, 70, 65,

Ulster u. Paletots 55 M.  
85, 75, 65, 60,

August

# Schega

vormals A. Wormann, G. m. b. H.

77 Kottbuser Damm 77

# HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 36.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich einmal  
Umfassende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

<b>Apotheken</b> Rosenpeth, Luisenstr. 1, a. Gef. Fabrik. Anfert. Rezepte aller Klassen.	<b>Haus- und Küchen-geräthe</b> Fr. Havenstein, Kaiser-Friedr.-Str. 204/5
<b>Badeanstalten</b> Augusta-Bad, Köpenick, St. 60 Lief. sämtl. Krankenkassen Zossener Bad, Zossen, St. 34 Lief. sämtl. Krankenkass.	<b>Herrenartikel</b> H. Krüger, Woldemarstr. 76
<b>Beleuchtungs-gegenstände</b> Beleuchtungshaus Oranienstr. 205, Gaskr., Petroleum.	<b>Herrengard.</b> Fr. Kling, Luisenstraße 54, Auch Stoffgaber.
<b>Bettfedern</b> Berla Pfeffer, Wienerstr. 17 Laden	<b>Kino-Theater</b> Lichtbild-Theater Hausfetter, Schleichstr. 43
<b>Blusen</b> M. Bertram, Mantuffelstr. 99 fertig und Maß.	<b>Kolonialwar.</b> A. Schleinitz, Mariannenstraße 14.
<b>Butter, Eier, Käse</b> Märkische Perle allererste Pflanzenbutter. Neukölln Herbarthstr. 31. Meier J. Schmidt Söhne Neukölln, Hermannstr. 83, Hermannstr. 98-99 Berlinerstr. 78, Bergstr. 137 Fabrik zur dieser Fabrikation	<b>Maßgeschäfte für Herrenmoden</b> Albert Lüttin, Neukölln Hermannstraße 207
<b>Cigaretten-Fabrik</b> Frei Rauch ff. Qualitätsigaretten Neukölln, Kirchhofstr. 19 Amt Neukölln 1246	<b>Möbel-Fabrik u. Magazine</b> G. Mensehner Tischlermeister Gräferstr. 2, via-via Jandorf weill und hüblig. Möbel-Aman, Grätzstr. 1 und Löhmlindenstr. 28
<b>Cigarron und Tabako</b> H. Maad, Kottbuser Damm 89-85.	<b>Molkereien</b> Milch-Schmidt, Neukölln Hermannstr. 83, Hermannstr. 95-99 Berlinerstr. 55, Bergstr. 137.
<b>Damenhüte</b> Maria Weinhold, Wrangelstr. 49	<b>Nähmaschinen.</b> Littauer Vertr. Wilke Neukölln, Berlinerstraße 64, Hermannstraße 20-22.
<b>Drogen und Farben</b> Drogenhaus Haerberlein Farben, Parfümerien, Photo Troptow, Graetz-E., Bouchéstr.	<b>Patentanw.</b> Wessel, Gitschinerstraße 94a Gitschinerstr. 91, Tel. N., Moritzpl. 8442.
<b>Berthold Steuer</b> Wienerstraße 35 Telephon: Moritzplatz 8144	<b>Damen-Putz</b> F. Weidemann Oranienstrasse 30 Spezialität: Federhüte Abonnenten erhalten 5% Sattler- und Lederwaren F. Stedinger, Schleischstraße 26.
<b>Drog. Finsterbusch</b> Skalitzerstr. 63-64. <b>Sanitäts-Drogerie</b> Aspenstr. 10a.	<b>Schuhwaren u. Besohlenst.</b> Reydt's Schuhwarenhaus v. Reydt, Kaiser Friedr.-Str. 190 Wolkenstein's Schuhwarenhaus u. Rep.-Werkst., Graetzstr. 20
<b>Eisen-, Stahlw. Waffen</b> O. Ain, Kaiser Friedrichstr. 5 Stahlw., Ess- u. Kucheng. Albert Knechase, Skalitzerstraße 46b. Fritz Paschke, Wienerstr. 55.	<b>Uhren und Goldwaren</b> S. Fenske, Kottbus, Damm 90 Ehrung reell, anerkannt bill. W. Lehmann, Kottb. Damm 29 Reelle fehmännlich, Boden. C. Werner, Zossenerstr. 30 Reelle fehmännlich, Boden. G. Schönmann, Neukölln Berlinerstr. 73
<b>Fleisch- und Wurstwaren</b> Wurst, Speck und Schinken Richard Grieger, Kottbuser Damm 14 Rich. Deckert, Wienerstr. 33.	<b>Fischhandlg.</b> G. Dittmann, Neukölln, Berlinerstr. 42
<b>Gast- und Spisewirtschaften</b> Fritz Schumacher, Dieffenbacherstr. 54, Gräferstr. 74 Lokal des II. sozialdemokrat. Wahlvereins.	<b>Wild u. Geflügel</b> G. Dittmann, Neukölln, Berlinerstr. 42

# Carl Zobel

Köpenicker Straße 121

Eckhaus Michaelkirchstr. 9-10.

Herren-, Jünglings- und Knabenbekleidung  
fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlank Herren, stets reiche Auswahl.

Sehr billige, aber feste Preise.

## Frühjahrsneuheiten

Anzüge \* Paletots \* Ulster  
M. 18-20-24-27-30-33-36-39-42

Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang.

Großes Stofflager für Maßanfertigung.

Staatspreise. Goldene Medaillen. Ehrenpreise.

# M. Schulmeister

Dresdener Strasse 4 Hochbahnstation Kottbuser Tor 11

## Neuester Sport-Paletot

„Covercoat“  
die grosse Mode.

Fertig am Lager  
Mod. Covercoat-Paletot  
in den neuesten Farben

29, 36, 40, 45, 48, 54,  
60, 65, 70, 75, 80 M.

Covercoat - Paletot  
nach Mass gearbeitet

54, 60, 65, 70,  
75, 80, 90 Mark

Ulster in den neuesten Formen

25, 29, 32, 36, 40,  
45, 50, 60, 70 M.

Marengo - Paletots

27, 29, 32, 36, 40, 45,  
50, 56, 62, 70 M.

Spezialität der Firma

Ulster nach Mass v. 50 M. an  
Paletots n. Mass v. 52 M. an

